

## **Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg**

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:  
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg  
Beim Schlump 83  
20144 Hamburg  
Tel. 040/4313970  
E-mail: [fzh@zeitgeschichte-hamburg.de](mailto:fzh@zeitgeschichte-hamburg.de)  
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>



Vergleicht man nebenstehendes Bild  
mit den Ausführenden Führern,  
so werden diese wiederum nur noch  
bekräftigt. Denn nebenstehendes  
Bild zeigt ganz deutlich, daß  
in den Gesichtszügen keine  
Spur von Selbstbeherrschung  
steht, sondern aufgedonnerte  
Furcht.

# Faschismus und Sozialismus

Die Abschlußarbeit des Hamburger Schülers  
Heinz Gärtner aus dem Jahr 1931

Ein Dokument

**Faschismus und Sozialismus**  
**Die Abschlußarbeit des Hamburger Schülers**  
**Heinz Gärtner aus dem Jahr 1931**  
**Ein Dokument**

**Veröffentlichung der Forschungsstelle  
für Zeitgeschichte in Hamburg und des Vereins  
»Gegen Vergessen – Für Demokratie« e.V.**

**Redaktion: Joachim Szodrzynski**

# **Faschismus und Sozialismus**

**Die Abschlußarbeit des Hamburger Schülers  
Heinz Gärtner aus dem Jahr 1931  
Ein Dokument**

**Herausgegeben von der Forschungsstelle  
für Zeitgeschichte in Hamburg und des Vereins  
»Gegen Vergessen – Für Demokratie« e.V.**

**Ergebnisse**

Gedruckt mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Hamburg 2001

© Ergebnisse Verlag. Alle Rechte vorbehalten

Umschlag und Satz:

Michael Herold, Itzehoe

Satz aus der Sabon und Frutiger

Druck: Runge, Cloppenburg

Titelfoto: Ausschnitt aus dem handschriftlichen Originalmanuskript

ISBN 3-87916-059-7

# Inhalt

## Axel Schildt

<b>Einige Anmerkungen zur Arbeit des Schülers Heinz Gärtner aus dem Jahr 1931 .....</b>	<b>7</b>
---	----------

## Heinz Gärtner

### **Der Faschismus (Nationalsozialismus) und der Sozialismus**

Teil I – Der Faschismus .....	19
Teil II – Der Sozialismus .....	95

## Yves Clairmont

Erläuterungen .....	107
Personenverzeichnis .....	114



*Heinz Gärtner*



**Axel Schildt**

## **Einige Anmerkungen zur Arbeit des Schülers Heinz Gärtner aus dem Jahr 1931**

Man konnte ja nicht wissen, was Hitler nach 1933 tun würde. Diese wohl in millionenfacher Form variierte Aussage deutscher Zeitgenossen wird durch das hier präsentierte Dokument, die recht umfangreiche Jahresarbeit eines noch nicht 16jährigen Schülers, ein Jahr vor Anbruch des »Dritten Reiches« abgeschlossen, einmal mehr widerlegt. Sie zeigt: Nicht nur ex post lassen sich warnende Hinweise auf das Menetekel aus den Schriften und der täglichen Politik der zur Massenbewegung aufstrebenden Nationalsozialisten vor 1933 finden. Wer sich dafür interessierte, konnte schon als Zeitgenosse sehr vieles wissen.<sup>1</sup> Freilich mußten einige Umstände zusammenkommen, um relativ hellsichtig die Gefahren wahrzunehmen und zu reflektieren. Im Fall von Heinz Gärtner war es die Berührung eines Jugendlichen, der die politischen Zeitläufte mit wachem Blick verfolgte, mit der Sozialdemokratie und ihren Bildungsangeboten,<sup>2</sup> die ihm seine frühen Deutungsversuche des »deutschen Faschismus« ermöglichten.

Heinz Gärtner, geboren am 1. März 1916 in Hamburg, wuchs in Winterhude auf, einem überwiegend sowohl proletarisch wie mittelständisch geprägten Stadtteil der Hansestadt, der eine Hochburg der Sozialdemokratie bildete. Der Vater war als Angestellter in der Jugendbehörde beschäftigt, die Mutter besserte das Familieneinkommen als Schneiderin auf, denn es galt eine sechsköpfige Familie zu versorgen, zu der neben dem Jungen auch drei Schwestern zählten. Seine Mittlere Reife legte Heinz Gärtner 1932 an der Forsmann-Schule ab, die mündliche Prüfung fand bei Schulrat Max Zelck (1878 – 1965) statt, der nahezu während der gesamten Zeit der Weimarer Republik dem Landesvorstand der SPD angehörte.

Die berufliche und politische Sozialisation von Heinz Gärtner verlief parallel und wohl ähnlich manch anderen Karrieren im sozial-moralischen Milieu der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Schon mit 14 Jahren erfolgte der Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), mit 16 Jahren begann der erfolgreiche Schulabsolvent eine Lehre als Buchdrucker, im gleichen Jahr (1932) wurde Heinz Gärtner Mitglied der SPD und der Buchdruckergewerkschaft. Seine Lehrzeit fiel bereits in die ersten Jahre des NS-Regimes, in der er sich an der illegalen Arbeit einer Jugendgruppe beteiligte, die 1936 enttarnt wurde. In jenem Jahr wurde Heinz Gärtner, der kurz zuvor erfolgreich seine Gesellenprüfung abgelegt hatte, von der Gestapo verhaftet. Der nunmehr Zwanzigjährige erhielt eine Strafe über 1 1/2 Jahre Jugendgefängnis, die er in Hahnöversand zu verbüßen hatte. Nach seiner Entlassung fand er eine Anstellung bei der Buchdruckerei Ahrens, wo eine ganze Reihe von SPD- und SAJ-Mitgliedern arbeitete.

1943 zur Wehrmacht eingezogen und zunächst zum Panzergrenadier, dann zum Sanitäter ausgebildet, kam Heinz Gärtner an der Ostfront zum Einsatz, geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft und kehrte 1946, als nunmehr Dreißigjähriger, nach Hamburg zurück. Sofort stellte er sich wieder der Sozialdemokratie zur Verfügung, engagierte sich zunächst bei den Falken und arbeitete von 1950 bis 1981 hauptamtlich als Referent, später als Landesgeschäftsführer der SPD. Im »Ruhestand« übernahm Heinz Gärtner 1986 den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AVS) in Hamburg, nicht zuletzt, um seine Erfahrungen im Kampf gegen das »Dritte Reich« an die jüngere Generation weiterzugeben. Immer wieder hat er darüber etwa in Hamburger Schulklassen berichtet. Gewissermaßen kehrte Heinz Gärtner damit dorthin zurück, wo sein eigenes Engagement, von dem das vorliegende Dokument Zeugnis ablegt, begonnen hatte.

Nicht an jedem Ort hätte Ende 1931 eine Arbeit mit einem solch offen politischen Bekenntnis für die Verfassung der Weimarer Republik und die Sozialdemokratie abgegeben werden können. In den Ländern Thüringen und Braunschweig residierten zu diesem Zeitpunkt bereits nationalsozialistische Volksbildungsminister. Aber auch in Hamburg hatte die NSDAP Erfolge erzielt, bei der Bürgerschaftswahl im September 1931 erhielt sie kaum weniger Stimmen als die SPD,

deren Anteil sich von 35,9 Prozent (1928) auf 27,8 Prozent dramatisch vermindert hatte. Seither verfügte der Koalitionssenat von SPD, Staatspartei und DVP nicht mehr über die Mehrheit in der Bürgerschaft und war nur noch geschäftsführend im Amt. Nicht in jeder Schulklasse, nicht bei jedem Lehrer in Hamburg konnte Ende 1931 ausgeschlossen werden, daß er insgeheim Sympathien für die sich jugendlich gerierende braune Bewegung hegte; abgesehen davon, daß auch die vielen deutschnational oder nationalliberal eingestellten, DNVP oder DVP wählenden Lehrer den Text von Heinz Gärtner kaum goutiert hätten.

Über weite Strecken macht sich der junge Schüler die Sicht der SPD zu eigen, so daß gleichzeitig ein Bild des offiziösen sozialdemokratischen Antifaschismus mit seinen Stärken und Schwächen vor dem heutigen Leser ersteht. Daß Heinz Gärtner aber nicht mechanisch die Propaganda der SPD reproduzieren will, wird gleichwohl deutlich. Er begegnet diesem möglichen Einwand mit dem Argument, daß ausgiebige Zitation die »objektivste Darstellung« gewährleiste. Wie politisch wach und engagiert, wie stark von den dramatischen Zeitläuften erregt der junge Schüler ist, zeigt sich bereits im Vorwort, in dem die Entstehung der Arbeit erläutert wird. Zuerst habe er über den Marxismus schreiben wollen, weil er in Flugblättern des Reichstagswahlkampfes 1930 immer wieder als Wurzel allen Übels stigmatisiert worden sei. Dann habe ihn die neue nationalsozialistische Massenbewegung interessiert, und schließlich führte ihn die Nachricht vom Tode des vormaligen sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller zu einer neuerlichen Ausweitung: Auch die Arbeiterführer »von Karl Marx bis Hermann Müller« sollten gewürdigt werden. Der absehbare »ungeheure Umfang« ließ diesen Plan »nicht leichten Herzens« unausgeführt, denn, so der junge Heinz Gärtner nicht ohne Selbstbewußtsein: »Mit Marx, Engels und Ebert war ich (bereits) fertig«. Über »Faschismus (Nationalsozialismus) und Sozialismus« will er schließlich schreiben, und er sieht selbst, daß auch dieses Spektrum ein sehr weites Feld eröffnet, nicht alle Aspekte Erwähnung finden können: »Viele Dinge möchte ich noch schildern, die ich auf dem Herzen habe, aber der große Umfang dieser Arbeit, die vor mir liegt, läßt das nicht zu.«

Der Nationalsozialismus ist für Heinz Gärtner nur die deutsche

Spielart des internationalen Faschismus, wie er sich vor allem in Italien bereits studieren ließ. Aber auch die Heimwehren in Österreich und verwandte Bewegungen in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern werden erwähnt. Dies entsprach vollauf dem Wahrnehmungs- und Kenntnisstand sowohl der sozialdemokratischen wie auch der kommunistischen Arbeiterbewegung, ebenso wie die besondere Hervorhebung des gegen die Arbeiterschaft gerichteten Charakters der Faschismen, die auf den knappen Nenner einer »Antimarxistenfront« bzw. einer prokapitalistischen Bewegung gegen die Demokratie gebracht werden. Der Antisemitismus wird lediglich als »eine besondere Eigenart des deutschen Faschismus« bzw. der NSDAP begriffen. Rückblickend mag dies als verkürzte Wahrnehmung kritisiert werden; allerdings ist hier bereits darauf hinzuweisen, daß etwa die antisemitische Propaganda der NSDAP in den Jahren des Aufstiegs zur Massenbewegung während der Weltwirtschaftskrise gegenüber pseudosozialistischen und nationalistischen Elementen tatsächlich eher im Hintergrund stand.<sup>3</sup>

Auch die Konstruktion eines Bündnisses des »germanischen und römischen Adlers«, der italienischen Faschisten und deutschen Nationalsozialisten, von der Heinz Gärtner in seiner Arbeit ausgeht, ist zeitgenössisch vielfach überschätzt worden. Charakteristisch war eher ein allgemein positiver Bezug der republikfeindlichen Rechten in Deutschland auf Mussolini – nach dem Motto: Was an Tiber und Po gelungen war, müßte auch an Isar und Spree gelingen. Eher publicityscheue Organisationen wie die »Gesellschaft zum Studium des Faschismus«, in der einträchtig »Männer der Wirtschaft«, Vertreter des »Stahlhelm«, deutschnationale und nationalsozialistische Politiker dieses Vorbild erörterten, zeigten eine viel breitere Phalanx gegen die Demokratie als die Annahme eines privilegierten Bündnisses der Bewegungen von Mussolini und Hitler. Im Gegenteil: Es lassen sich zahlreiche nationalsozialistische Stellungnahmen anführen, in denen explizit der Vergleichbarkeit von Faschismus und Nationalsozialismus widersprochen wurde.<sup>4</sup>

Bei aller Holzschnittartigkeit der Argumentation, derzufolge in Italien das »Geld massenweise von den Kapitalisten« an Mussolinis Schwarzhemden floß, gilt der Faschismus dem Autor nicht lediglich als Marionette ohne jegliche eigene Wirkung. Als Erfahrung der italieni-

schen Entwicklung hält er fest: »Einmal zur Macht gelangt, läßt sich der Faschismus nicht von heute auf morgen beseitigen.« Den jugendlichen Heinz Gärtner erschreckt ganz offensichtlich die brutale Gewalt, mit der die italienischen Faschisten gegen ihre politischen Gegner vorgingen – eindrücklich zitiert er etwa aus Schriften des Sozialisten Pietro Nenni. Hier wird dem Faschismus von Heinz Gärtner bereits tendenziell eine eigene soziale Qualität zugemessen, nicht nur hinsichtlich des terroristischen Elements, des »politischen Mordes als Prinzip«, sondern auch in einer metaphorisch fragwürdigen Erklärung des Faschismus als »einer schweren Erkrankung«.

Überdeckt wurden solche vereinzelt Hinweise auf die Autonomie der neuartigen Massenbewegung auf der extremen Rechten freilich, und wie sollte ein 15jähriger Schüler hier differenzierter urteilen als die politische Linke insgesamt, von jenem Schema, den Faschismus und Nationalsozialismus allein als Instrument des Kapitals im Klassenkampf von oben gegen die sozialistisch optierende Arbeiterklasse zu verstehen. Dieser ökonomistische Schematismus war eben keine Spezialität der Kommunisten, sondern prägte – letztlich ein Erbe der Zweiten Internationale – auch die theoretischen Anstrengungen der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit. Es fällt übrigens auf, welch geringen Stellenwert die politisch seit Ende der zwanziger Jahre beträchtlich vertiefte Spaltung der Arbeiterbewegung im Text von Heinz Gärtner einnimmt, obwohl sie sich doch gerade in dessen Entstehungszeitraum dramatisch zuspitzte. Der Berliner »Blutmai« von 1929, die gegenseitigen Stigmatisierungen als »Sozialfaschisten« oder »rotlackierte Nazis« und sogar die vereinzelt Auseinandersetzungen zwischen »Reichsbanner« und »Rotfrontkämpferbund« spielen für ihn keine Rolle.<sup>5</sup>

In einem Punkt allerdings ließ der junge Heinz Gärtner keinen Zweifel aufkommen, und dies kennzeichnete den deutlichen Gegenpol zur kommunistischen Systemkritik. Für ihn diente die demokratische Verfassung der Weimarer Republik nicht zur Verschleierung einer Diktatur der kapitalistischen Bourgeoisie, gegen die für ein Rätedeutschland zu kämpfen sei – so die KPD in den Wahlkämpfen jener Zeit –, sondern war ein hoher Wert. Diese sicherlich in der Bildungsarbeit der SAJ erworbene Erkenntnis bildete den zweiten Kerngedanken neben der sozialen Bestimmung der NSDAP, die folgendermaßen vor-

genommen wurde: Die Nationalsozialisten bekämpften die Demokratie, weil diese der Arbeiterbewegung nützte, Sozialisten verteidigten die Demokratie als wichtige zivilisatorische Errungenschaft.

Die Wurzeln der faschistischen Massenbewegung verortet Heinz Gärtner bereits in der wilhelminischen Gesellschaft, ein auch in der Geschichtswissenschaft bis heute betontes Element ideologischer Kontinuitäten, insbesondere hinsichtlich des Antisemitismus, der bei dieser Gelegenheit eine knappe Erwähnung findet. Interessant ist ferner, welche hohe Bedeutung der Autor der Förderung der NSDAP durch die bayerischen Regierungen Anfang der zwanziger Jahre beimißt – auch dieser Faktor hat in der Historiographie bis in die jüngste Zeit – etwa durch die Dokumentation des Münchner Prozesses gegen die Putschisten von der Feldherrnhalle – große Aufmerksamkeit erhalten.<sup>6</sup> Und schließlich werden die sozialen Gründe für den Durchbruch der Nationalsozialisten eingehend gewürdigt: die soziale Lage des Mittelstandes und der Bauern, die besondere Ansprechbarkeit der Jugend »in den Flegeljahren«.<sup>7</sup>

Einen Kernpunkt der Auseinandersetzung mit der NSDAP macht die Kritik ihres Programms aus. Hier wird zum einen betont, daß Nationalismus und Pseudosozialismus (»Zuckerwassersozialismus«) nur die Funktion ideologischer Verschleierung der wahren (prokapitalistischen) Absichten der braunen Bewegung besäßen. Zum anderen wird das Programm als Verkleisterung von deren sozialer Heterogenität aufgefaßt. Die Nationalsozialisten, so Heinz Gärtner, mußten »verschwommen« formulieren, wenn sie Hohenzollernprinzen und Kleinbauern gleichzeitig ansprechen wollten. Demgegenüber geht es ihm um die Entlarvung von drei zentralen Behauptungen der NSDAP: Diese sei weder national noch sozialistisch, und sie sei auch keine Arbeiterpartei. Ausführlich argumentiert der Schüler, daß nicht die extreme Rechte, sondern die SPD das Reich nach dem Ersten Weltkrieg zusammengehalten habe. Die Zurückweisung des Vorwurfs, die Sozialdemokratie bestehe aus vaterlandslosen Gesellen, läßt schlaglichtartig die Zeit der zwanziger Jahre lebendig werden, für die solche Anwürfe typisch waren. Aber Heinz Gärtner wendet die Vorwürfe offensiv, indem er die unrealistische Agitation gegen den Versailler Vertrag als zum Krieg führende »Katastrophenpolitik« gegen die Verständigungspolitik von Rathenau, Erzberger, Ebert und Stresemann absetzt. Nur diese

werde zur Überwindung von Versailles führen, nur diese liege im nationalen Interesse. Daß die NSDAP mitnichten sozialistisch sei, wird nicht nur (s.o.) mit Hinweisen auf ihre Streikbrecher-Aktivitäten und auf kapitalistische Finanziers begründet. Die theoretisch noch ungefestigte, aber um so farbigere Weltsicht des jungen Heinz Gärtner scheint auf in einer bizarren Zusammenstellung der Geldgeber: »1. Das neutrale Ausland (Schweiz) 2. Schöne Frauen 3. Die Großindustrie«.

Während die Auseinandersetzung mit dem Nationalismus und »Pseudosozialismus« der NSDAP mit sehr klarer Argumentation geführt wird, zeigen einige Textstellen, daß eine entsprechende Stringenz bei der Kritik des Rassismus und Antisemitismus fehlt. Hier wird einmal auf die Inkonsequenz der Nationalsozialisten aufmerksam gemacht, die antisemitisch agitierten, aber dieses Kriterium im politischen Tagesgeschäft durchaus opportunistisch aufgeben würden. An anderen Stellen wird die ironisch gemeinte »Preisfrage« gestellt, ob die vielen Wähler Hitlers »plötzlich alle reinrassig geworden« seien, oder es wird ein zeitgenössischer Beobachter zitiert, der des »Führers« »schlechte Rasse« beschreibt. Die nationalsozialistischen »Rassenforderungen«, so resümiert der Autor, ließen sich ohnehin nicht durchsetzen, weil »das deutsche Volk seit vielen Jahren aus drei bis vier Rassen zusammengesetzt oder gemischt« sei. Diese doch eher hilflose Kritik ist natürlich nicht dem jungen Schüler anzulasten, sie beleuchtet vielmehr den Wissens- und Diskussionsstand der zwanziger Jahre und eben selbst der meisten Sozialdemokraten, die sich ansonsten partiell sehr qualifiziert mit der NSDAP-Doktrin auseinanderzusetzen wußten.

Diese prinzipielle Auseinandersetzung umfaßte nicht nur, wie erwähnt, Nationalismus und Pseudosozialismus, sondern auch die klare Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur. Daß etwa der Grad an Korruption in einem »Dritten Reich« sehr viel höher sein werde als in der Weimarer Republik, kann der junge Heinz Gärtner eindrucksvoll aus italienischen Beispielen schlußfolgern – ein Thema, das im übrigen erst in jüngster Zeit von Historikern wieder aufgegriffen wurde.<sup>8</sup> Unmißverständlich sind schließlich die Argumente gegen den Militarismus, gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, gegen die auf Kadavergehorsam hinauslaufenden nationalsozialistischen Vorstellungen zur Schule, die gesamte Tendenz der »Kulturre-

aktion« und – bemerkenswert ausführlich – gegen die »frauenfeindliche« Programmatik der »Gegner der politischen Gleichberechtigung«, die eine »Verhöhnung und Entwürdigung der Frauen« an den Tag legten und ihnen einen »Gebärzwang« auferlegen wollten, um genügend »Kanonenfutter« für den angestrebten Krieg zu erhalten.

Es verwundert nicht, daß das engagierte SAJ-Mitglied seine Arbeit mit der positiven Vision des Sozialismus enden läßt. Über die Würdigung des »großen Arbeiterführers Karl Marx«, der als Entdecker der »Anarchie des Kapitalismus« gefeiert wird, und einer recht schematischen Aneinanderreihung von Elementen des Historischen Materialismus gelangt Heinz Gärtner schließlich zur SPD-Programmatik. Der Schüler läßt keinen Zweifel daran, daß der Kampf dem »Endziel« des Sozialismus gelte, und daß dieses Ziel – eine von Klassenkämpfen und sozialer Ungleichheit befreite sowie zugleich demokratische Gesellschaft, in der »die Menschheit (...) zur Gemeinschaft« werde – zu erreichen sei. Diese Gewißheit erst, deren illusionärer Charakter sich alsbald erweisen sollte und die retrospektiv so fremd erscheinen mag, gab Heinz Gärtner die Kraft für ein lebenslanges politisches Engagement.



## **Anmerkungen**

- 1 Vgl. Klaus Schönhoven/Hans-Jochen Vogel (Hg.), *Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus. Ein historisches Lesebuch*. Geleitwort Rita Süßmuth, Berlin 1998.
- 2 Zur Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, vgl. Friedrich-Wilhelm Witt, *Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30 – 1933*, Hannover 1971; Axel Schildt, *Hanseatische Vernunft kontra Extremismus? Zum antifaschistischen Kampf der Hamburger Sozialdemokratie 1929 – 1933*, in: Jörg Berlin (Hg.), *Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter*, Köln 1981, S. 263 – 282; Ursula Büttner, *Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928 – 1931*, Hamburg 1982; Axel Schildt, »Schafft uns die Mehrheit!«, *Arbeiterbewegung zwischen Politik und Straße*, in: Projektgruppe Arbeiterkultur Hamburg (Hg.), *Vorwärts – und nicht vergessen. Arbeiterkultur in Hamburg um 1930*, Berlin 1982, S. 112 – 134; ders., *Als Arbeiterpartei im Senat. Vorsichtige Reformen, sozialistische Propaganda und Verteidigung der Republik: Die Hamburger SPD 1924 – 1933*, in: Ulrich Bauche u.a. (Hg.), »Wir sind die Kraft«. *Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945*. Katalogbuch zu Ausstellungen des Museums für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1988, S. 169 – 202.
- 3 Vgl. Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.
- 4 Vgl. Klaus Peter Hoepke, *Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus*, Düsseldorf 1968; Walter Schmidtke, *Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF) 1931 – 1933*, in: Redaktionskollektiv unter Leitung von Dieter Fricke (Hg.), *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945*, Berlin (DDR) 1968, Bd. II, S. 174 – 176.
- 5 Vgl. umfassend Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930-1933*, Bonn 1990.
- 6 Lothar Gruchmann/Reinhard Weber (Hg.), *Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I*, 4 Bde., München 1997-1999.
- 7 Vgl. Jürgen Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991.
- 8 Vgl. zuletzt Frank Bajohr, *Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit*, Frankfurt a. Main 2001.



*Heinz Gärtner 1932*

**Heinz Gärtner**

**Der Faschismus (Nationalsozialismus)  
und der Sozialismus**



# I. Teil:

## Faschismus (Nationalsozialismus)

### Vorwort

Seit Anfang September 1930 beschäftige ich mich mit meiner Abschlußarbeit. Die Entwicklung, die diese Arbeit bis zum heutigen Tage durchgemacht hat, ist kennzeichnend für die politische Lage Deutschlands. Zuerst hatte ich die Absicht, etwas über Marxismus zu schreiben, da in den Flugblättern zur Reichstagswahl 1931 das Wort Marxismus viel genannt wurde. In dicken Überschriften prangten die Worte: »Der Marxismus ist an allem Schuld!« – oder »Der Marxismus hat abgewirtschaftet!« usw. usw. Ich wußte zwar ganz oberflächlich, was Marxismus bedeutet, aber auf Grund dessen, was in den Flugblättern stand, nahm ich mir vor, näheres über Marxismus zu erfahren. Ich kaufte und lieh mir Bücher, die das Thema Marxismus behandelten.

Während ich mich in diese Arbeit vertiefte, spitzte sich die politische Situation besonders in Deutschland von Tag zu Tag zu. Die September-Wahlen, die mit dem überraschenden Wahlsieg der Nationalsozialisten endeten, waren der Ausgangspunkt dieser verschärften Lage in Deutschland. Das Verhalten der Nazis im Reichstag und andere Dinge trugen dazu bei, daß ich ein anderes Thema als Abschlußarbeit wählte.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß ich, als ich die Nachricht vom Tode des früheren Reichskanzlers Hermann Müller-Franken hörte, abermals eine Änderung meiner Abschlußarbeit vornehmen wollte. Ich änderte den Entwurf der Abschlußarbeit, indem ich ein weiteres Thema hineinschob. Ich hatte die Absicht, auch über die deutschen Arbeiterführer zu schreiben, so daß sich die Arbeit in drei Themen gegliedert hätte:

1. Die deutschen Arbeiterführer – Von Karl Marx bis Hermann Müller  
(Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Friedrich Ebert, Hermann Müller)
2. Sozialismus
3. Nationalsozialismus

Aber als ich an die praktische Arbeit ging, änderte sich mein Vorhaben. Es zeigte sich nämlich, daß die Arbeit, wenn ich sie in der beabsichtigten Form fortsetzen würde, einen ungeheuren Umfang annehmen würde. Ich ließ den Entwurf zunächst ein paar Wochen liegen, um dann erneut ans Werk zu gehen. Da ich mit dem dritten Teil am weitesten fortgeschritten war, entschloß ich mich, nur über Nationalsozialismus und Sozialismus zu schreiben.

Hierzu entschloß ich mich nicht leichten Herzens, denn ich war mit dem ersten Thema (Arbeiterführer) ebenfalls sehr weit fortgeschritten (mit Marx, Engels und Ebert war ich fertig). Doch ergab sich bald die Gelegenheit, daß ich in einer Jugendgruppe der SAJ über Marx und Engels und bald darauf auch über Ebert einen Vortrag halten konnte. So ließ ich den ersten Teil der Abschlußarbeit fallen und entschied mich für das Thema Sozialismus – Nationalsozialismus.

Ich habe vielfach Zitate aus Reden und Schriften wiedergegeben, da dies – ohne etwas zu verwischen – die objektivste Darstellung ist, denn ganz unwillkürlich könnte es vorkommen, daß ich wenn nicht gerade falsche, so doch nicht ganz zutreffende Darstellungen gebracht hätte. Ich bin der Auffassung, daß eine selbständige Arbeit nicht an Wert verliert, wenn wörtliche Wiedergaben angeführt werden, denn es wäre sehr leicht, diese in indirekte Rede umzusetzen. Ich wies schon darauf hin, daß sich während ich diese Arbeit schrieb, die Lage in Deutschland und darüber hinaus in der ganzen zivilisierten Welt mehr und mehr zuspitzte. Das kapitalistische System fing in den Grundfesten zu wackeln an. Konzerne und Banken brachen zusammen, Deutschland stand wieder einmal hart am Abgrund. Notverordnung nach Notverordnung wurde erlassen, die das deutsche Volk, besonders die Arbeiterschaft, stark belasteten und heute noch belasten.

In dem politischen Kampf nahm der Terror gegen die republikani-



*Hugenberg demonstriert in Harzburg*

sche Bevölkerung mehr und mehr zu – ich brauche nur an die schweren Ausschreitungen der Nazis am Tag der Reichstageröffnung sowie an Braunschweig und Eutin zu erinnern. Die Reaktion schloß sich fester zusammen. Sie hielt eine Tagung in Harzburg ab. Hitler vereint mit Hugenberg und anderen Leuten des Schwerkapitals stellte Forderungen auf, die alle meine Darstellungen übersteigen und meine Auffassung, daß die NSDAP die schwarze Reaktion ist, nur noch verstärkt.

Leider kann ich, da die Arbeit sonst zu umfangreich werden würde, auf die Ereignisse in Harzburg nicht eingehen. Neben der Harzburger Tagung ereigneten sich noch viele Dinge, die ich gerne ausführlicher



*Hitler beim Verlassen des Prozesses*

behandelt hätte, die ich jetzt nur in Stichwortform andeuten will, da sie wohl noch in Erinnerung sind. Ich erinnere an die Boxheimer Dokumente, die ein geradezu abschreckendes Bild von einer Nazi Herrschaft geben. Es heißt dort nach jedem Satz: »Mit dem Tode wird bestraft!« »Mit dem Tode wird bestraft!« »Mit Zuchthaus wird bestraft!« usw. usw. Auch in Anhalt wurde ein ähnliches Dokument entdeckt. Erwähnen möchte ich noch, daß das Blutdokument von Boxheim viel Ähnlichkeit mit dem Verfassungsentwurf der Nazis vom 9. November 1923 zeigt. Das Boxheimer Blutdokument ist also keine Privatarbeit, sondern in Wirklichkeit ist Hitler der Vater dieses Dokuments.



Viele Dinge möchte ich noch schildern, die ich auf dem Herzen habe, aber der große Umfang dieser Arbeit läßt das nicht zu.

Über die Legalität oder Nichtlegalität der NSDAP könnte man noch sehr viel schreiben. Über den Leipziger Prozeß der Reichswehrsoldaten, in dem Hitler als Zeuge auftrat und die »Legalität« der NSDAP beschwor.

Auch die Folgen vieler Hitler- und »Stahlhelm«-Aufmärsche in Breslau, Köln usw. zu beleuchten, wäre sehr interessant. Aber trotzdem glaube ich, daß es mir gelungen ist, ein Bild vom Nationalsozialismus gegeben zu haben.

Hamburg, den 24. Dezember 1931

Heinz Gärtner



# Der Faschismus (Nationalsozialismus) und der Sozialismus

## 1. Der Faschismus als internationale Erscheinung

Die Erscheinung des Faschismus (Nationalsozialismus in Deutschland), seine wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ursachen, sowie seine Ziele und Kampfmittel sind nicht nur Erscheinungen, die in Deutschland verbreitet sind, sondern in vielen Ländern der Erde. Wenn man das Wesen des Nationalsozialismus ergründen will, so ist es notwendig, daß man sich grundsätzlich über Faschismus unterrichtet. Besonders informieren muß man sich über den Faschismus in Italien, denn dort wurde er zuerst verwirklicht.

Bevor ich auf den italienischen und den deutschen Faschismus näher eingehe, will ich den Faschismus – oder besser: die gemeinsamen Kennzeichen des Faschismus – in groben Zügen aufzeigen.

Die faschistische Bewegung ist zuerst in Italien entstanden. Ihre Ursachen und Folgen zeigen sich aber mehr oder weniger in allen europäischen Ländern. Früher war man vielfach der Ansicht, daß der Faschismus eine rein italienische Erscheinung sei, die nur möglich sei durch die Verknüpfung der Persönlichkeit Mussolinis mit den italienischen Verhältnissen. Bereits vor einigen Jahren erwies sich diese Anschauung als falsch, denn faschistische Zellen befanden sich schon vor dem italienischen Faschismus in vielen anderen Ländern. Heute gibt es besonders in Deutschland, Österreich und Polen starke faschistische Bewegungen, die zwar verschieden auftreten, die aber in ihren Grundideen das gleiche Ziel haben. An der Tatsache, daß der Faschismus heute bereits eine internationale Erscheinung ist, läßt sich nicht mehr rütteln, obgleich Mussolini 1919 erklärte, der Faschismus sei kein Exportartikel. Man propagierte sogar in aller Öffentlichkeit einen Zusammenschluß aller Faschisten. Adolf Hitler, der »große« Führer

des deutschen Faschismus, hat, wenn ich mich nicht irre, vor längerer Zeit einen Aufruf erlassen, der im Wortklang ähnlich der Parole: »Proletarier aller Länder vereinigt euch« von Marx und Engels ist. Die Parole Hitlers lautet: »Faschisten aller Länder vereinigt euch!«

Es blieb auch nicht nur bei der Theorie, sondern sie versuchten gleich praktisch einen Zusammenschluß aller Faschisten zu erzielen. Bekannt sein dürfte, daß die Heimwehren in Deutsch-Österreich, die mit den deutschen Faschisten eng verbunden sind, seit längerer Zeit Beziehungen zu Italien und Ungarn aufgenommen haben, um gemeinsam eine starke »Antimarxistenfront« zu schaffen. Auch propagierten die faschistischen Zeitungen in Italien und Deutschland (besonders »Tevere« und »Völkischer Beobachter«) vor längerer Zeit emsig ein Bündnis des germanischen und römischen Adlers: »Italien ist heute der Exponent eines Geistes der Ordnung, der Disziplin, des hierarchischen und imperialen Willens, der Verteidigung gegen die proletarischen und demokratischen Ideologien, der Kampfesfreude und des Heroismus. Die italienisch-österreichische Freundschaft kann mir nur als Vorspiel zur wesentlichen Annäherung der beiden Rassen gelten, als Auftakt zur Heranbildung eines europäischen Blocks, dessen Entstehung zwangsläufig stattfinden muß, sobald die deutschen Völkerschaften von den Krankheits- und Niedergangskeimen befreit sein werden [...] Die Vereinigung der beiden Adler, des römischen und des deutschen, ist das politische Problem der nächsten Zukunft.«

Während früher die Demokratie von den besitzenden Schichten beherrscht wurde, und in allen Ländern vor dem Kriege die Arbeiter von der Mitherrschaft ausgeschlossen wurden, trat nach dem Kriege in fast allen Ländern Europas eine Wahlrechtsänderung zugunsten der Arbeiterschaft ein. Die Folge davon war, daß die Arbeiterschaft stärker in die Parlamente drängte und vielfach großen Einfluß auf die Gesetzgebung erlangte. Große Umwälzungen waren die Folge. Nun war die Demokratie, die bisher für den Kapitalismus als Stützpunkt galt, zur Gefahr geworden. Und nun muß der Kapitalismus, um an der Macht zu bleiben, oder um wieder zur Macht zu gelangen, notgedrungen gegen die Demokratie kämpfen. Hieraus erklärt sich, daß die Kapitalisten die faschistische Bewegung unterstützen. Ebenso unterstützt das Kleinbürgertum, bedrängt durch die wachsende Wirtschaftsmacht des Kapitalismus, die faschistische Bewegung. Außer

den eben genannten Faktoren spielt die geistige Wandlung des Bürgertums eine große Rolle. Während der Bürger früher Pazifist und Kosmopolit war, ist er heute vor allem Nationalist.

Nun aber etwas zu den Fragen: »Was ist Faschismus?« und: »Worin besteht die faschistische Gefahr?« Diese Fragen wären in wenigen Zeilen erledigt, wenn ich die einfache Methode der Nazis anwenden würde. Da lese ich z.B. in einem Flugblatt N. 9 aus dem Jahr 1931 u.a. folgendes: »Was bedeutet Faschismus? Faschismus ist ein Fremdwort, ein Schlagwort. Man hat dieses Wort gewählt, um dem Arbeiter den Kopf zu verdrehen. Die NSDAP hat mit dem faschistischen Italien gar nichts zu tun. Wir sind keine Feinde der Arbeiter, sondern Feinde der Arbeiterverräter. Der Kampf gegen den Marxismus ist der Kampf für die Befreiung der Arbeiterschaft, denn Marxismus ist Volksbetrug.«

Daß der Nationalsozialismus nichts mit dem faschistischen System in Italien zu tun hat, werde ich später widerlegen, ebenso die Behauptung »Marxismus ist Volksbetrug«.

Was aber soll ein denkender Mensch mit diesen Sätzen der Nazis anfangen, ist er zufrieden mit den Worten: »Faschismus ist ein Fremdwort, ein Schlagwort«? Nein, ein überlegender Mensch – leider denken sehr viele nicht nach – ist damit nicht zufrieden, sondern er geht den Ursachen und Erscheinungen auf den Grund.

Ich komme also auf die Fragen »Was ist Faschismus?« und »Worin besteht die faschistische Gefahr?« zurück.\* Um diese Fragen zu erklären, bedarf es einer kurzen Betrachtung.

Der Faschismus ist sehr groß im Negativen, während man nach dem positiven Programm lange suchen kann. Entweder haben die Faschisten in den einzelnen Ländern überhaupt kein Programm oder wenn sie ein Programm haben, so ist es so gehalten, daß man es verschieden auslegen kann. Hinzu kommt noch, daß die Faschisten ihr Programm sehr oft ändern, so daß man mit voller Berechtigung sagen kann: »Sie wechseln ihr Programm häufiger als ihr Hemd.« Nimmt man diese beiden Erscheinungen zusammen, so hat man ein charakteristisches Kennzeichen der faschistischen Bewegung.

---

\* Wenn ich in den folgenden Darstellungen nicht alles schildere, was Faschismus ist, so darum, weil ich vieles in den folgenden Abschnitten – Faschismus in Italien und in Deutschland – schildern werde.

Hitlers Programm, die 25 Thesen, von denen ich noch ausführlicher berichten werde, ist ein Sammelsurium aus Schlagworten, Forderungen antisemitischer Parteien der Vorkriegszeit, einigen sozialistischen Ideen, die aus sozialistischen (vielleicht sogar marxistischen?) Schriften abgeschrieben sind, sowie Abschriften aus der Weimarer Verfassung. Hitler, beziehungsweise sein Theoretiker Gottfried Feder, haben überall geistige Anleihen aufgenommen. Prof. Dr. Nölting charakterisierte in einer öffentlichen Versammlung bei »Sagebiel«, in der auch Dr. Feder sprechen sollte, aber nicht erschienen war, das Programm der Nazis folgendermaßen: »Man nehme etwas Ariertum, man nehme etwas Sozialismus, man nehme eine Prise Alldeutschtum, verschärfe es mit etwas Antisemitismus, rühre alles 5 Minuten mit dem Hakenkreuzlöffel um, dann hat man die ganze nationalsozialistische Sauce.«

Die 25 Thesen Hitlers, die seit Januar 1919 bestehen, sind schon oft interpretiert worden. Aber nicht Theorie, also Programm, ist die faschistische Parole, sondern Tat! »Nicht nachdenken, sondern marschieren! Tempo! Tempo! Hetzjagd durch die Zeit! Militärische Geschwindigkeit! Ritmo accelerato!« Dieser Geist unserer Zeit beherrscht auch den Faschismus. Um die Anhänger von geistigen Dingen abzulenken, wird oft in einer ähnlichen Weise verfahren, wie Mussolini es in Italien machte. Als Mussolini nämlich im Jahre 1922 in Udine nach dem Programm der Faschisten gefragt wurde, antwortete er: »Unser Programm ist einfach. Wir wollen Italien regieren.« Ähnlich äußern sich auch die Faschisten in Deutschland. Der Faschismus will den Staat mit brutaler Gewalt erobern. 1928 schilderte Mussolini das Idealbild eines Faschisten folgendermaßen: »Den Dolch zwischen den Zähnen, die Bomben in den Händen und eine souveräne Verachtung der Gefahr im Herzen!«

Damit der Faschismus zur Macht kommt, muß er neben Gewalt und Terror auch Geld zur Verfügung haben, und das bekommt er massenweise von den Kapitalisten. Warum? Das erklärt sich aus der bereits erwähnten historischen Tatsache (Demokratie und Kapitalismus). Selbst Mussolini hat zugegeben, daß ihn zuerst die italienischen Latifundienbesitzer, danach die Industriellen, reichlich mit Geld unterstützt haben. Ebenso ist bewiesen, daß in Deutschland die Nazis ebenfalls von Industriellen unterstützt wurden und noch heute unterstützt werden (Lahusen usw.). Ja sogar von ausländischen Unterneh-

mungen bekommen die Nazis Geld (siehe Fuchs-, Machhaus- und Werner Abel-Prozeß).

Wie gesagt, mit den Mitteln der Gewalt, mit Terror und Lüge will der Faschismus den Staat erobern, was ihm in Italien leider gelungen ist. Hat der Faschismus aber einmal die Macht im Staate, so muß er, um nicht gestürzt zu werden, das Kapital gegen das Proletariat verteidigen. Die soziale Maske des Faschismus wird heruntergerissen. Aber es ist zu spät! Einmal zur Macht gelangt, läßt sich der Faschismus nicht von heute auf morgen beseitigen. Das Programm wird völlig auf den Kopf gestellt. Während z. B. Mussolini 1920 gegen den Staat schrieb: »Ich gehe vom Individuum aus und ziele gegen den Staat [...] Nieder der Staat in allen seinen Formen; der Staat von gestern und von morgen, der bürgerliche Staat und der sozialistische!« verherrlichte derselbe Mussolini bald danach den Staat, indem er sagte: »Nichts außerhalb des Staates! Nichts gegen den Staat! Alles für den Staat!«

Bemerkenswert am Faschismus ist, daß er sich nicht gegen den Staat richtet – sei es nun Monarchie oder Republik –, sondern gegen Demokratie und Parlamentarismus.

Die Kontrolle der Führerschaft von unten, wie sie in der Demokratie möglich ist, soll beseitigt, und der Druck von oben, die Diktatur, errichtet werden, so daß die Kontrolle der Regierenden so gut wie ausgeschlossen ist. Dem Druck von unten nach oben – Demokratie – wird ein Druck von oben nach unten – Diktatur – entgegengestellt. Diesen kapitalistischen Diktaturstaat schilderte Mussolini 1923 folgendermaßen: »Lo stato che cosa é? E il carabinieri!« – »Was der Staat ist? Der Staat ist der Gendarm.« Damit sich nun nicht Teile der Bevölkerung gegen die Diktatur erheben, müssen sie abgelenkt werden. Dieses geschieht, indem man Staat und Nation über alles stellt, sie sozusagen vergöttert. Man muß also die nationalen und chauvinistischen Instinkte wachrufen. So fordert Mussolini z.B. in seiner Zeitung, daß der italienischen Schuljugend folgende Leitsätze ins Gehirn gehämmert werden sollen: 1. »Italien ist das Land, das verdient, das mächtigste und größte (Land) der Welt zu sein. 2. Italien wird das größte und mächtigste Land der Welt. 3. Die italienischen Gesetze sind die vollkommensten der Welt. 4. Die Männer, die Italien regieren, sind die allerbesten, und ihnen gebührt Verehrung und Gehorsam.«

Was es bedeuten würde, wenn alle Staaten – oder nur mehrere – so dächten, kann sich jeder leicht vorstellen.

Eine Erscheinung des Faschismus – oder besser eine Begleitererscheinung – ist das politische Rowdytum, die täglichen Flegeleien und Schlägereien. Die Ausbrüche sind jedoch nicht allein maßgebend, denn mit diesen Auswüchsen wird jede Ordnungspolizei fertig. Weit schlimmer und gefährlicher sind die organisierten Attentate und politischen Morde. Nicht nur in Italien und anderen Ländern, sondern bereits seit längerer Zeit auch in Deutschland hausen die Faschisten in ähnlicher Weise.

Aber auch die zuletzt geschilderte Erscheinung ist eine äußere und nicht die wichtigste. Würde man nämlich die äußeren Erscheinungen – die täglichen Schlägereien, die Attentate und Meuchelmorde – beseitigen können, so würde der eigentliche Kern des Faschismus noch bestehen, denn der Faschismus ist eine schwere politische Erkrankung. Der Faschismus ist in den meisten Fällen eine Erscheinung des verschärften, wenn auch oft des verschleierte[n] Klassenkampfes, der sich zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Auf der einen Seite entsteht immer mehr Armut durch die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, so daß viele Menschen in Baracken hausen müssen, während auf der anderen Seite der Reichtum sich mehr und mehr vergrößert, so daß die reichen Leute in Palästen wohnen können. Die Diktatur des Faschismus ist die offene, unverhüllte Diktatur der kapitalistischen Bourgeoisie, die dazu bestimmt ist, die Position, die Machtstellung der Bourgeoisie, die von allen Seiten bedroht ist, sowohl auf politischem Gebiet – im Staat – als auch auf wirtschaftlichem Gebiet – in den Betrieben – aufrechtzuerhalten. Hierin liegt die Gefahr für die Arbeiterschaft, und eben wegen der faschistischen »Diktatur«, mit anderen Worten der kapitalistischen Diktatur, kämpft der größte Teil der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Der Faschismus ist nur dann möglich, wenn er einen günstigen sozialen und politischen Nährboden hat. Da die Diktatur sozusagen der letzte Rettungsanker der Bourgeoisie im Kampf um die politische Macht ist, begegnen sich beide – Kapitalismus und Faschismus – im historischen Moment und schließen Bruderschaft (siehe Hitler und Hugenberg!).

Erst als sich Kapitalismus und Faschismus verbündet hatten, wurde die faschistische Bewegung ein Machtfaktor und zur großen Gefahr



für die Arbeiterklasse. Gelenkt wird die faschistische Bewegung durch die Bourgeoisie, durch die Kapitalisten. Die Bourgeoisie unterstützt die faschistische Bewegung in materieller und politischer Hinsicht. Die Bourgeoisie bedient sich des Faschismus, um aus sicherer Deckung gegen das vorrückende Proletariat zu kämpfen. Der Faschismus kämpft mit direkten und indirekten Mitteln. Die direkten Mittel sind die Gewalttaten. Der Faschismus sagt seine Ziele auch nicht frei und offen, sondern er verschleiert sie. Um möglichst viele Anhänger zu gewinnen, muß sich der Faschismus eine soziale Maske aufsetzen. Auch der Kirche bedient sich der Faschismus. Während Mussolini 1920 die Religion verfluchte und als »Unsinn, Unsittlichkeit und Krankheit« betitelte, feierte er sie 1929 als notwendig und als einzige Garantie für die vollkommene Sittlichkeit und versöhnte sich mit dem Papst. Heute prangt in Italien überall die Aufschrift: »Faschismus ist die Religion vom Vaterlande.« Auch in Deutschland besteht eine enge Verbundenheit zwischen den Nazis und den »Stahlhelm«-Pastoren.

Der Nationalismus ist dazu berufen, die Massen aufzuputschen, denn dieser Nationalismus hat mit dem wahren Nationalismus, wie ihn auch die Sozialisten anerkennen, nichts zu tun.

Ähnlich steht es mit dem Antisemitismus. Doch erwies sich diese Erscheinung als eine besondere Eigenart des deutschen Faschismus. In Italien sind z.B. führende Faschisten Juden.

Warum bedient sich der Faschismus dieser Mittel? Doch nur darum, um seine eigenen Anhänger, und darüber hinaus auch andere Menschen, von den wahren Absichten und Zielen abzulenken.

Das Wichtigste am Faschismus ist die Idee des Ständestaates. Die Ständestaatsidee ist ein einfaches Mittel, um die überwiegende Mehrheit des Proletariats, der Arbeitnehmer, von der Macht auszuschalten. Es wird nämlich die Parität, also die Gleichheit zwischen den Unternehmern und Arbeitnehmern, diktiert. Prof. Dr. Heller sagte treffend: »Mit der Ständestaatsidee besteht zwar keine Klassenharmonie, wie der Faschismus behauptet, wohl aber eine Entrechtung der Arbeitnehmer.«

Wie steht es nun mit dem Klassenkampf in Italien? Die Faschisten sagen: »In Italien ist der Klassenkampf beseitigt!« Ist es wirklich so, bestehen in Italien keine Klassengegensätze? Nach genauer Prüfung dieser Frage kommt man zu der Auffassung, daß die Klassengegensätze in Italien nur scheinbar verschwunden, in Wirklichkeit aber doch vor-

handen sind. Durch den Druck der Diktatur werden die Klassen derartig zusammengedrückt, daß ihnen der Atem ausgeht und der Klassenkampf gewissermaßen erstickt wird. Aber dennoch kann nicht gelegnet werden, daß die Klassegegensätze vorhanden sind.

## Der Faschismus in Italien

Faschistische Zellen gab es schon vor und während des Krieges in Italien und anderen Ländern. In Italien gründete Mussolini im Jahre 1914 einen Bund, der sich »Fasci di azione rivoluzionaria« und bald darauf »Fasci di azione interventista« nannte. Dieser Bund sollte den Eintritt Italiens in den Weltkrieg erzwingen: gegen Deutschland. Bei Ausbruch des Krieges forderte Mussolini »absolute Neutralität allen Kriegsführenden gegenüber«. Aber schon nach zwei Monaten war er für den Eintritt Italiens in den Weltkrieg gegen Deutschland. Seit dieser Zeit begann Mussolinis, des früheren Sozialisten, Umschulung. Mit großer Mehrheit wurde er aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen.

Im Jahre 1915 brach Italien den Dreibund und trat in den Weltkrieg ein. Dauernde Niederlagen zermürbten das italienische Heer, so daß sogenannte Todesbataillone gebildet wurden, die die Front halten und wieder vorwärtsreißen sollten. Die Soldaten trugen »schwarze Hemden« und führten einen schwarzen Wimpel mit einem weißen Totenkopf als Banner. Sie nannten sich »arditi«, auf Deutsch die »Verwegenen«. Am Ende des Krieges verwandelten sich die »arditi« in faschistische Sturmtrupps. Aus ihnen bildete Mussolini 1919 seine »Fasci di Combattimento«, d.h. »Bund der Frontsoldaten«. Dieser Bund erhielt in kurzer Zeit großen Zulauf, und zwar aus folgenden Gründen: Viele Arbeiter, die vom Kriege nach Hause kamen, fanden alle Arbeitsplätze besetzt. Die Kriegsgewinnler bildeten eine neue Bourgeoisie. Sie lebten in Reichtum und Überfluß, während die Arbeiter nichts zu essen hatten. Ebenso war es auf dem Lande. Der Landarbeiter, der in sein Dorf zurückkehrte, fand alles verändert vor. Die Familie war noch ärmer geworden, sein mühsam erworbener Besitz gehörte einem anderen. Die Latifundienbesitzer hielten das Land fest in den Händen und verlangten hohen Zins von den kleinen Päch-

tern. Diese Erscheinungen trugen dazu bei, daß die Sturmtrupps Mussolinis starken Zuwachs erhielten. Aber dennoch hatten sie zunächst keine große Bedeutung. 1919 war Mussolini noch Revolutionär. Er forderte in seinem Programm das aktive und passive, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen; die Einberufung einer konstituierenden – verfassungsgebenden – Nationalversammlung; den Achtstundentag und ein garantiertes Lohnminimum; den Ausbau der Sozialgesetzgebung; die Wirtschaftsdemokratie; die teilweise Enteignung bzw. hohe Besteuerung des Kapitals; die Beschlagnahmung aller Kirchengüter usw. Alles nicht zu verachtende Forderungen.

Bei den Wahlen im November 1919 brachten die Faschisten keinen Kandidaten durch. Desto mehr gewann die sozialistische Bewegung. Mit 156 Mandaten zogen sie in das Parlament, doch waren die Arbeiter uneinig, was den Faschisten sehr zustatten kam. Sinnlose Putsche wurden inszeniert, die Fabriken wurden systemlos von den Belegschaften besetzt und die Produktion in eigener Regie weitergeführt. Da es an der Direktive der Führung mangelte, mußte das Experiment scheitern. Allgemeines Chaos war die Folge, da sich die Arbeiterklasse spaltete. In diesem Durcheinander verbündeten sich Mussolini und die kapitalistische Bourgeoisie Italiens. Und es dauerte gar nicht lange, bis die Offensive des kapitalistisch-faschistischen Fascio einsetzte. Zuerst wurden die Agrargebiete – Lombardei, Emilia, Venetien, Toscana – bearbeitet und die Landarbeiterorganisationen zerstört, die Führer teils ermordet, teils verjagt. Dann begann der Sturm auf die Städte. Die Gewerkschaftshäuser, die Druckereien, die Konsumvereinsläden, die Parteihäuser, die Wohnungen führender Sozialisten wurden geplündert und angezündet. Aber nicht nur das, sondern auch viele Arbeiterführer wurden bestialisch ermordet.

Wie die Faschisten in Italien hausten, davon nur wenige Beispiele aus dem Buch »Todeskampf der Freiheit« des italienischen Sozialisten Pietro Nenni: »Man sieht Schatten um das Haus streifen. Da stehen mehrere Menschen dicht beieinander. Wer ihre Worte verstehen könnte, der würde Grauen empfinden vor der Menschheit [...] Es schlägt vier Uhr. Schon fängt es am Horizont zu dämmern an. Da treten zwei Mann aus der Gruppe und rufen: »Hallo, Shiradini!« Eine Frau erscheint am Fenster: »Wer will meinen Mann?«

»Gute Freunde. Wir haben mit ihm zu reden.«

»Gleich wird er kommen.«

Im Schatten der Hecke beginnt wieder das Flüstern. Ein Landarbeiter wird schnell mit dem Anziehen fertig. Schon hört man seinen Schritt auf der Holzterrasse. Er öffnet die Tür:

»Nun wo sind die Freunde, die mich suchen? Was wollt ihr?«

Was man will? Sein Leben will man. Die Schatten stürzen sich auf ihn [...] es sind ihrer fünf, ihrer zehn [...] schließlich werden es fünfzig.

»Ihr Briganten!«

Shiradini ist ein kräftiger Mann. In der Tür der Hütte stehend, sieht er trotzig auf die Angreifer: »Nicht hier, hier sind die Kinder!« sagt er rau. Auch die Frau ist herunter gekommen und mischt sich tapfer ein. Ihr Schrei verhallt in der großen ländlichen Stille. Das Weinen der Kinder mischt sich mit den Flüchen der Angreifer. Man sieht zwei weinende Kinder auf der Treppe. Sie scheinen die Wut der Mörder noch zu vermehren:

»Du also bist der Führer der Gewerkschaft? Verrecken sollst du!«

Der Landarbeiter ist schon von Blut überströmt. Er wankt. Er bricht zusammen. Man hört ihn flehen: »Genug, genug, habt doch Mitleid mit den Kindern!«

Die Wichte wüten weiter gegen ihn und gegen die unglückliche Frau. Er röchelt. Man stößt die eisenbeschlagenen Schuhe auf den Schädel des Sterbenden. Jetzt hört man nur noch den Jammerschrei der Frau. Der Landarbeiter liegt auf der Schwelle seiner Hütte in einer Blutlache, die Augen aus dem Kopfe, mit eingeschlagenem Schädel. Die Mörder suchen das Weite.«

In ganz Italien setzte die Offensive des Agrariertums und der Reaktion gegen das Proletariat ein. Durch ganz Italien schallte der Ruf der Schwarzhemden: »A moi!« – Her zu uns! – Überall bedeutete dieser Ruf das Signal zum Überfall. Gewalt ist Trumpf! – so meinten die Faschisten und raubten und mordeten was ihnen nur in den Weg kam. »Fort mit den Sozialisten« war ihre Parole.

Gab es denn im damaligen Italien keine Justiz? Jawohl, es gab eine Justiz. Sie verhielt sich jedoch blind und taub. Genau wie bei uns.

Obwohl die Faschisten wie Untermenschen hausten, wurden sie nicht verurteilt. Im Gegenteil. Sie wurden unterstützt, wo es nur irgend möglich war (Vgl. Justiz in Deutschland). »Der Generalstab lieferte den Faschisten die Waffen, die Gerichte sicherten Straflosigkeit, der

Staat deckt die Verbrecher, die Banken geben das Geld, um die faschistischen Söldner (SA und SS in Deutschland) zu unterhalten. Im Mai 1921 fanden Neuwahlen statt unter der Ministerpräsidentenschaft Siolittis. Die Kammer wurde aufgelöst, um den Block der Sozialisten zu zerschlagen. Doch die Wähler sprachen sich gegen die Gewaltpolitik aus. 123 sozialistische Kandidaten zogen in die Kammer ein (ohne Kommunisten). Ihnen gegenüber stand der nationale Block von Siolitti bis Mussolini.

30 Faschisten zogen in das Parlament ein. »Wir werden«, so schrieb Mussolini, »nicht eine Parlamentsfraktion sein, sondern ein Aktions- und Exekutionspeloton.«

Der Terror der Faschisten auf dem Lande und auch in den Städten griff um sich. Viele Todesopfer waren zu beklagen. Am 3. August kam eine Einigung der Faschisten und Sozialisten durch Vermittlung des Ministerpräsidenten Bonomi zustande. Sozialisten und Faschisten verpflichteten sich, ihre gegenseitige Propaganda nicht zu behindern und ihre bewaffneten Organisationen aufzulösen. Einen Tag existierte dieser Waffenstillstand, dann ging der Kampf um so heftiger wieder los: gegen die »Marxisten«.

Begünstigt wurde der Kampf – wie immer – durch die Uneinigkeit der Arbeiter. Nach der ersten Spaltung – Kommunisten – folgte 1922 die zweite. Auf dem Parteitag der Sozialisten wurde beschlossen, sich nicht an einer Regierung zu beteiligen – (ein verhängnisvoller Beschluß!). Eine Regierungskrise folgte der anderen. Endlich gelang es Herrn Facta, der bisher nicht die geringste Bedeutung gehabt hatte, eine Regierung zu bilden. »Leben und abwarten« war die Devise des Parlaments, bis auf dem Platz von Montecitorio der Schrei erschallte: »Es lebe die Diktatur!« Der Kampf der Faschisten gegen die Marxisten begann die Form eines Bürgerkrieges anzunehmen. »Weder die Regierung noch das Parlament«, so schrieb Pietro Nenni, »besitzt die geringste Autorität.« Es kam zu einer neuen Ministerkrise, die nur von neuem die Unfähigkeit der Mehrheit kundtat, sich über ein Programm zu einigen. Weder der Beschluß der sozialistischen Parlamentsfraktion, an einer Regierung zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte teilzunehmen, noch Filippo Turatis Besuch im Quirinal, der dem König die Forderung des Volkes, seine Rechte aufrechtzuerhalten, überbrachte, vermochten diese alte Welt der Politiker zur Würde und

Selbstachtung zurückzurufen. Facta blieb in der Regierung, einfach, weil man sich nicht anders zu helfen wußte. Das bedeutete den endgültigen Verzicht einer Kaste, die keiner Energie mehr fähig war. Und so lieferte das Proletariat seine letzte Schlacht, indem es am 31. Juli 1922 den Generalstreik proklamierte. Die Order zur Niederlegung der Arbeit wurde den lokalen Organisationen am Morgen des 31. Juli mitgeteilt, als die Ministerkrise noch andauerte.

»Wenn es möglich gewesen wäre, die politische Pression der Parlamentsfraktion mit dem Druck des Streiks zusammenwirken zu lassen, wie das ein Jahr später beim Kapp-Putsch in Deutschland geschah, hätte man vielleicht das Hinabgleiten des Landes zur Diktatur aufhalten können. Leider aber bestand keinerlei Fühlung zwischen Massen und Parlament.«

Der Streik war allgemein und umfaßte alle Zweige der Produktion, er wurde aber nicht mit Enthusiasmus ausgefochten. Das waffenlose und verstörte Proletariat war nicht mehr imstande, es mit dem Faschismus aufzunehmen.

Der Hauptwiderstand der Arbeiter konzentrierte sich auf das industrielle Dreieck Mailand, Turin und Genua. Jedoch auch diese Städte vermochten dem Faschismus nicht lange Einhalt zu gebieten. Es war ein Kampf von Waffenlosen gegen Bewaffnete, ein ungleicher Kampf. Am 4. August wurde der stolze Bau des »Avanti«, des Zentralorgans der Zeitungen der Sozialisten, von Faschisten zerstört. Die 15 Redakteure und Arbeiter taten ihr bestes, um das Haus zu verteidigen. Aber das Gebäude wurde gestürmt. Sämtliche Maschinen wurden zerstört, das Papierlager angezündet, Bücher und Möbel – kurzum alles wurde vernichtet. Am Abend war das Gebäude in Schutt und Asche gelegt.

Facta war zurückgetreten und Salandra, ein Mann der Rechten, mit der Regierungsbildung beauftragt. Diesen Moment nahm Mussolini wahr und inszenierte den »Marsch auf Rom«.

Nachdem die Faschisten die Proletarier besiegt hatten, war der Weg frei, denn das Bürgertum wurde rasch überwunden. Bernhard Shaw sagte einmal: »Die Gegenwehr der bürgerlichen Parteien war so schnell zu durchschlagen wie ein Stück Butter von einer Kugel.«

Der »Marsch auf Rom«, den Mussolini Ende Oktober 1922 mit seinem Privatheer von 100.000 »Schwarzhemden« antrat, stieß nirgends auf Widerstand. Militär und Bürokratie stellten sich auf den



*Mussolinis »Marsch auf Rom«*

Boden der Tatsachen. Der Industriellenverband veranlaßte den König, die bisherige Regierung davonzujagen und Mussolini mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Der Weg für den Faschismus war frei. Das Morden der Faschisten aber ging weiter. Parteiführer, Gewerkschaftsführer usw. der Sozialisten und Demokraten wurden kaltblütig ermordet. Pietro Nenni schildert eine Szene folgendermaßen: »Der Trambahner Chiolero setzt sich gerade mit Frau und Kind an den Tisch. Es wird geklopft. »Herein!« Bewaffnete Männer erscheinen in der Tür. »Was wollen Sie?«

»Matteo Chiolero«

»Das bin ich.«

Er hat nicht die Zeit, ein weiteres Wort zu sagen. Die Wichte drücken ihre Revolver ab und laufen davon, während die junge Frau über der Leiche ihres Mannes weint.«

So oder in ähnlicher, oft noch viel grausamerer Weise wurden die Arbeiterführer hingemordet. Pietro Ferrone wurde – um nur ein Beispiel zu nennen – »lebendig mit den Füßen an ein Auto gebunden und als blutender Klumpen zerfetzten Fleisches durch den ganzen Corso Vittorio Emanuele geschleift. Seine Leiche war derartig entstellt, daß seine eigene Schwester ihn nicht erkennen konnte«.

Am 30. Mai 1924, das neue Parlament mit 350 Faschisten tagte seit dem 24. Mai, hielt Matteotti, der junge Führer der Sozialisten eine feurige Rede gegen die Faschisten. Er klagte die Mordtaten heftig an. Von der rechten Seite des Hauses wurde er vielfach stürmisch unterbrochen, Morddrohungen wurden ausgerufen, so daß Matteotti nur mit Mühe reden konnte. Mussolini saß ruhig und kreidebleich da. Mit erhobener Stimme rief Matteotti am Schluß seiner Rede: »Sie wollen das Land zum Absolutismus zurückdrängen. Wir verteidigen die Souveränität des italienischen Volkes, dem wir unseren Gruß entbieten, und für dessen Würde wir eintreten, indem wir fordern, daß man diese Wahlen einer Prüfung in vollem Lichte unterziehe.«

Die Linke erhob sich von den Sitzen und applaudierte. Von der Rechten wurde gerufen:

»Verkauft!« »Verräter!« »Provokateur!«

»Und jetzt«, sagte Matteotti lächelnd zu seinen Freunden, »könnt ihr meine Leichenrede vorbereiten.« Leider war das ein prophetisches Wort. Am 10. Juni nachmittags, als Matteotti am Kai entlang ging, wurde er von fünf scheinbar harmlosen Passanten überwältigt und in ein Auto geschafft. Was im Auto geschah, erzählte später einer der Schergen: »Matteotti schwieg nicht, trotz der plötzlichen Überwältigung, trotz der Todesdrohung, trotz der Faustschläge, die auf ihn niedersausten. Er ergab sich nicht. Vielleicht hoffte er durch seinen Schrei die Aufmerksamkeit von Spaziergängern oder Bahnwärtern auf sich zu lenken. Am ganzen Körper gefesselt, zerbrach er noch mit einem Fußtritt eine Scheibe des Autos und rief um Hilfe.« Da zog einer der Schergen den Dolch und stieß ihn in die Brust des Wehrlosen. Die letzten Worte Matteottis waren: »Ihr könnt mich töten, aber die Idee, die in mir ist, werdet ihr niemals töten!«



Ein Portier, der den Vorgang gesehen hatte, notierte sich die Autonommer – 551216 – und erstattete Anzeige. Die Polizei stellte Nachforschungen an und verhaftete Dumini. Die Untersuchungen gingen weiter. Eine Mussolini verbundene Zeitung, der »Corriere Italian«, stellte das Auto. Außerdem waren Rossi, der Pressechef des Ministerpräsidenten, und der Generalsekretär der faschistischen Partei, Marinelli, beteiligt. Die Spur führte zum Ministerium des Innern, und von dort in das Vorzimmer Mussolinis. »Bis hierhin«, so schreibt Nenni, »ging die Polizei, um dann stehenzubleiben, als vor einer Schwelle, die ihr profaner Fuß nicht berühren durfte.«

Aber dennoch war die Blutschuld Mussolinis erwiesen.

Mussolini hatte bald den König für sich gewonnen und konnte tun und lassen, was er wollte, denn er hatte das Heer, seine Miliz und die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Damit begann seine Diktatur. Seine erste Tat war, den Prozeß gegen die Mörder Matteottis zu unterdrücken.

Nachdem ich die Entwicklung des Faschismus in Italien geschildert habe, will ich einiges vom heutigen Faschismus aufzeigen.

Von den Forderungen, die Mussolini vor der Wahl aufstellte, hielt er fast gar nichts, als er zur Macht kam. Was wurde aus dem aktiven und passiven, gleichen und geheimen Wahlrecht, das er 1919 gefordert hatte? Was wurde aus der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung? Nichts! Stattdessen wurde die Diktatur erklärt, die Demokratie vernichtet und das Parlament entrechtet, die Gemeindegelbstverwaltung aufgehoben. Die Verfassung und Verwaltung des Staates wurden völlig faschisiert. Vor der Diktatur gelobte Mussolini seinen »Fascis«: »Wenn auf die schlimmsten Gegner des Faschismus ein Ausnahmegesetz fiele, würden wir uns dagegen auflehnen, denn wir sind alle für Freiheit, gegen jede Tyrannei [...] Freiheit für alle, der allgemeine Wille, nicht der Wille einer Gruppe oder eines Einzelnen soll entscheiden.« Und heute diktiert Mussolini selbst. Heute so, morgen so, wie der Wind weht.

Der Reaktion auf politischem Gebiet ging eine soziale voran. Die Beseitigung der Kriegsgewinne, wie Mussolini es 1919 forderte, wurde nicht durchgeführt. Stattdessen beseitigte er die Gesetze, die die Kriegsgewinne besteuerten. Auch die Besitzsteuern wurden nicht erhöht, sondern im Gegenteil, die Besitzsteuern und die Erbschaftssteuern wurden

abgeschafft. Auch die kirchlichen Vermögen wurden nicht eingezogen. Stattdessen verbündete sich Mussolini mit der Kirche und machte dieser große Konzessionen in Schule und Gesetzgebung. Weiter wurden die Betriebsräte abgeschafft, der Arbeiterschutz aufgehoben, die Löhne gleich um 20 % gesenkt und die freie Meinungsäußerung verboten. Nur die Anhänger der faschistischen Bewegung haben einige Rechte. Heute gibt es in Italien weder eine sozialistische noch eine humanistische Arbeiterpartei oder Gewerkschaft. Nachdem die Faschisten die Konsumvereine, Gewerkschaften usw. zerstört hatten, gründeten die Faschisten eigene Gewerkschaften, sogenannte Syndikate. Doch wie sehen diese Gewerkschaften aus? Die Gewerkschaftsführer werden nicht wie etwa bei den freien Gewerkschaften in Deutschland von der Mitgliedschaft gewählt, sondern sie werden von der faschistischen Zentrale ernannt. Diese ernannten, nicht gewählten Führer leiten die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften dürfen aber keine Lohnkämpfe führen, denn die sind verboten. Dafür dürfen sie zu allem »Ja« und »Amen« sagen.

Um nicht zu verhungern, muß der italienische Arbeiter diesen faschistischen Gewerkschaften beitreten und Beiträge zahlen. Denn gemäß Artikel 23 der »Carta die Lavore« und der Verordnung vom 6.12.1928 dürfen die Arbeitgeber die benötigten Arbeitskräfte nur von den staatlichen Arbeitsnachweisen beziehen und müssen unter den dort Eingetragenen der Reihe nach jenen, die der faschistischen Partei oder der faschistischen Gewerkschaft angehören, sowie Kriegsteilnehmern den Vorzug geben. Was das für den nichtorganisierten Arbeiter in der heutigen Wirtschaftslage bedeutet, kann sich jeder leicht vorstellen.

Nach den amtlichen Lohnziffern und internationalen Lohnvergleichen ist Italien das Land mit den niedrigsten Löhnen und der niedrigsten Kaufkraft der Massen. Der Durchschnittslohn der italienischen Industriearbeiterschaft betrug etwa 2 Lire im Jahre 1929, also 44 bis 45 Pfennige pro Stunde. Ein Vergleich der Reallöhne – nach dem internationalen Arbeitsamt – nach der Kaufkraft des Lohneinkommens für Lebensmittel berechnet, ergibt für Juli 1930 folgendes Bild: England 100; Niederlande 84; Deutschland 74; Polen 66; Österreich 50; Jugoslawien 49; Italien 45.

Italien stand also beim niedrigsten Reallohn. Trotzdem wurde Ende 1930 diktatorisch ein Lohnabbau durchgeführt.

Wie gesagt, nachdem die Faschisten die Genossenschaftshäuser verbrannt, die Zeitungs- und Parteihäuser demoliert hatten, nachdem viele sozialistische und katholische Arbeiterführer eingekerkert, mißhandelt und zum Teil ermordet wurden, wurden nach der Machtergreifung die Arbeiterorganisationen völlig unterdrückt.

Die Herrschaft in Italien hat Mussolini und die faschistische Partei. Die Mitglieder dieser Partei sind Staatsbürger erster Klasse. Sie haben nicht nur ein Recht auf alle Staatsämter, sondern auf fast jede bezahlte Tätigkeit. Nach dem Gesetz müssen die Kinder dieser Eltern auf allen Gebieten bevorzugt werden. Die Diktatur wird durch ein ungeheures Polizei- und Spitzelheer und vor allem durch die faschistische Parteilgarde, die rund 300.000 Mann zählt, sowie von dem königlichen Heer von 175.000 Mann und einer Gendarmerie von 60.000 Mann geschützt. Das sind zusammen 535.000 Mann, die neben Polizei und Spitzelheer bezahlt werden müssen.

Wie sind nun die Rechtsverhältnisse im faschistischen Italien? Keinem Angeklagten steht das Recht auf Verteidigung zu. Vor dem Spezialgericht dürfen der Verteidiger und der Angeklagte miteinander sprechen. Dem Verteidiger kann verwehrt werden, in die Akten Einsicht zu nehmen. Der Präsident kann den Verteidiger zu jeder Zeit ablehnen und ihn durch einen »Offizier der faschistischen Miliz« ersetzen.

Das sind nur einige Tatsachen, aber sie genügen, um zu zeigen, wie die Verhältnisse in dem heutigen Italien sind, die der »große« Adolf Hitler ähnlich so in Deutschland einführen will.

## **Der Nationalsozialismus in Deutschland**

Bereits vor dem Kriege gab es in Deutschland faschistische Bazillenträger, die aber ohne Bedeutung waren. Meistens setzten sie sich aus Radaulustigen – Halbstarcken – und aus deklassierten Kleinbürgern und Zwischenschichten, die vom anwachsenden Kapitalismus immer mehr verdrängt wurden, zusammen. Auch diese Menschen hatten, wie heute die Nazis, einen großen Haß gegen die Juden.

Nach dem Krieg nahm diese Bewegung ungeheure Ausmaße an, die aus folgenden Haupterscheinungen zu erklären sind: Viele Menschen aus Kreisen des Adels, des Heeres und der Bourgeoisie wurden



Das Volk ergreift am 9. November  
1918 die Macht; das monarchistische  
morsche System bricht zusammen

durch den Krieg, durch die Revolution und später durch die Inflation aus der Bahn geworfen.

Viele Bauern konnten oder wollten sich den Wandlungen der bäuerlichen Wirtschaft und des agrarischen Marktes nicht anpassen. Sie arbeiteten so, wie es seit Jahrhunderten Brauch war. Besonders die Geschäftsleute oder besser die Mittelständler, Rentner usw. wurden von der Inflation schwer geschädigt. Viele Studenten, Techniker, Ingenieure, kaufmännische Angestellte, deren Zahl nach dem Krieg stark gewachsen ist, sind ohne Arbeit und werden immer mehr proletariisiert, ohne Proletarier sein zu wollen.

Auch in Deutschland bilden, wie in Italien, die Landsknechte den Kern der faschistischen Bewegung. Diese Landsknechte traten als nationale Freischaren in Oberbayern, als reaktionäre Ordnungsbanditen in der Gardekavalleriedivision, die im Edenhotel ihr Mordquartier aufgeschlagen hatten, auf. Weiter bestanden die Freikorps um Lichtschlag, Ehrhardt und andere, die später als Schwarze Reichswehr die junge Republik stürzen wollten und unsicher machten. Auch diese Organisationen setzten sich durchweg aus Landsknechten, alten Offizieren und aus Kreisen des Adels zusammen. Aber beide Putsche von rechts: der Kapp-Putsch, der durch die entschlossene Abwehr der Arbeiter und Beamten in kurzer Zeit niedergeschlagen wurde, und der klägliche Münchner Putsch der Herren Hitler, Ludendorff und Konsorten an der Münchner Feldherrnhalle, konnten der deutschen Republik keinen Todesstoß versetzen.

Nach diesen Putschen sammelten sich allmählich viele Unzufriedene in Sekten und Bünden, die sich in zwei einander benachbarten Heerlagern sammelten, im »Stahlhelm« und bei den Nationalsozialisten. Der »Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten« ist der Entstehung nach ähnlich dem »Fascio di combattimento« Mussolinis. Das ursprüngliche Programm des »Stahlhelms« lautete u.a. folgendermaßen: »Politisch steht der Bund auf demokratischer Grundlage und stellt sich rückhaltlos auf den Boden der neuen Zeit für die Regierung [...]

Der Bund lehnt daher mit aller Entschiedenheit jeden Versuch von rechts und links ab, dem deutschen Volke den Willen einer Minderheit mit Gewalt aufzuzwingen.«

Doch dieses Programm blieb nicht lange bestehen, denn die Beziehungen zu den Kapitalisten, die den Faschismus zur Diktatur brau-



*Inflation 1923*

chen, waren eng. Und da der Bund aus vielen Unzufriedenen bestand, wurde das Programm geändert und zum Ziel erklärt: »die demokratisch-republikanische Staatsform zu beseitigen und an ihre Stelle die nationale Diktatur zu setzen.«

Parteilpolitisch gebunden, wie die NSDAP, ist der »Stahlhelm« nicht. Er steht aber in enger Verbindung mit den Deutschnationalen und den Nazis.

Neben dem »Stahlhelm« und den Nationalsozialisten gibt es noch eine ganze Reihe anderer völkisch-faschistischer Bünde, Gruppen oder Grüppchen. Diese Verbände haben aber keine große Bedeutung. Trotzdem würden diese Verbände – ich denke besonders an den »Alldeutschen Verband und den Ostmarkenverein«, Orgesch und Technische Nothilfe, Wehrwolf, Wiking, Preußenverband und deutscher Hochschulring, Nationalverband deutscher Offiziere usw. – wenn ein Putsch von rechts losgehen würde, restlos in die kapitalistisch-faschistische Front einschwenken.

Im Gegensatz zum »Stahlhelm« hatten die Nationalsozialisten von Anfang an einen parteipolitischen Charakter. Die »Deutsche Arbeiterpartei« wurde 1918 von einem Schlosser namens Anton Drexler in München ins Leben gerufen. Die Partei bestand aus sieben Mitgliedern. Adolf Hitler, der damals noch Bildungsoffizier bei der Reichswehr war, wurde mit der Beobachtung der Partei betraut. Gottfried

Feder, von Beruf Ingenieur, hielt vor den übrigen Mitgliedern volkswirtschaftliche Vorträge. Nach und nach, durch aktives Mitarbeiten, sowie durch Redegewandtheit und organisatorische Begabung, erlangte Hitler die Führung der neuen Partei, die besonders durch die bayrischen Behörden gefördert wurde. Die damals regierende »Bayrische Volkspartei« brachte der neuen Bewegung viel Sympathie entgegen, wegen ihres »vaterländischen Kerns«, und weil sie die Sozis bekämpfte. Im Februar 1920 fand die erste Massenversammlung mit anschließender Schlägerei im Hofbräu in München statt. Bald darauf nahm man mit den Nationalsozialisten Österreichs (den Heimwehren) und Böhmens Fühlung. Auch übernahm man bald von einer völkischen Gruppe eine Zeitung, den heutigen »Völkischen Beobachter«, das Zentralorgan der NSDAP.

Im Jahre 1923, dem Inflationsjahr, rief Hitler am 8. November, fünf Jahre nach der Novemberrevolution, im Bürgerbräu zu München die nationale Revolution aus und forderte gleichzeitig zum »Marsch nach Berlin« auf. Aber aus dem »Marsch nach Berlin« wurde nichts, denn schon am 9. November brach der Putsch an der Münchner Feldherrnhalle kläglich zusammen. Und nun geschah, was nicht hätte geschehen dürfen! Hitler wurde zwar auf Festung geschickt, kam aber nach wenigen Monaten wieder frei und konnte sich wieder der Organisation widmen.

Daß die Nazis einen solchen Aufschwung nehmen konnten, liegt zum großen Teil daran, daß die deutsche Republik es ihren Gegnern allzu leicht gemacht hat, die Grundlagen des Staates zu unterhöhlen. Die Polizei in Bayern duldete ohne weiteres, daß Republikaner offen beschimpft oder zu Tode gehetzt wurden. Sogar der tote Erzberger konnte in nationalsozialistischen Versammlungen geschmäht werden, ohne daß die Polizei einschritt. Hätte die bayrische Regierung und Justiz damals scharf durchgegriffen, so wäre der Hitlerspuk längst vergessen. Der Hitlerprozeß war weiter nichts als eine großangelegte Wahlagitation für Hitler, denn die Angeklagten waren mitunter die Ankläger. »Die Volksgerichte haben nicht Recht gesprochen«, sagte der Staatsanwalt Dr. Hoeger, »sondern das Recht gebrochen. Auf Hitler ist das Gesetz nicht angewandt worden, sonst hätte er schon damals ausgewiesen werden müssen.« So sind die Nazis hochgekommen, bis sie auch in Norddeutschland Fuß fassen konnten. Kürzlich gab sogar Dr.

Frick zu, daß es ein Leichtes gewesen wäre, die NSDAP 1920 zu unterdrücken. »Aber wir – die Polizei – hatten kein Interesse daran, hier einzugreifen, wo Arbeiter ins vaterländische Lager gezogen wurden.«

## Die Organisation der NSDAP

gliedert sich in 25 Gaue, denen Deutsch-Österreich mit 6 Gauen angeschlossen ist. In engem Zusammenhang mit der NSDAP stehen folgende Organisationen: »Kampfbund für deutsche Kultur«, der »Nationalsozialistische Studentenbund«, der in letzter Zeit durch seine rege Tätigkeit an den Hochschulen in Deutschland und Österreich bekannt wurde. Als Frauenorganisation besteht der »Deutsche Frauenorden Rotes Hakenkreuz«. Als Jugendorganisationen bestehen die »Hitlerjugend« und der »nationalsozialistische Schülerbund«, die beide zur sogenannten »Bündischen Jugend« übergreifen, wo die »Adler und Falken« und die »Freischar Schill« Anhänger der Nationalsozialisten sind. Auch der Einfluß der Nazis auf den »Stahlhelm« dehnt sich mehr und mehr aus.

Auch das Pressewesen ist in letzter Zeit von den Nazis ausgebaut worden. Vom »Völkischen Beobachter« erscheint jetzt eine Reichsausgabe. Daneben bestehen über 40 Blätter, die zwar meistens nicht täglich erscheinen, aber doch eine große Auflage haben. Darunter allein in Berlin drei: der »Angriff« des Herrn Dr. Goebbels, der »Nationale-Sozialist« und die »Berliner Abendzeitung«. In Hamburg wurde kürzlich ebenfalls eine neue Zeitung, das »Hamburger Tageblatt«, herausgegeben. Von den Zeitschriften seien nur die »Nationalsozialistischen Blätter«, das »Blatt der Hitlerjugend« und die »Junge Front« sowie der »Wettkampf« genannt.

Die NSDAP hatte 1920 in München eine Ortsgruppe mit 64 Mitgliedern. 1928 hatten die Nazis 1.200 Ortsgruppen mit 100.000 Mitgliedern. Nach 1929 werden sich diese Zahlen erheblich erhöht haben. Anfang 1930 gab die Nazi-Partei durch Anschlag bekannt, daß »bis auf weiteres« neue Mitglieder nicht aufgenommen werden, der Zuwachs müsse erst »verdaut« werden. Bei den Reichstagswahlen erreichten die Nazis 1924 32 Mandate. 1928 sank diese Zahl auf 12. 1930 schnellte die Zahl der Mandate unerwartet auf 107 empor.



Worauf ist das Anwachsen der NSDAP zurückzuführen? Diese Frage ist nicht mit wenigen Worten zu beantworten. Viele Wähler erhalten die Nazis aus dem Mittelstand und aus den Schichten des Proletariats, die noch immer in der Ideologie des Mittelstandes befangen sind. Der Mittelstand ist in seiner wirtschaftlichen Lage sehr gefährdet durch die fortschrittliche Entwicklung des Kapitalismus. Mit der sich ständig steigernden Konzentration in Großunternehmen wird die Schicht der Gewerbetreibenden immer mehr ins Proletariat hinabgedrückt. Sehr verschärft wird diese Erscheinung noch durch die Wirtschaftskrise. Da der Mittelstand in der bürgerlichen Ideologie aufgewachsen ist, sehen seine Angehörigen auch heute noch zum großen Teil nicht im Kapitalismus ihren Feind. Die Kleingewerbetreibenden empfinden nur einzelne Erscheinungen des Kapitalismus – die Banken, die ihnen nur gegen hohe Verzinsung Geld leihen, die Warenhäuser, die ihnen ihre Existenz stark erschweren – als schädlich und glauben, mit dem Kampf gegen diese Einzelercheinungen des Kapitalismus ihre Lage verbessern zu können. Da die Nazis sich scheinbar gegen diese Erscheinungsformen des Kapitalismus wenden und daneben vor allem auch gegen die Konsumgenossenschaften der Arbeiter, die dem Mittelstand ein Dorn im Auge sind, laufen die Kleinbürger zu den Nazis.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Kleinbauern. Auch diese werden von der Wirtschaftskrise, von der Rationalisierung usw. hart getroffen. Auch das Kleinbauerntum wird mehr und mehr proletarisiert. Noch andere Gründe sind es, die Teile der Angestellten und der Beamten zu den Nazis führen. Beide sind heute Proletarier. Aber diese Schicht ist der Meinung, daß sie den neuen Mittelstand bildet. In Wirklichkeit sind die Angestellten ebenso wie die Handwerker proletarisiert, aber sie möchten doch mehr sein als die Arbeiter. Dasselbe gilt für die Akademiker, die infolge der Überfüllung der Hochschulen wenig Aussicht auf Anstellung haben – vor dem Krieg 70.000, heute 120.000.

Zu den genannten Schichten kommen noch die fluktuierenden Elemente hinzu, d.h. solche, die sich bald dieser bald jener Partei anschließen und oft der Reihe nach ausprobieren. Neben diesen Erscheinungen spielen noch folgende Faktoren eine große Rolle: Das ist zunächst die politische Unerzogenheit des ganzen deutschen Volkes, besonders aber des Mittelstandes. Die meisten Menschen interessieren sich nämlich erst dann für Politik, wenn es ihnen an den Geldbeutel

geht. Außerdem bietet der Versailler Vertrag – Young Plan usw. – guten Agitationsstoff, obwohl sich auch ein nationalsozialistischer Diktator diesen Verpflichtungen nicht entziehen könnte, wenn er das Volk nicht in den Abgrund stürzen will. Auch mit der Dolchstoßlegende und dem Vorwurf des Landesverrats der SPD agitiert man sehr eifrig, obwohl erwiesen ist, daß beides auf Unwahrheiten beruht.

Bemerkenswert ist auch, daß sich der nationalsozialistische Appell zum Befreiungskampf gegen den äußeren und inneren Feind, mit dem Ziel der Errichtung des »Dritten Reichs«, besonders an die Jugend richtet, wo er, wie die Wahlen zeigten, nicht ohne Widerhall geblieben ist.

Wie kommt es nun, daß sich die faschistische und nationalsozialistische Bewegung aus soviel Jugendlichen zusammensetzt? Denn an und für sich ist die Jugend politisch nicht interessiert. Aber die Jugend kann der Politik zugeleitet und zur Politik erzogen werden. Die Jugend kann politisch gebraucht und mißbraucht werden.

Besonders leicht lassen sich Jugendliche in den Flegeljahren politisch ausnutzen. Das nutzen die Nazis, indem sie durch Opposition, und zwar besonders durch »laute Opposition«, versuchen, Jugendliche in ihren Bann zu schlagen. Wie die Nazis die Jugend mißbrauchen, zeigen folgende Zitate aus der nationalsozialistischen Literatur: »Wir sind stolz darauf, daß die Jugend in unseren Reihen zu finden ist [...] Wir wollen den jugendlichen Aktivismus vorantreiben und wissen, daß gerade die Jugend die große Aufgabe hat, das Werk der Freiheit zu vollbringen. Wir pfeifen auf die Erfahrung und die abgeklärte Weisheit des Alters. Das, was wir erleben, hat nichts mit Erfahrung, nichts mit Weisheit zu tun [...] Diese Jungen bauen am Deutschland der Zukunft; sie lachen über weise Erfahrung und neunmalklugen Beserwisserei der Weisen und Alten.« (Goebbels, Lenin oder Hitler)

»Aufstand der Jugend! Wer ein Organ dafür hat, der weiß, wie es heut in den Reihen des jungen Deutschland gärt, der weiß, daß die Frontkämpfer, die verraten, beschimpft und verlassen wurden und die Nachkriegsjugend, die in ihren selbstgewählten Gemeinschaften das gleiche Erlebnis der unbedingten Einordnung unter das Schicksal der Gemeinschaft erfahren hatte, heute zusammenstehen, beide im ganzen Alltag die Schande und Schmach eines versklavten Volkes am eigenen Leib spürend, und sich zuschwören im stillen Gelöbniß mit zusammengebissenen Zähnen: auf den Tag! Wenn Deutschland noch eine

Zukunft haben soll, dann nur auf den Schultern einer ungebrochenen Jugend, die die deutsche Verwandlung, die uns bevorsteht, außenpolitisch, innenpolitisch, wirtschaftspolitisch vorbereitet hat durch jenen Umbruch im Geiste, der, auf verschiedenen Ebenen, aber doch in der gleichen Substanz, aus Front, Revolution, Nachkriegswirren und dem Gestehen der Jugendbewegung die Konturen schuf der Entwicklung, die unserem Jahrhundert das Gesicht geben wird.« (K. O. Paetel im »Nationalsozialist«)

So fängt man die Jugend! Interessant ist auch, wie die Nazis über die Motive des Eintritts ihrer Mitglieder urteilen. Da heißt es z.B. in den »Nationalsozialistischen Briefen« vom 1.1.1930: »Und in der Tat, die Motive des Eintritts in unsere Partei sind manchmal seltsam! Dort wird ein wildgewordener Spießler, dem die Deutschnationalen nicht mehr rechts genug sind, Mitglied, dort hat sich jemand über einen Juden geärgert, dort werden banale Alltagsmenschen durch einen energischen Bekannten bearbeitet, bis sie schließlich, um den guten Freund nicht zu ärgern und ihn zugleich im Augenblick los zu werden, den Schein unterschreiben. Dort hat ein junger »Poussierstengel« Gefallen an der schmucken SA-Uniform gefunden, und er vollzieht seinen Eintritt in die Bewegung zugleich mit einem Neugierigen, der schon überall mal dabei war.«

Dieser Charakteristik, die die Nazis von ihren Mitgliedern geben, braucht man keine Silbe hinzuzufügen.

## Das Programm der NSDAP

Das Programm der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« ist ein ganz eigenartiges Gebilde. Es ist programmatisch formuliert, und zwar in 25 Punkten.

Das Programm ist ein richtiges Potpourri, was eine Folge der Zusammensetzung der NSDAP ist, denn sie verfügt über keine soziologische Stammanhängerschaft wie z.B. die SPD und KPD.

Da sich die Anhänger der Nazis aus allen Bevölkerungsschichten rekrutieren – Hohenzollernprinzen, Adlige und Bürger, Unternehmer und Arbeiter, Gutsbesitzer und Kleinbauern, Angestellte und Beamte, Intellektuelle und Handwerker – mußte das Programm möglichst so

formuliert werden, daß alle zu ihrem Recht kommen. So ist es wohl auch zu erklären, daß viele Punkte des Programms sehr allgemein formuliert und verschwommen sind, ganz abgesehen davon, daß sich vieles gar nicht durchführen läßt. Auch die Tatsache, daß einzelne Punkte verschieden ausgelegt werden, ist eine Folge der Zusammensetzung der NSDAP. Man will möglichst keinen vor den Kopf stoßen.

Sieht man sich nun das Programm der Nazis an, so findet man, daß es aus unterschiedlichsten Teilen besteht. Teils sind Punkte aus der Reichsverfassung abgeschrieben oder etwas anders, meist allgemeiner und verschwommener formuliert, teils haben sie – oder besser: hat Herr Dr. Gottfried Feder, der das Programm im Namen Hitlers verfaßte – Ideen der »Antisemitischen Parteien« übernommen, die meist nicht durchführbar sind. Teils hat Herr Feder auch eigene Ideen entwickelt – aber sie sind auch danach. Kurz und gut, das Programm der sogenannten »National-Sozialistischen-Deutschen-Arbeiterpartei« ist, wie die Mitgliedschaft, ein Sammelsurium!

Was steht nun im Programm, wird sich jeder fragen, der es nicht kennt. Die Hauptforderungen will ich kurz skizzieren: Die Punkte 1-3 enthalten die nationalen Forderungen – Großdeutschland, Aufhebung der Friedensverträge, Kolonien. Die Punkte 4-10 und 25 behandeln die innere Einrichtung des kommenden »Dritten Reiches«. Sie fordern u.a., daß die Rasse »rein« zu halten ist, beziehungsweise die »Reinheit« wieder hergestellt werden soll – wie, das wird nicht gesagt. Staatsbürger sollen darum nur Volksgenossen sein, also nur diejenigen, die deutschen Blutes sind – aber auch diese nur, wenn sie »Staatsbürger« sind. Kein Jude kann also Staatsbürger sein. Nichtstaatsbürger können ausgewiesen werden. Das Parlament soll abgeschafft werden. Stattdessen soll ein Ständestaat errichtet werden. Nichtdeutschen soll die Einwanderung verwehrt werden. Der Punkt 9 ist aus der Weimarer Verfassung, auf die die Nazis wie die Wilden schimpfen, abgeschrieben. Er lautet: »Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.« – In der Weimarer Verfassung steht sogar, daß auch Frauen gleiche Rechte und Pflichten haben sollen. Der betreffende Artikel (109) lautet: »Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben.«

Und im Artikel 110 wird nochmals betont: »Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reiches die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehörigen des Landes selbst.«

Weiter fordern die Nazis: Brechung der Zinsknechtschaft, also Verbot des Zinsnehmens, Einziehung aller Kriegsgewinne, Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe, Schaffung eines gesunden Mittelstandes, Bodenreform, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung der Bodenspekulation sowie unentgeltliche Enteignung. Die übrigen Programmpunkte sind meist kultureller Art und enthalten fast keine eigenen Ideen der Nazis. Aus der Programmforderung im Einzelnen in der Federschen Formulierung aus »Der deutsche Staat« – in der im Wesentlichen dasselbe gesagt wird wie im Naziprogramm, seien nur einige wichtige Sätze zitiert: »Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.« »Einführung eines Arbeitspflichtjahres für jeden Deutschen.« Es soll also wieder Strammgestanden und möglichst die Rekrutenschinderei wieder eingeführt werden.

»Volle Religions- und Gewissensfreiheit«; »Besonderer Schutz der christlichen Glaubensbekenntnisse«; »Unterdrückung und Fernhaltung von Glaubenslehren, die dem deutschen Sittlichkeitsgefühl zuwiderlaufen und deren Inhalt staats- und volkszerstörenden Charakter trägt.«

»Unterdrückung aller schädigenden Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel.« – siehe »Im Westen nichts Neues!« »Wehrhaftmachung der Nation durch Einführung des Wehrrechtes für jeden Deutschen«; »Aufhebung des Söldnerheeres«;

Schaffung eines Volksheeres zur Verteidigung der Heimat« (gewiß auch zur Revanche gegen Frankreich. Im übrigen verstößt diese Forderung gegen den Versailler Friedensvertrag) »unter einem in strenger Selbstzucht aufzubauenden Berufsoffizierkörper«.

Als sonstige »Verbesserungen« seien noch folgende Sätze zitiert: »Unterdrückung aller Presseerzeugnisse, die gegen die Belange des deutschen Volkes verstoßen«; »Änderungen des Wahlrechts«; »Bildung von berufsständischen Kammern«; »Justizreform auf dem Gebiete des Bodenrechts und des Zivilrechts«.

Und zur Staatsform: »Die dem deutschen Wesen entsprechende Staatsform ist die in einer obersten Spitze vereinigte souveräne Staatsführung [...] Ob diese oberste Spitze durch einen vom Volke zu wäh-



»Schnell den Vorhang zu, das ist ja die Wahrheit!«

lenden Monarchen oder durch einen Präsidenten besetzt wird, muß späterer Volksabstimmung überlassen bleiben [...]«

Um das zu erreichen, kämpfen die Nazis gegen den Marxismus und dessen Anhänger – und zwar »wegen der staatszersetzenden Lehre des Juden Karl Marx, gegen die das Volk zerreiende Lehre vom Klassenkampf, gegen die wirtschaftsmordende Lehre der Verneinung des Privateigentums und gegen die rein ökonomisch materialistische Geschichtsauffassung, gegen den Parlamentarismus und gegen das Großkapital« – wohlgemerkt nur »Leihkapital«.

## **Kritische Auseinandersetzung mit dem Namen und dem Programm der NSDAP sowie mit dem Nationalsozialismus überhaupt**

Zu dem Entschluß, mich mit dem nationalsozialistischen Namen und Programm, sowie mit dem Nationalsozialismus als ganzes auseinanderzusetzen, bin ich aus folgenden Motiven gekommen: Wenn man sich das Programm der Nazis nur oberflächlich durchsieht, so scheint es, als ob das Programm gar nicht so übel ist. Sieht man sich das Programm aber genauer an, so findet man, daß sich vieles gar nicht durchführen läßt oder aus der Weimarer Verfassung und anderen Schriften entnommen ist.

Aus diesen Gründen – auch weil die Nazis gegen viele Punkte verstoßen haben – will ich versuchen, an Hand von Tatsachenberichten – Reden, Reichstagsitzungen, Schriften usw. – die Unsinnigkeit des Namens sowie verschiedener Programmpunkte darzustellen.

Die Partei der Nazis, die »National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei« ist – so behaupte ich – eine dreifache Lüge! Den Beweis hierfür werde ich sogleich antreten:

### **1. Ist die National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei wirklich national?**

Die Nazis behaupten zwar, daß nur sie wirklich national seien und danach handeln; aber wenn man die Politik der Nazis innenpolitisch wie außenpolitisch betrachtet, muß man zu einem ganz anderen Resultat kommen. So ist es z.B. nicht national gewesen, als Herr Hitler am 11. Januar 1923, beim Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet, in München sagte: »Nicht ›Nieder mit den Franzosen! muß es heißen, sondern ›Nieder mit den November-Verbrechern!« Als der Reichstagsabgeordnete Staatsanwalt Dr. Hoegner den Nazis dieses in einer Reichstagsrede vorhielt, bekundeten die Nazis durch lauten Beifall, daß sie heute noch genauso denken. Aber die Politik der Nazis war nicht national, als Hitler 1923 beim Putsch in München mit den Militaristen Frankreichs zusammenarbeitete, um Bayern vom Reiche

loszulösen! Der damalige Redakteur des »Völkischen Beobachter« »Machus« und andere wurden verhaftet, weil sie mit dem französischen Militaristen »Richert« in Verbindung standen und von ihm Geldsummen angenommen hatten, um die Loslösung Bayerns vom Reich besser betreiben zu können. »Machus« erhängte sich später im Untersuchungsgefängnis.

Ebenso ist der Volksverrat an den Südtirolern in Italien nicht national gewesen. Im November 1922 erklärte Hitler: »Mit Italien, das seine nationale Wiedergeburt erlebt, muß Deutschland zusammengehen. Dazu ist nötig ein klarer und billiger Verzicht Deutschlands auf die Deutschen in Südtirol. In der Politik gibt es keine Gefühle, sondern nur Kaltschnäuzigkeit.«

Wer so die Volksgenossen in Südtirol preisgibt, der hat meiner Meinung nach den Anspruch auf die Bezeichnung »national« verwirkt. Nur um eines Bündnisses mit dem faschistischen Italien willen, dem Idealland Hitlers, war Hitler bereit, die über 200.000 Südtiroler, die eng mit Deutschland verwachsen sind, preiszugeben. Ja, er bezeichnete die Südtiroler sogar als »Spießer« (1929). Ekel überkommt einen, wenn man hört, wie die Faschisten in Südtirol hausen. Terror und nochmals Terror! Es geht sogar so weit, daß man deutsche Inschriften von den Grabsteinen abkratzt.

Ich glaube, daß die Beispiele genügen, um zu beweisen, wie »national« die Nazis in der Praxis sind. Wenn Hitler auch in seinem Manifest zum Nürnberger Parteitag 1929 forderte, daß in Deutschland nur ein Terror vorhanden sein soll: »Der Terror des Gebots der nationalen Ehre, die kein Feilschen und kein Handeln duldet«, so ist doch erwiesen, daß die Nazis den Anspruch auf das Etikett »national« nicht erheben können.

Während die Nazis von der nationalen Würde redeten, und sie herabsetzten, handelten die Sozialdemokraten und andere auf dem Boden der Demokratie stehende Parteien. Vor dem Krieg, als man an die Nazis noch gar nicht dachte, konnte man im »Handbuch für sozialdemokratische Wähler« lesen: »Ein Patriot sein heißt auf deutsch ein Mann sein, der sein Vaterland liebt, der also alles aufbietet, um die Zustände in seinem Vaterland zu möglichst guten, vernünftigen und gerechten zu machen, ohne Rücksicht auf persönlichen Vorteil.« In diesem Sinne sind auch die Sozialdemokraten »national«.



Von den Nazis, von den Führern als auch von den Mitgliedern, hört man oft den Ausspruch: »Die Sozialdemokraten sind Vaterlandsverräter! Nieder mit den Novemberverbrechern!« Sie behaupten nämlich, daß durch die Revolution der Krieg verloren wurde, und schieben die ganze Schuld auf die Sozialdemokratie, indem sie rufen: »Die Sozialdemokraten sind an allem Schuld!« oder auch: »Die Marxisten sind an allem Schuld!« darum »Fort mit den Sozialdemokraten, mit den Marxisten!« Besonders gegen den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und den preußischen Innenminister Carl Severing schimpfen die Nazis heftig. Man muß sich oft wundern, woran die Sozialdemokraten alles Schuld haben sollen. Demnächst behaupten die Nazis noch, daß die Sozialdemokraten am schlechten Wetter schuld sind!

Wie gesagt, bei jeder Gelegenheit setzen die Nazis einen Orgelkasten in Bewegung, der die Melodie: »Sozialdemokratie ist an allem Schuld!« herunter leiert. Meine Auffassung ist, daß die Nazis einmal ihr Gehirn in Funktion setzen sollten. Sie würden dann gewiß vieles anders beurteilen. Aber kommen wir auf die Behauptung der Nazis zurück. Sie sagen: Die Sozialdemokraten sind Vaterlandsverräter! Wie steht es damit in Wirklichkeit? Hierzu nur folgende Feststellungen: Am 28. September 1918 hatte die Oberste Heeresleitung in Spa die sofortige Herausgabe einer Bitte um Vermittlung des Waffenstillstandes und Friedens durch die Reichsregierung an den amerikanischen Präsidenten Wilson beschlossen. Am 1. Oktober erklärte Ludendorff, daß das Ersuchen sofort nach Washington gehen müsse, »48 Stunden könne die Armee nicht warten«. Am selben Tage berichtete der Major von Bussche im Auftrage der Obersten Heeresleitung, daß der Zusammenbruch der mazedonischen Front alle Dispositionen über den Haufen geworfen habe. Der Kanzlerkandidat Prinz Max von Baden, der mit der Regierungsbildung beauftragt war, wollte die »Bitte an Wilson« nicht eher abschicken, bis die neue Regierung zustandegekommen war. Aber schon traf ein neues Telegramm von Hindenburg ein, daß wie folgt lautete: Wenn die neue Regierung bis abends 8 Uhr gebildet sei, wolle er damit einverstanden sein; andernfalls müsse die Bitte noch heute nacht abgehen. Doch der Prinz, der sofort die Verhandlungen begann, zögerte noch, die Bitte abzusenden. Da traf eine neue Meldung der Obersten Heeresleitung – Ludendorff und Hindenburg – in Berlin ein, die folgenden Wortlaut hatte: »Wir

beharren auf unserer Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde. Die Gründe sind: Zusammenbruch der mazedonischen Front, die Schwächung unserer Westreserven und die Unmöglichkeit, diese erheblichen Verluste zu ergänzen. Der Gegner führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem Volke nutzlose Opfer zu ersparen.« – Was diese Meldung besagte, kann sich jeder leicht vorstellen. Der Kanzler brachte dann auch die neue Regierung zustande und schickte die Bitte an Wilson ab. So verhält es sich also in Wirklichkeit mit der Dolchstoßlüge.

Ähnlich ist es mit der Behauptung, Erzberger sei ein Landesverräter. Da die obersten Offiziere, die der Waffenstillstandskommission angehörten, den furchtbaren Vertrag nicht unterzeichnen wollten, ließ Erzberger bei der Obersten Heeresleitung anfragen. Darauf telegraphierte Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Versuchen sie Milderung dieser und jener Punkte. »Gelingt die Durchführung dieser Punkte nicht, so ist, unter flammendem Protest, trotzdem abzuschließen!«

Da die Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson immer mehr erkennen ließen, daß der Kaiser zurücktreten sollte, wurde die Lage für die Regierung sehr schwierig. Kaiser Wilhelm II. von Gottes Gnaden dachte jedoch nicht an Rücktritt. Da stellten die Sozialdemokraten ein Ultimatum: Wenn der Kaiser bis zum Vormittag des 8. November nicht zurückgetreten sei, würden die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung austreten. Da der Kaiser aber bis zum Vormittag des 9. Novembers nicht zurückgetreten war, traten die sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung aus. Inzwischen waren alle aktiven Gruppen zu hunderttausenden, in Berlin aufmarschierten Arbeitern übergegangen. Während Ludendorff nach Schweden gereist war, angeblich weil die Wohnungsnot in Deutschland so groß war, floh Wilhelm von Gottes Gnaden am 10. November nach Holland. Am 9. November rief Philipp Scheidemann die Republik aus. Nun geschah folgendes: Die Sozialdemokratie übernahm nach dem Zusammenbruch des alten Systems die historische Aufgabe, aus den Trümmern zu retten, was nach dem Zusammenbruch noch zu

retten war. Und man mag zu der Sozialdemokratie stehen wie man will, man muß ihr zwei Verdienste zuerkennen: einmal, daß sie, trotz aller separatistischer Bestrebungen im Westen und Süden des Reiches, das Deutsche Reich zusammengehalten hat, und zweitens, daß sie schon im November 1918 durch die soziale Gesetzgebung dafür gesorgt hat, daß die Lasten des Krieges nicht allein auf die ärmsten Schichten des Volkes abgewälzt wurden. Die von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählten Volksbeauftragten leiteten die Geschicke Deutschlands bis zur Wahl der Nationalversammlung, die das Verfassungswerk von Weimar schuf. Aber die Nazis versuchten – und versuchen noch heute – auch den Aufruf der sechs Volksbeauftragten (Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth) zu fälschen, obwohl einwandfrei erwiesen ist, daß der Aufruf: »An das deutsche Volk!« von Nazis, Deutschnationalen und anderen gefälscht verbreitet wurde. Aber darum kümmern sich die Nazis nicht.

## 2. Sind die Nazis die »wahrhaftigen« Sozialisten?

Wie sieht der Sozialismus Hitlers aus? Dazu nur wenige Beispiele, da später hierzu noch mehr ausgeführt wird. Der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser verwarf den wissenschaftlichen Sozialismus in der Reichstagsrede vom 17. Oktober 1930. Auch Hitler sagte einmal: »Es gibt gar keinen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus; dieser sogenannte Unterschied ist bestenfalls doch nur ein Schreibtischunterschied!«

Diese Ausführungen zeigen deutlich die geistige Verfassung des Naziführers, wenn er sagt, es bestehe kein Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Warum aber nannte Herr Hitler seine Partei National-»Sozialistische« Arbeiterpartei, wenn er so über den Sozialismus urteilt? Warum nannte er sie nicht Kapitalistische Arbeiterpartei? Nur darum, weil die Nazis das Wort »sozialistisch« als Aushängeschild benutzen, denn ohne sozialistische Forderungen – wenn es auch nur Scheinforderungen sind – ist eine Arbeiterpartei nicht denkbar. Die Hitlerianer gebrauchen den Begriff »Sozialismus«, um die Massen zu fangen.

Kürzlich sagte ein führender Nationalsozialist, daß sie ihr »soziali-

stisches Pferd« bald wieder aus dem Stall holen müßten. Diese Ausführungen beweisen, daß die Nazis auf Bauernfang gehen. Das schlagendste Beispiel aber lieferte Dr. Gottfried Feder. In der Reichstagsitzung vom 4. Dezember 1930 erklärte er u. a.: »Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums [...] Was wir sozialisieren wollen, ist das Geld- und Verkehrswesen [...] Wir erkennen auch die gesellschaftliche Bedeutung der Bankiers an, die nicht beseitigt werden sollen. Wir sind nicht für die Beseitigung des Gewinnertrages [...] (und zum Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey gewandt) Sie haben gar keinen Grund uns sozialistische Tendenzen zu unterstellen!«

Hiermit ist der Beweis, daß die Nazis nichts mit dem Sozialismus zu tun haben, erbracht. Goebbels hat ganz Recht, wenn er sagt: »Der Sozialismus ist für uns nur Mittel zum Zweck.«

Auch wenn man alle Äußerungen führender Nazis außer Acht läßt und nur das Programm betrachtet, so kann man feststellen, daß in dem Programm zwar einige sozialistische Gedanken sind, teils aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben usw., daß die NSDAP aber trotzdem mit Sozialismus nicht das Geringste zu tun hat, denn ihr Sozialismus ist nur ein Scheinsozialismus oder Zuckerwassersozialismus. Mit solchen Pseudosozialisten setzte sich schon Karl Marx im »Kommunistischen Manifest« auseinander, denn auch damals gab es ähnliche Leute wie die Nazis.

### 3. Ist die NSDAP wirklich eine Arbeiterpartei?

Stets war es so, daß die Arbeiterschaft jenen Parteien, die sich vom Großkapital unterstützen ließen, das Recht auf den Anspruch, eine Arbeiterpartei zu sein, abgesprochen hat. Die NSDAP ist aber eine Partei, die sich vom Großkapital unterstützen läßt. Der frühere nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kapitänleutnant v. Mücke, der die Verhältnisse in der NSDAP ja kennen muß, schrieb in einem offenen Brief vom 3. August 1929 u.a. : »Herr Hitler ist im Laufe der letzten Jahre mehrmals nicht imstande gewesen, mir gegebene bindende Versprechungen gegen den Willen des sächsischen Gauleiters, des Spitzenfabrikanten Herrn Mutschmann in Plauen, durchzudrücken. Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich

nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es ein offenes Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat.«

In einem anderen Brief vom 29. August 1929 heißt es: »In Sachsen z. B. kommandiert Herr Mutschmann, und nach dessen Pfeife muß Hitler tanzen.« Weiter heißt es in demselben Brief, die NSDAP sei »vollkommen vom Geld der Kapitalisten abhängig«.

Diese Briefe Mückes zeigen, daß die Nazis nicht nur das Geld von den Kapitalisten annehmen, sondern ihnen auch entscheidenden Einfluß auf die Führung einräumen. Nach Mitteilung des früheren Nazi-Agitators Friedemann schrieb Mutschmann am 19. April 1929 an rechtsstehende Großkapitalisten einen Bettelbrief um Wahlfondsspenden, dessen vorletzter Satz lautete: »Wir hoffen bestimmt, daß sie die Bedeutung unserer Aufgabe voll und ganz erkennen und Ihre Unterstützung nicht versagen werden.« Was soll das heißen? Es beweist nur allzu deutlich, was schon lange vorher erkannt worden ist, daß die NSDAP die Arbeiterschaft mit einem scheinsozialistischen Phrasengewirr fangen will, um sie so über die Ursachen der Not zu täuschen. Im Untersuchungsausschuß des Bayrischen Landtags wurden drei Geldquellen der Nazis festgestellt: das neutrale Ausland (Schweiz), schöne Frauen, die Großindustrie.

So haben die Nazis z. B. – nach dem Untersuchungsbericht – bei Schweizer Bürgern 1922/23 Geld gesammelt. Die Agenten der Nazis machten den Bürgern vor, »daß Deutschland vor dem Bolschewismus stehe«, und daß nur die Nationalsozialisten Deutschland retten könnten. Das Geld brauchten sie, um die Offiziere bezahlen zu können. In der Reichstagssitzung vom 18. Oktober 1930 gab Staatsanwalt Dr. Hoegner die Aussage der Frau Bechstein, geb. Kapito, vor der Münchner Polizei am 27. Mai 1924 zum Besten. Sie lautete: »Ich und mein Mann sind mit Hitler freundschaftlich verbunden. Als Hitler in Landsberg auf Festung war, habe ich ihn, um bei ihm vorgelassen zu werden, fälschlich als meinen Adoptivsohn ausgegeben. Ich wollte, Hitler wäre mein Sohn. Mein Mann hat Hitler wiederholt finanziell zur Unterstützung seines Zeitungsunternehmens unter die Arme gegriffen. Persönlich habe ich Hitler in der Weise unterstützt, daß ich ihm Kunstgegenstände zur Verwertung übergab, mit dem Bemerk-

er könne damit machen, was er wolle. Es handelte sich um solche von höherem Wert.«

Außer Mutschmann und Bechstein gehören zu den hauptsächlichsten Geldgebern der Nazis, nach Feststellung der Münchner und Stuttgarter Polizeidirektion: Prinz Arensberg, Kommerzienrat Wollheim (Berlin), die Borsigwerke Berlin und Wäschefabrikbesitzer Becker in Geislingen. Auch der Autokönig Ford soll den Nazis – nach Angabe des Staatsanwalts im Hitlerprozeß – Geldmittel zur Verfügung gestellt haben. Warum geben die Unternehmer Hitler Geld? Weil Hitler nach ihrer Meinung der einzige ist, der die Arbeiter aus den Klauen des Marxismus reißen wird, damit die Arbeiter durch die Kapitalisten dann besser ausgebeutet werden können. In München zeigten die Nazis ihre »Arbeiterfreundlichkeit« folgendermaßen: »Am 6. Mai 1923 haben sich Nationalsozialisten in München mit den sogenannten nationalen Verbänden zusammengetan und haben Waffen aus den Reichswehrkasernen geholt, um die Münchner freien Arbeiter in den Straßen Münchens wie tolle Hunde zusammenzuschießen.«

Das ist ein Ausdruck im amtlichen Bericht des damaligen Polizeipräsidenten an den Staatsanwalt. Die Nationalsozialisten haben am 9. November 1923 im Münchner Rathaus in Ehren ergraute Sozialdemokraten verhaftet, um sie in den Wald zu führen und dort erschießen zu lassen. Sie haben damals Frauen und Töchter von Arbeiterführern mißhandelt, weil sie den Aufenthalt ihrer Männer und Väter nicht verraten haben. Eine Partei, die solche Taten auf dem Gewissen hat, hat jeden Anspruch auf den Namen »Arbeiterpartei« verwirkt!

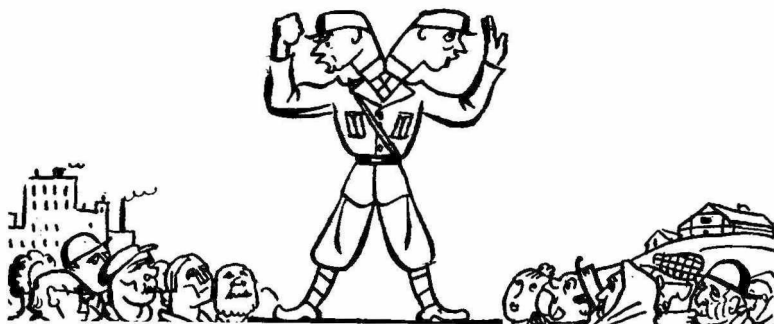
Karl Gareis, ein mutiger Kämpfer gegen den Faschismus, wurde ebenfalls von den Faschisten gemeuchelt. Auch die Reichstagspräsidentenwahl zeigt die »Arbeiterfreundlichkeit« der Nazis. Sie stimmten nicht für den Proletarier Paul Löbe, sondern für den mehrfachen Aufsichtsratsvorsitzenden Volksparteiler Dr. Scholz.

Das Merkwürdigste bei der Sache ist aber, daß die Nazis hiermit gegen ihren eigenen Antrag, den sie im alten Reichstag eingebracht hatten, verstoßen haben. Der Antrag lautete: »Wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rasse zur Verschlechterung oder Zersetzung des deutschen Volkes beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft.« Da Dr. Scholz nun aber mit einer jüdischen Frau verheiratet

ist, versündigten die Nazis sich gegen ihren eigenen Antrag und es müßten – wenn der Antrag Gesetz wäre – alle, die für Dr. Scholz gestimmt haben, ins Zuchthaus wandern.

Wie verhielten sich die Nazis bei dem Streik der 135.000 Berliner Metallarbeiter? Am 13. Oktober beschloß die Berliner Gauleitung (Goebbels) eine Sympathiekundgebung für die Streikenden. Am 14. Oktober trat der Führerausschuß der Nazis in Berlin zu einer Protestkundgebung gegen die Gauleitung zusammen. In der Sitzung wurde u.a. beschlossen, »daß eine Einheitsfront der Nationalsozialisten mit den Gewerkschaften für heute und für immer ausgeschlossen sei. Der Unternehmer, der auf Grund seiner Fähigkeit, Tüchtigkeit, die nur die höhere Rasse beweise, an die Spitze der Wirtschaft gelangt sei, trage die alleinige Verantwortung für die Produktion und sei es, der dem Arbeiter Brot schaffe.«

Ein Kommentar hierzu ist überflüssig! Was die Versprechungen der Nazis gegenüber der Arbeiterschaft wert sind, sagte einer der besten Kenner Hitlers, der frühere völkische Abgeordnete v. Graefe in den »Deutschen Nachrichten« vom 11.5.1930: »Charakteristisch für die Verwirrung ist nur die Äußerung eines der bekanntesten Großindustriellen: ›Das Wirtschaftsprogramm ist natürlich Unsinn, ich unterstützte seine Bewegung aber, weil sie die Arbeiter aus der Sozialdemokratie herausholen will‹ [...] So tritt die NSDAP nunmehr mit auffallend großen Geldmitteln in den politischen Kampf. Die Erfolge, die Hitler sowohl gegenüber der Sozialdemokratie als auch gegenüber der Rechten erzielt, blenden ihn; das Mussolinische Vorbild lockt ihn; er will nicht nur ›Trommler‹ sein, sondern verliert zunehmend den Maßstab für das eigene Ich, erklärt sich selbst für politisch ›unfehlbar‹ und behauptet ›Geschichte zu machen‹. Hitlers Reden sind nicht mehr einheitlich konsequent. Er äußert sich vor den Industriellen anders als vor den Arbeitern in Sachsen; er verspricht den Bauern in Holstein königliche Rechte auf ihrer Scholle, in den Massenversammlungen aber betont er ›radikalsozialistisch‹ zu sein; die Auslegung des Eigentumsparagrafen im Programm wird dehnbar – kurzum, es kommt ein absolut demagogischer Zug in die Agitation, um alle Kreise zu gewinnen. Hitler hat zu mir einmal das Wort gesprochen: ›Ein Zirkusplakat zeigt auch unmögliche Dinge, um die Leute erst einmal in den Zirkus hineinzubringen; was man ihnen dann dort wirklich bietet, genügt ihnen schließlich auch.«



*Die vielgesichtige Propaganda der NSDAP*

Der Beweis, daß der Name der NSDAP eine dreifache Lüge ist, ist hiermit erbracht.

»National und Sozialismus, das ist mir heilig, Nationalsozialismus aber ist abscheulich!«

## **Kritische Auseinandersetzung mit dem Programm der NSDAP**

Punkt 1 lautet: »Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.«

Diese Forderung der Nazis wird von fast allen deutschen Parteien erhoben. Schon lange vor dem Krieg, als die Nazis noch gar nicht existierten, forderte die Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs den Zusammenschluß und arbeiteten darauf hin. Ein Unterschied besteht allerdings zwischen »heute« und »früher«. Während es vor dem Krieg leichter gewesen wäre, einen Zusammenschluß herbeizuführen, ist es heute, infolge des Kriegsausganges, sehr schwer. In der Weimarer Verfassung ist übrigens auch vorgesehen, daß andere Länder sich durch Reichsgesetz dem Reich anschließen können, »wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt«.



Punkt 2 lautet: »Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.«

Diesen Programmpunkt benutzen die Nazis besonders zur Agitation. Sie wollen die Friedensverträge, die ohne Zweifel ungerecht sind, einfach »zerreißen«. Sie denken scheinbar, daß es eine einfache Sache ist, einen Vertrag zu zerreißen. Gewiß ist das einfach – man kann es ohne Kraftanstrengung – aber was hat das für Folgen? Was geschieht, wenn die Verträge zerrissen werden? – Nichts wird geschehen, sagen die Nazis. Das Ausland wird vor der Kraft und Kühnheit des deutschen Volkes zittern und ohne Murren die ganze Chose hinnehmen. – Aber da sind die Nazis auf dem Holzweg, sie machen ihre Rechnung ohne das Ausland.

Sollten die Nazis wirklich die Friedensverträge von Versailles und St. Germain sowie den Young-Plan zerreißen, was sie meiner Meinung nach nie tun werden, dann würde das unweigerlich Krieg bedeuten. Und was Krieg heißt, das sollte jeder wissen; ein neuer Krieg bedeutete Deutschlands Abgrund und Ende. Gewiß sind die Friedensverträge und der Young-Plan unerträglich, daß weiß jeder. Auch die Sozialdemokraten, die schon am 13. Mai 1919 im Berliner Lustgarten gegen den Versailler Gewaltfrieden protestierten, sind gegen die Friedensverträge. Eine Tatsache, von der die Nazis anscheinend nichts wissen. Aber obwohl die Friedensverträge unerträglich sind, soll man das Volk nicht mit Phrasen irreführen und aufhetzen, wie die Nazis es tun. Denn so einfach wie die Nazis es sich denken, »einfach Verträge zerreißen«, und dann denken, sie seien aus der Welt geschafft, ist es nun einmal nicht. So kann man keine Politik machen! – Gewiß kann man solche Politik betreiben, aber die Folgen, die aus solcher Katastrophenpolitik entstehen, kann ein vernünftiger Politiker nicht verantworten. Aber die Politik der Nazis besteht ja leider darin, daß sie die Politik mit dem Herzen, also rein gefühlsmäßig betreiben und nicht mit dem Verstand. Es bleibt nichts anderes übrig für Deutschland, als die Politik der letzten Jahre, die Politik der Verständigung, wie sie Rathenau und Erzberger, die beide dafür von den »nationalen« Deutschen ermordet wurden, mit als erste betrieben. Nur die Politik der Verständigung, wie sie von Rathenau und Erzberger sowie Friedrich Ebert, Gustav Stresemann und dem jüngst verstorbenen Her-

mann Müller-Franken betrieben wurde, führt zu einem guten Ende. Eine andere Politik bedeutet das Chaos. Alle Politiker, die für die Verständigung waren – Rathenau, Erzberger, Ebert, Stresemann, Müller u.a. – wurden von den sogenannten »national« Gesinnten auf das heftigste bekämpft und wurden Opfer dieser Politik. Besonders gegen den früheren Reichskanzler und Außenminister Hermann Müller, der den Friedensvertrag von Versailles zusammen mit Dr. Bell unterzeichnete, wurde gehetzt. Er war es aber auch, der als einer der ersten die heftigsten Ausführungen gegen den Vertrag im Reichstag machte. In seiner letzten größeren Rede im Reichstag am 18. Oktober 1930, in der Debatte zur Regierungserklärung, machte der Naziabgeordnete Strasser den Zwischenruf: »Sie haben in Versailles unterschrieben!« Darauf antwortete Hermann Müller: »Was ich getan habe, geschah kraft Mandats des deutschen Volkes. Ich wünsche Ihnen, daß Sie auch einmal, sich solcher Verantwortung bewußt, handeln.«

Während die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Demokraten Verständigungspolitik betrieben und Mitglieder dieser Parteien alles Mögliche zu Deutschlands Gunsten herauszuholen suchten, verbarriadierten die sogenannten »Nationalen« den Weg, indem sie hetzten und nochmals hetzten. Wenn in der Verständigungspolitik auch nicht alles erreicht wurde, so ist immerhin sehr vieles geleistet worden. Haben die Nazis etwa den Rhein befreit mit dem Gesang: »Siegreich wollen wir Frankreich schlagen?« Ganz bestimmt nicht!

»Jahrelang«, so sagte der Abgeordnete Hoegner im Reichstag, »haben die Nationalsozialisten gegen die schwarze Schmach gewettert. Ich frage: Wenn heute deutsche Mädchen und Frauen im ehemals besetzten Gebiet von Senegalnegern nicht mehr vergewaltigt werden können, sind etwa die Worte der Nationalsozialisten daran Schuld? Ich glaube, die Frauen und Mädchen im Rheinland müßten sich vielmehr bei meinem Parteifreund, dem früheren Reichskanzler Hermann Müller, bedanken!« Denn Hermann Müller war es, der die Rheinlandräumung in Genf anbahnte.

Die Nazis, besonders auch die Deutschnationalen, wundern sich darüber, daß wir überhaupt Reparationen zahlen müssen. Hören wir einmal den früheren Reichsschatzsekretär Helfferich. Er erklärte in der Reichstagssitzung vom 20. August 1915 u.a.: »Wenn wir demnach, solange wir hoffen können, daß unser ordentliches Budget ba-

lanciert, ohne daß wir neue Einnahmequellen erschließen müssen, auf neue Steuern verzichten, so stehen wir damit nicht allein in der Welt und unter den Kriegsführenden da. Meine Herren, wie die Dinge liegen, bleibt also vorläufig nur der Weg, die endgültige Regelung der Kriegskosten durch das Mittel des Kredits auf die Zukunft zu schieben, auf den Friedensschluß und auf die Friedenszeit. Und dabei möchte ich auch heute wieder betonen: wenn Gott uns den Sieg verleiht und damit die Möglichkeit, den Frieden nach unseren Bedürfnissen und nach unseren Lebensnotwendigkeiten zu gestalten, dann wollen und dürfen wir neben allem anderen auch die Kostenfrage nicht vergessen; das sind wir der Zukunft unseres Volkes schuldig. Die ganze künftige Lebenshaltung muß, soweit es irgend möglich ist, von der ungeheuren Bürde befreit bleiben und entlastet werden, die der Krieg anwachsen läßt. Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.«

Da nun die Franzosen und Engländer ebenso dachten, müssen jene Kreise sich nicht wundern, wenn auch wir Reparationen zahlen müssen.

Ebenso demagogisch ist die Behauptung der Nazis, die Reparationslasten hätten sich bis heute nicht vermindert. Folgende Zahlen des Reichshaushalts beweisen das Gegenteil:

1928: 2,5 Milliarden Goldmark (Dawesplan); 1929: 1,8 Milliarden Goldmark (Youngplan).

Hitler hat Recht, wenn er jetzt einsieht, daß es in der Außenpolitik nicht auf das Wünschen und Wollen, sondern auf die gegebenen Möglichkeiten ankommt. Wo aber bleibt dann die Konsequenz? Aber die Nazis nehmen ihre Politik nie ernst. Vor den Wahlen schreien sie:

»Zerreißt den Young-Plan!«

Am 29. Oktober 1930, was geschah da im Auswärtigen Ausschuß des neugewählten Reichstages, als folgender Antrag zur Abstimmung stand: »Alle Zahlungen auf Grund des Young-Plans sind mit sofortiger Wirkung aufzuheben?« Was geschah? Sämtliche Abgeordneten der Nazi­partei (Frick, Graf Reventlow, Rosenberg, Göring, Hierl und Ritter v. Epp) enthielten sich der Stimme. Noch am 24. Juni erklärte Graf Reventlow im Reichstag: »Ich sage, die NSDAP wird, sobald sie in der Lage ist, sobald das von ihr gebaute Reich da ist, alle diejenigen Minister und Abgeordneten, welche es jetzt wagen, für den Young-Plan einzutreten, vor den gesetzmäßigen Staatsgerichtshof stellen und

ihre Bestrafung mit dem Tode fordern. Die Todesart können sie sich selbst aussuchen.«

Mit dem Töten haben es die Nazis besonders raus. Bald schreien sie: »An die Laterne mit den Verrätern«, bald: »Laßt uns man erst ans Ruder kommen, dann werden die Köpfe nur so in den Sand rollen von den verdammten Marxisten.« Besonders Otto Braun, Breitscheid, Carl Severing und viele andere Sozialdemokraten wurden und werden noch heute mit dem Tode bedroht.

Außerdem hat Hitler in der Hearstpresse verlauten lassen, daß »das Deutschland, das ich (Hitler) führe, nichts unterzeichnen wird, was es nicht durchführen kann«, daß er aber »peinlichst alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen« werde.

Das bedeutet einen völligen Umschwung der Politik Hitlers. Hoffen wir, daß es seine Anhänger, die immer noch glauben, daß Hitler die Verträge zerreißen wird, merken und dementsprechend reagieren.

Als am 3. Januar 1931 Prof. Dr. Nölting und Dr. Feder am Mikrophon über »Sozialismus und Nationalsozialismus« sprachen, nahmen sie u.a. auch zu der Reparationsfrage Stellung. Nölting fragte Feder: »Wollen sie die Zerreißung des Versailler Vertrages?« Hierauf wick Feder aus. Er sagte, das sei eine reine Machtfrage. Dann differenzierte er zwischen politischen und privaten Schulden. Die privaten Schulden müßten natürlich bezahlt werden. Diese Ausführungen zeigen also, daß es mit dem »Zerreißen« nichts wird.

Warum schimpfen die Nazis aber auf die Erfüllungspolitik, wenn sie selbst welche sind? Weil sie zwei Seelen haben. Einmal reden die Nazis so – ein andermal ganz anders, so ist es mit allen Sachen der Nazis, wenn man sie genau unter die Lupe nimmt. Nur durch Verständigung kann etwas erreicht werden, das zeigen uns die Rheinlandräumung (der Abzug der Besatzungstruppen) und vieles andere. Nur durch Verständigungspolitik konnte die deutsche Schupo wieder an den Rhein gehen.

Punkt 3 lautet: »Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.«

Ob diese Forderung unbedingt notwendig ist, kann ich nicht beurteilen. Ich glaube aber, daß wir bei einer vernünftigen Außenpolitik uns ebenso gut stehen, als wenn wir Kolonien hätten, und es uns so

ginge wie England. Sollten wir aber wirklich Kolonien benötigen, so darf dies nur auf dem Wege der Verständigung geschehen, keinesfalls aber durch Krieg!

Punkt 4 lautet: »Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.«

Auch diesen Programmpunkt verwenden die Nazis zu Agitationszwecken. In dem Buch »Mein Kampf« sagt Adolf Hitler: »Jetzt ist nur eine kleine Minderheit rassenrein, daher fehlt es dem deutschen Volke an Instinkt, seinen Führer zu erkennen.« (Preisfrage: Sind die vielen Wähler Hitlers plötzlich alle reinrassig geworden?)

Aber hören wir einen rechtsstehenden Rassenhygieniker, Geheimrat Professor Dr. von Gruber, Präsident der Bayrischen Akademie der Wissenschaft, der über Hitler sagt: »Zum ersten Mal sah ich Hitler in der Nähe, Gesicht und Kopf schlechte Rasse, Mischling. Niedrige, fliehende Stirn, unschöne Nase, breite Backenknochen, kleine Augen, dunkles Haar. Eine kurze Bürste von Schnurrbart, nur so breit wie die Nase, gibt dem Gesicht etwas Herausforderndes. Gesichtsausdruck ist nicht eines in voller Selbstbeherrschung Gebietenden, sondern eines wahnwitzig Erregten.« (Essener Volkswacht, 9.11.1929)

Vergleicht man nachfolgendes Bild mit den Ausführungen Grubers, so werden diese hierdurch nur noch bekräftigt. Denn nebenstehendes Bild zeigt ganz deutlich, daß in den Gesichtszügen keine Spur von Selbstbeherrschung steht sondern aufgedonnerte Furchtheit.

Wie irrsinnig die Auffassung der Nazis zur Judenfrage ist, zeigt am Besten der »große Adolf« in »Mein Kampf«, wo es heißt: »Das Ergebnis jeder Rassenkreuzung ist immer folgendes: a) Niedersenkung des Niveaus der höheren Rasse; b) körperlicher und geistiger Rückgang und damit der Beginn eines wenn auch langsam, so doch sicher fortschreitenden Siechtums. Eine solche Entwicklung herbeiführen, heißt aber denn doch nichts anderes als Sünde treiben wider den Willen des ewigen Schöpfers [...] Der Mensch, der die Rassengesetze verkennt und mißachtet, bringt sich wirklich um das Glück, das ihm bestimmt erscheint. Er verhindert den Siegeszug der besten Rasse und damit aber auch die Vorbedingung zu allem menschlichen Fortschritt. Er begibt sich in der Folge, belastet mit der Empfindsamkeit des Menschen, ins Reich des hilflosen Tieres.«



Vergleicht man nebenstehendes Bild mit den Ausführungen Grubers, so werden diese hierdurch nur noch bekräftigt. Dem nebenstehenden Bild zeigt ganz deutlich, daß in den Gesichtszügen keine Spur von Selbstbeherrschung steht sondern aufgedonnerte Furchbarkeit.

Wie irrsinnig die Auffassung der Nazis zur Judenfrage ist, zeigt am Besten der „große Stoff“ in dem Buch: „Mein Kampf“.  
Es heißt dort:  
„Das Ergebnis jeder Rassenkreuzung ist immer folgendes: a) Niedersenkung des Niveaus der höheren Rasse; b) körperlicher und geistiger Rückgang und damit der Beginn

Hitler in »aufgedonnerter Furchbarkeit«

Dann nimmt Hitler Bezug auf die »Protokolle der Weisen von Zion« und sagt, daß diese beweisen, daß das »ganze Dasein des jüdischen Volkes auf einer fortlaufenden Lüge beruht«. (Dabei ist laut »Frankfurter Zeitung« bewiesen, daß die Protokolle gefälscht sind). Weiter sagt Hitler: »Wirtschaftlich erschüttert der Jude den Staat solange, bis die unrentabel gewordenen sozialen Betriebe entstaatlicht und seiner Finanzkontrolle unterstellt werden. Politisch verweigert er dem Staate die Mittel zu seiner Selbstbehauptung und Verteidigung, vernichtet den Glauben an die Führung, schmäht die Geschichte und Vergangenheit und zieht alles wahrhaft Große in die Gosse. [...] Kulturell verseucht er Kunst, Literatur und Theater, vernarrt das natürliche Empfinden, stürzt alle Begriffe von Schönheit und Erhabenheit, von Edel und Gut und zerrt dafür die Menschen herab in den Bannkreis seiner eigenen niedrigen Wesensart. [...] Die Religion wird lächerlich gemacht, Sitte und Moral als überlebt hingestellt, so lange, bis die letzten Stützen eines Volkstums im Kampfe um das Dasein auf dieser Welt gefallen sind. Nun beginnt die große, letzte Revolution. Indem der Jude die politische Macht erringt, wirft er die wenigen Hüllen, die er noch trägt, von sich. Aus dem demokratischen Volksjuden wird der Blutjude und Völkertyrann. In wenigen Jahren versucht er, die nationalen Träger der Intelligenz auszurotten und macht die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führung beraubt, reif zum Sklavenlos einer dauernden Unterjochung. Das furchtbarste Beispiel dieser Art bietet Rußland, wo er an dreißig Millionen Menschen in wahnhaft fanatischer Wildheit teilweise unter unmenschlichen Qualen tötete oder verhungern ließ, um einem Haufen jüdischer Literaten die Herrschaft über ein großes Volk zu sichern. [...] Das Ende aber ist nicht nur das Ende der Freiheit der vom Juden unterdrückten Völker, sondern auch das Ende dieser Völkerparasiten selber. Nach dem Tode des Opfers stirbt auch früher oder später der Vampir.«

Die Juden betreiben nach Hitlers Anschauung planmäßig die Bastardisierung Deutschlands. Sie sollen deshalb auch die Neger an den Rhein geholt haben. Und: »Der schwarhaarige Judenjunge lauert stundenlang, fanatische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet.«

Und nun zum Schluß Hitlers göttliche Sendung: »So glaube ich denn im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich

des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.« (Preisfrage: Warum schuf Gott – der nach Hitlers Meinung existiert – den Juden?)

Wie ist es nun mit der Durchführbarkeit der Rassenforderung? Da das deutsche Volk seit vielen Jahren aus drei bis vier Rassen zusammengesetzt oder gemischt ist, lassen sich die Forderungen der Nazis nach einer »nordischen Edelrasse« nicht durchführen. Man mag zu den Juden stehen wie man will und muß doch viele Taten der Juden anerkennen. Es ist auch nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Juden viele schlaue Köpfe hervorgebracht haben. Wenn die Nazis einzelne Erscheinungen verallgemeinern, so trifft das meist nicht zu. Denn man darf nicht alles verallgemeinern. Nehmen wir z.B. an, ein Ausländer würde behaupten, die Deutschen seien alle Menschenfresser, weil Haarmann und andere Menschen fraßen, so würden wir ihn glatt für irrwitzig erklären. Ähnlich ist es mit den Behauptungen der Nazis. Die Nazis sollten, bevor sie über andere schimpfen, erst einmal bei sich nachsehen, ob alles in Ordnung ist. Karl Marx sagte, daß »die durch den Kapitalismus verjudeten Christen erst dann etwas gegen die Juden einzuwenden hätten, wenn sie sich vorher selbst entjudet und vom Kapitalismus befreit hätten«.

Punkt 5 lautet: »Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen.«

Punkt 6 Absatz I lautet: »Das Recht über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.«

Beide Punkte richten sich gegen Juden und Ausländer. Andere Länder würden ähnliche Maßnahmen gegen Auslandsdeutsche unternehmen, daher sind beide Punkte nicht berechtigt.

Punkt 6 Absatz II lautet: »Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentarismus einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten, ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.«

Die Nazis wollen die Demokratie und mit ihr den Parlamentarismus beseitigen und eine sogenannte »Ständekammer« errichten. Wie die »Ständekammer« aussehen soll, weiß außer Hitler und dessen Getreuen kein Mensch. Nach Äußerungen Hitlers und anderen zu



schließen, will er Mussolinis System nachahmen. Hitler erklärte in einer Unterredung mit Strasser:

»Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus! Genau so, wie die Faschisten dies bereits durchgeführt haben, werden auch in unserem nationalsozialistischen Staat Unternehmertum und Arbeiterschaft gleichberechtigt nebeneinanderstehen.« (Strasser, Ministersessel oder Revolution, S. 20).

An diesen Ausführungen kann man sehen, was nationalsozialistische Gleichberechtigung heißt! Eine Diktatur kann niemals Gleichberechtigung sein! Auch Frick, Goebbels und andere Nazis fordern die Diktatur. So sagte Dr. Frick auf dem Parteitag in Nürnberg am 19./21.8.1927: »Die Nationalsozialisten sehnen den Tag herbei, an dem der bekannte Leutnant mit zehn Mann diesem (System-) Teufelspuk – dem Parlament – das verdiente Ende bereitet und die Bahn frei macht für eine völkische Diktatur!«

Die Nationalsozialisten beteiligen sich am Parlament, weil sie dieses System unterhöhlen wollen. Goebbels erklärte am 30.4.1928 im »Angriff«: »Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Mitteln zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freikarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.«

Darum forderte Goebbels auch am 6.8.1928: »Schluß mit dem demokratischen Parlamentarismus. Aufrichtung eines berufsständischen Parlaments, das über das Schicksal der Produktion bestimmt. Überantwortung der Politik an ein politisches Gremium, das auf Grund des Gesetzes der Kraft und der Auslese zusammengesetzt wird.«

Mit dem »Gesetz der Kraft«, was heißt das? Bedeutet das nicht Einführung einer bewaffneten Parteigarde, wie Mussolini sie schuf? Und »Gesetz der Auslese«? Das bedeutet wohl eine »Erneuerung durch den starken Mann«, durch Hitler oder Goebbels? Doch wie soll die Führung der Herrenschicht aussehen? Etwa so wie nebenstehende Führer der NSDAP?

In »Mein Kampf« macht Hitler nähere Angaben über die Führung der Herrenschicht. Er sagt, daß es drei Arten der Menschheit gebe: Kulturbegründer, Kulturträger und Kulturzerstörer. Selbstverständ-



*Soll das die Führung der Herrschaft sein?*

lich kommt als »Kulturgründer« nur der »Arier« in Frage. »Von ihm stammen die Fundamente und Mauern aller menschlichen Schöpfungen.« (Wo bleiben da die Ägypter, Babylonier und vor allem die alten Griechen?). Dann sagt er weiter: »Was nicht guter Rasse ist auf dieser Welt, ist Spreu.« Nur der »nordischen Rasse« komme die Führung zu. »Der Fortschritt und die Kultur der Menschheit sind nicht ein Produkt der Majorität, sondern beruhen ausschließlich auf der Genialität und der Tatkraft der Persönlichkeit. Diese heranzuzüchten und in ihre Rechte wieder einzusetzen, ist eine Vorbedingung zur Wiedergewinnung der Größe und Macht unseres Volkstums. [...] Eine Weltanschauung, die sich bestrebt, unter Ablehnung des demokratischen Massengedankens, dem besten Volk, also den höchsten Menschen, dieser Erde zu geben, muß logischerweise auch innerhalb dieses Volkes wieder dem gleichen aristokratischen Prinzip gehorchen und den besten Köpfen die Führung und den höchsten Einfluß im betreffenden Volke sichern. Damit baut sie nicht auf dem Gedanken der Majorität, sondern auf dem der Persönlichkeit auf. [...] Man vergesse niemals, daß alles wirklich Große auf dieser Welt [...] stets der Erfolg

eines einzelnen Siegers war. [...] Kraft natürlicher Ordnung wird der Stärkste dazu bestimmt sein, die große Mission zu erfüllen [...] weil allein zum Höchsten befähigt. [...] Die jüdische Lehre des Marxismus lehnt das aristokratische Prinzip der Natur ab und setzt an Stelle des ewigen Vorrechts der Kraft und Stärke die Masse der Zahl und ihr totes Gewicht. [...] Die Majorität ist nicht nur immer eine Vertreterin der Dummheit, sondern auch der Feigheit. [...] Das Volk ist in seiner überwiegenden Mehrheit so feminin veranlagt und eingestellt, daß weniger nüchterne Überlegung, als vielmehr gefühlsmäßige Empfindung sein Denken und Handeln bestimmt.« (Vgl. Hitler; er charakterisiert sich damit selbst!)

Die Auffassung des rassistischen Edelmenschen Hitler ist weiter, daß die Masse (wie die Frau den starken Mann) den starken Führer wünscht, weil beide vergewaltigt werden wollen. Die Masse sei nur dazu da, den großen Führer zu tragen: »Je bescheidener ihr wissenschaftlicher Ballast ist, und je mehr sie ausschließlich auf das Fühlen der Masse Rücksicht nimmt, um so durchschlagender der Erfolg« (der Propaganda, die der Führer dementsprechend einstellen soll. H.G.). »Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwerten, bis auch bestimmt der letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag.«

Daraus folgert Hitler, daß man sich selbst verherrlichen, den Gegner herunterreißen muß. Und das führt er auch praktisch durch, indem er die Juden, Sozialdemokraten und Marxisten beschimpft. Nur ein Beispiel aus hunderten von Beschimpfungen des Marxismus: »So wenig eine Hyäne vom Aase läßt, so wenig ein Marxist vom Vaterlandsverrat.«

Wie gesagt, im 3. Reich würde nicht das Volk regieren, sondern es würde von einer Herrschicht regiert werden. Denn wie Feder sagt: »Alles was darüber hinausgeht – (gemeint ist Ernährung, Arbeit suchen usw.) – Mitregieren, Mitbestimmen, Mitbesitzen, sind marxistische Ideen, die grundsätzlich abgelehnt werden müssen.«

Wie denkt die sogenannte Herrschicht über die Arbeiter? Hören wir, was Hitler zu Strasser sagte: »Sehen sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele. Die hat kein Verständ-

nis für irgendwelche Ideale [...] Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat zu herrschen und diese Herrschaft über die Arbeitermassen rücksichtslos aufrechterhält.«

Auch neueste Schriften des Nationalsozialismus wie »Der Mythos des 20. Jahrhunderts« von Alfred Rosenberg beschäftigen sich mit dieser Frage. Rosenberg fordert als ersten Schritt die Abschaffung der Demokratie und des Wahlrechts. Er sagt: »Heute sieht der erwachsene Mensch, daß der Gott Stimmzettel ein leerer schmutziger Wisch, daß das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht keine magische Wünschelrute ist, sondern ein Zersetzungswerkzeug volksfeindlicher Demagogen [...] Dieses allgemeine Stimmrecht soll also der Frau genommen werden? Ja! – Und dem Mann auch! Ein völkischer Staat wird Wahlen nicht durch anonyme männliche und weibliche Massen vornehmen lassen, sondern durch verantwortliche Persönlichkeiten.«

Statt Demokratie und Parlamentarismus – also Organisation von unten nach oben, freiwillige Unterordnung durch Majoritätsbeschluß [aber besonderer Schutz der überstimmten Minorität z.B. durch Wertefreiheit, wie sie die Weimarer Verfassung (vgl. Art. 17, 22, 34, 72) gewährleistet, wenn man die Demokratie grundsätzlich anerkennt] wollen die Nazis die Diktatur einer Herrenschicht nach italienischem Muster. Das bedeutet von oben nach unten diktierte gewaltsame Unterwerfung der Mehrheit des Volkes unter den Willen einer kleinen Minderheit. Das bedeutet weiter: Unterdrückung jeder politischen Betätigung der großen Mehrheit des Volkes – siehe Italien. Jeder freiheitsliebende Mensch wird sich unbedingt zur Demokratie bekennen, denn nur hier kann er seine Meinung durchsetzen.

Die Nazis sagen aber auch, sie wollen die Korruption beseitigen und das Volk versittlichen. Zugegeben sei, daß in Demokratien Korruption vorkommen kann und vorgekommen ist; aber der Vorteil in der Demokratie ist, daß Korruption leichter aufgedeckt und nicht vertuscht werden kann. In einer Diktatur – siehe Italien – kommt Korruption viel häufiger vor, sie wird aber viel schwerer aufgedeckt. In einer Demokratie kontrolliert nämlich eine Partei die andere. Durch freie Meinungsäußerung in Presse, Versammlung, Parlament und vor Gericht hat jede Partei die Möglichkeit, Schwindel aufzudecken und die betreffende Partei anzuprangern. In einer Diktatur dagegen gibt es nur eine herrschen-

de Partei. Jede Kritik an dieser Partei ist unmöglich, weil die freie Meinungsäußerung unterdrückt wird. Deshalb sind Bestechungen in einer Diktatur häufiger, weil sie schwerer zu kontrollieren sind.

Wie die Bekämpfung der »Stellenbesetzung nur nach Parteige-sichtspunkten« der Nazis in der Praxis aussieht, ist gerade umgekehrt wie in der Theorie. Man braucht nur Beispiele aus Thüringen und Braunschweig anzuführen.

Punkt 7 lautet: »Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.«

Hierzu ist zu sagen, daß eine ähnliche Bestimmung auch in der Weimarer Verfassung enthalten ist (ausgenommen die Ausweisung von »Nichtstaatsbürgern«). So steht z.B. in Artikel 163: »Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.«

Ob die Nazis obigen Punkt wirklich durchführen werden, muß bezweifelt werden, da die Führer in fast jedem Punkt einen gewaltigen Unterschied machen zwischen Theorie und Praxis!

Punkt 8 lautet: »Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.«

Wenn dieser Punkt durchgeführt würde, so würde das Ausland mit ähnlichen Maßnahmen antworten. Deutschland stünde vollkommen isoliert da in der Welt.

Punkt 9 lautet: »Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.«

An anderer Stelle wurde schon darauf hingewiesen, daß diese Forderung der Weimarer Verfassung entnommen ist (Art. 109). Im übrigen wurde geschildert, wie es mit den gleichen Rechten und Pflichten bestellt ist. Unter einer Diktatur haben bisher noch nie gleiche Rechte und Pflichten geherrscht.

Punkt 10 lautet: »Eine Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen.«

Auch dieser Punkt ist in ähnlicher Fassung in der Weimarer Verfassung enthalten. Art. 120 lautet: »Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht.«

Die folgenden Programmpunkte werde ich wie bisher betrachten und einige, die untereinander in Beziehung stehen, zusammenfassen.

Weiter heißt es in dem Nazi-Programm: »Daher fordern wir: Brechung der Zinsknechtschaft!«

Punkt 11 lautet: »Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.«

Auf den ersten Blick eine ausgezeichnete Forderung. Aber was ist Zinsknechtschaft? Nach Gottfried Feder (Rundfunkgespräch Nölting – Feder) ist Zinsknechtschaft »maßlose Verschuldung gegenüber dem Finanz- und Leihkapital, Steuerbolschewismus.«

Als Vollendung der Zinsknechtschaft stellte Feder den Young-Plan hin. Hierauf erwiderte Prof. Dr. Nölting, daß alles, was an Feders Theorie richtig sei, bereits bei Proudhon, bei Marx – man müsse allerdings bis zum 3. Band des »Kapital« vordringen – und in Hilferdings 1910 erschienenem Werk: »Das Finanzkapital« stünde. Nölting sagte weiter: »Natürlich gibt es Zinswucher, aber es gibt auch Lohnwucher, Bodenwucher, Zollwucher, und schon davon schweigt Herr Feder. Nicht jeder Darlehensgeber ist ein Shylock, nicht jeder Kreditnehmer ist ein armer Schlucker. Das ist eine mittelalterliche Vorstellung, heute sind es gerade die Großindustriellen, die Kredite in Anspruch nehmen. Es gibt keine Trennung zwischen raffendem und schaffendem Kapital.«

Leider erwiderte Herr Dr. Gottfried Feder hierauf nicht, sondern sagte, die Arbeiter würden Nölting nicht verstehen.

Aber gehen wir der Sache näher auf den Grund: Was bedeutet »Brechung der Zinsknechtschaft«? Es bedeutet: »Verbot des Zinsnehmens, also zinslose Verleihung von Geld (Darlehen). Es wäre schön, wenn die Nazis das durchführen würden, aber sie können es einfach nicht. Denn die Nationalsozialisten erkennen das kapitalisti-

sche Wirtschaftssystem »grundsätzlich« an, sie bekämpfen nur gewisse »Auswüchse«. Darum ist diese Forderung aus Sicht der Nazis unsinnig, denn wo Kapital ist, da sind auch Zinsen. Werden die Zinsen abgeschafft, so würde kein Kredit mehr eingeräumt werden, denn kein Unternehmer oder Geldbesitzer würde Geld zinslos verleihen. Viele Geschäftsleute, die heute besonders den Nazis nachlaufen, müßten zugrunde gehen, da sie ihre Ware in bar nicht bezahlen können. Im Mittelalter bestand ein Verbot des Zinsnehmens von der katholischen Kirche aus. Nicht einmal damals waren wirkliche Erfolge zu erzielen – und viel weniger heute. Die christliche und jüdische Kaufmannschaft kümmerte sich wenig darum. Und wer ein geistliches Gericht anrufen wollte, um einen Kaufmann zu verklagen, wurde einfach auf die »Schwarze Liste« gesetzt und bekam kein Darlehen mehr.

Nehmen wir an, in Deutschland würde die Forderung der Nazis durchgeführt werden. Was würde das für Folgen haben? – Da Deutschland in die Weltwirtschaft verflochten und auf Auslandskapital angewiesen ist, kann die »Brechung der Zinsknechtschaft« nicht durchgeführt werden. Die deutsche Bevölkerung würde sonst in wenigen Wochen ausgehungert sein.

Was man bei den Nazis immer wieder findet, ist, daß bei ihnen die Geschichte im Jahre 1918 beginnt und daß sie immer nur Deutschland betrachten. Sie bringen das Ausland nie in Beziehung mit Deutschland und ziehen keine Vergleiche. Da Deutschland nun einmal vom Ausland abhängig ist, kann man Deutschland bzw. darf man Deutschland nicht isolieren. Man kann um Deutschland keine chinesische Mauer bauen! Ebenso unsinnig ist die Forderung der Nazis nach wirtschaftlicher Autarkie (Selbstdeckung des Bedarfs), wie es Strasser in seiner Reichstagsrede vom 17. Oktober forderte. Solange man in Deutschland keine Baumwolle, Gummibäume und viele andere Dinge anpflanzen kann, solange bleibt die Autarkie ein Traum. Würde die Autarkie aber durchzuführen sein, so müßten sich besonders die Hamburger Wähler der Nazis über die Folgen einer Naziregierung klar sein, denn der Hafen würde versanden.

Aber nun zurück zur »Zinsknechtschaft«. Die Nazis sagen, daß sie die kapitalistische Wirtschaftsform nicht abschaffen, sondern nur die Mißbräuche bekämpfen wollen. Sie erkennen auch das Privateigentum an. Das Kapital wollen die Nazis nur beseitigen, soweit es eine

bestimmte Entwicklungsstufe erreicht hat, wenn es mobil geworden ist, als Leihkapital. Da die Nazis alles nach rassentheoretischen Gesichtspunkten beurteilen, bewerten sie natürlich auch das Geld rassentheoretisch: in ein jüdisches, raffendes einerseits und ein schaffendes, nicht jüdisches andererseits. Das raffende jüdische Kapital, worunter sie das Leihkapital verstehen, bekämpfen sie. Nun ist, wenn man die ganze Sache näher prüft, die Einteilung in raffendes und schaffendes Kapital unmöglich. Denn beide Kapitalformen gehen dauernd ineinander über. Das Leihkapital, also das raffende jüdische Kapital, stellt nun aber nichts anderes dar als Eigentumsrechte am schaffenden, worunter die Nazis das industrielle und landwirtschaftliche nicht jüdische Kapital verstehen. Im übrigen tun die Banken nichts anderes, als die Depots ihrer schaffenden Kunden zu verleihen. Diese wiederum wollen die Nazis auch nicht abschaffen, denn sie erkennen auch die gesellschaftliche Bedeutung der Bankiers an. Die Forderung der Nazis ließe sich nur dann durchführen, wenn die kapitalistische Wirtschaftsform abgeschafft und das Verbot des Zinsnehmens international durchgeführt würde. Doch Herr Feder glaubt, daß wenn Deutschland die »Brechung der Zinsknechtschaft« durchgeführt hat, die anderen Länder dem guten Beispiel folgen werden. Er erklärte nämlich: »Gehen wir voran mit unserem befreienden Beispiel, befreien wir uns von der Zinsknechtschaft des Geldes, und wir werden in Bälde sehen, daß die Kraft dieses sieghaften, befreienden Gedankens die Völker der Welt veranlassen wird, uns zu folgen.«

Wie steht es nun in der Praxis mit der Durchführung des Verbots des Zinsnehmens?

Im »Völkischen Beobachter« war am 27. Mai 1930 zur Finanzierung des Parteihauses zu lesen: »Mitglieder, welche wirtschaftlich in der Lage sind, sollen es sich zur Ehre anrechnen, wenn sie ihrer Bewegung »verzinsliche« Darlehen von RM 500,- an aufwärts zur Verfügung stellen.

München, 26. Mai 1930, gez. Schwarz, Reichsschatzmeister.«

Dieser Satz zeigt, daß die Nazis selbst nicht an ihr Rezept glauben. Daß selbst Feder mehrmals gegen seine eigenen Forderungen verstoßen hat, dürfte bekannt sein. Auch im Reichsrat verstießen die Nazis gegen einen Antrag, den sie im Reichstag einbrachten. Im Reichsrat vom 2. Dezember 1930 stand ein Gesetzentwurf der Reichsregie-



rung zur Beratung an, nach dem die Verzinsung der Aufwertungshypotheken, die damals 5 % betrug, vom 1. Januar 1932 an um 2 1/2 auf 7 1/2 % erhöht werden sollte. Die preußische Regierung ersuchte, sich mit einer Erhöhung von 2 % zu begnügen, weil die Landwirtschaft 7 1/2 % nicht tragen könne, und ein Zinssatz von 7 1/2 % überdies die Mieten verteuere, mit der Preissenkungsaktion der Reichsregierung also nicht vereinbar sei. Der Vorschlag der Reichsregierung wurde dennoch angenommen. Für die 7 1/2 %, gegen die sämtliche preußischen Vertreter sich wandten, stimmten u.a. die Frick-Regierung von Thüringen und die Franzen-Regierung von Braunschweig. So sieht es in der Praxis mit der »Brechung der Zinsknechtschaft« aus.

Punkt 12 lautet: »Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.«

Auf den ersten Blick eine ausgezeichnete Forderung. Aber auch diese Forderung der Nazis wird nur zur Agitation verwendet. Denn kein Mensch kann heute, nachdem 18 Jahre seit dem Kriegsbeginn vergangen sind, die Kriegsgewinne feststellen.

Und nun zur Forderung der Nazis betreffend: Sozialisierung – Enteignung – Schaffung eines gesunden Mittelstandes.

Punkt 13 lautet: »Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.«

Punkt 14 lautet: »Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.«

Punkt 15 lautet: »Wir fordern Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder und Gemeinden.«

Punkt 16 lautet: »Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.«

Zu diesem Punkt gab Hitler folgende Erklärung ab: »Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Programms der NSDAP von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP

auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus »Unentgeltliche Enteignung« nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dieses richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.

München, den 13. April 1928 gez. Adolf Hitler.«

Punkt 17 lautet: »Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gesamtinteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen.«

Punkt 18 lautet: »Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltanschauung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.«

Wie sieht nun die Sozialisierung, die Enteignung und die Schaffung eines gesunden Mittelstandes aus? Das sollen folgende Schilderungen zeigen: Wie die Enteignung aussehen soll, sagt Hitler ja ganz deutlich in seiner Erklärung zum Punkt 16, daß hauptsächlich der jüdische Besitz enteignet werden soll. Auch die Sozialisierung wird nicht durchgeführt werden, das zeigen Hitlers Äußerungen. In der Nummer 258/30 des »VB« setzte sich Hitler ausführlich mit der Frage Kapitalismus und Sozialismus auseinander und kam auch auf Sozialisierung zu sprechen: »Wer im Bilde darüber ist, daß gerade der Nationalsozialismus keine Mitleidslehre enthält, sondern an die Kraft im Menschen appelliert, an seine Energie, seinen Unternehmungsgeist, seine Rührigkeit, der hätte niemals auf die absurde Idee verfallen können, wir würden das »Privatkapital«, also die Initiative des wagemutigen Unternehmers, bekämpfen. Diese Unterstellung ist genau so töricht, wie die andere Lüge, wir wollten das Privateigentum abschaffen [...] Deshalb ist dieses ganze Geschrei vom raublustigen »Antikapitalismus« der Nationalsozialisten, mit dem man den guten Bürgern Angst machen will, eine große Irreführung [...] Die Entthronung der Ausbeuter, die wir Schritt um Schritt in Angriff nehmen werden, ist in Wahrheit keine Absage gegen das Kapital, sondern die Vorbedingung für die Rückkehr zu einer gesunden Privatwirtschaft!«

Also fordert Hitler: »Zurück zur Privatwirtschaft!« Da Hitler auf

dem Parteitag in München 1923 erklärte, daß der Begriff »privat« aus dem lateinischen »privare« käme und dieses auf deutsch »rauben« heiße, müßte – in der Dialektik Hitlers – Privatwirtschaft gleichbedeutend mit »Raubwirtschaft« sein. Das war 1923, heute ist es ganz anders. Aber hören wir weiter, was Hitler unter »Sozialismus« bzw. was er unter »sozialisieren« versteht. In einer Unterredung mit dem inzwischen aus der NSDAP ausgeschiedenen Dr. Otto Strasser erklärte Hitler am 1. Juli 1930: »Der Ausdruck Sozialismus ist an sich schlecht – vor allem aber heißt das nicht, daß die Betriebe sozialisiert werden »müssen«, sondern nur, daß sie sozialisiert werden »können« – dann nämlich, wenn sie gegen das Interesse der Nation verstoßen. Solange sie das nicht tun, wäre es einfach ein Verbrechen, die Wirtschaft zu zerstören.«

Nach diesen Ausführungen wäre »Sozialisierung« gleichbedeutend mit »Wirtschaftszerstörung«. Da die Unternehmer bisher immer behaupteten, im Interesse der Nation zu handeln, wird es nichts mit der Sozialisierung. Nicht einmal die Bergwerke sollen verstaatlicht werden. In diese Unterredung mit Strasser gehört auch der bekannte Ausspruch Hitlers: »Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus Mussolinis.« Weiter erklärte Hitler: »Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil an Besitz oder gar an Leitung der Betriebe? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft den Arbeitern Brot. – (Siehe die über 5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland, H.G.) – Gerade unseren großen Unternehmen kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung – (siehe Lahusen usw., H.G.) – und die Macht das Wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Tüchtigkeit – (von der Erbllichkeit des Besitzes scheint Herr Hitler noch nichts gehört zu haben) – sich an die Spitze gearbeitet und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie das Recht, zu führen. Daß man nun einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden läßt, daß wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten.«

In ähnlicher Weise äußerten sich viele führende Nazis, so daß anzunehmen ist, daß die Nazis die Enteignung und Sozialisierung nicht durchführen werden. Auch die Forderungen nach Mitbesitz und Mit-

bestimmung der Arbeiter in den Betrieben, die gerade von den ausgeschiedenen Elementen der Nazi-Partei verteidigt wurden, lehnen Hitler, Feder usw. ab. Feder sagte: »Die Forderung von Mitbesitz und Mitbestimmung in Wirtschaftsbetrieben führt unweigerlich zur Wirtschaftsdemokratie, zur Einführung parlamentarischer Formen und Gebräuche und damit – wie im Staat – zur Auflösung und Zerstörung der Wirtschaft [...]«

Wie aus diesen Ausführungen hervorgeht, lehnen die Nazis die Wirtschaftsdemokratie – Mitbesitz und Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben – ab. Weiter lehnen die Nazis die Betriebsräte, Versicherungsbeamte aus der Arbeiterschaft und ähnliche Dinge mehr ab.

Daß zur Sozialisierung der Industrie von Seiten der Nazis nicht das Geringste unternommen wird, ist genug bewiesen.

Aber wie steht es mit der Sozialisierung von Banken? Wenn man hierüber aus Äußerungen der Nazi-Führer schließen will, so muß auch hier gesagt werden, daß die Nazis an die Sozialisierung der Banken nicht mehr denken. – (Warum die guten Beziehungen zu den Bankenfürsten, wie z.B. v. Strauß?) – Ein Zitat von Feder genügt, um zu belegen, daß auch die Banken nicht sozialisiert werden. Er, Feder, habe niemals von einer Verstaatlichung der Banken gesprochen; und »warum solle diese Reichsbank, die ja doch ein nahezu gänzlich ausländisches Institut geworden sei, nicht verstaatlicht werden?«

Auch in der Praxis – Anträge im Reichstag oder Reichsrat – handeln die Nazis oft anders als es im Programm steht. Als ein Antrag, der die Bank- und Börsenfürsten und die »Tantienschlucker« mehr belasten sollte, im Reichstag zur Abstimmung stand, stimmten sämtliche Nazi-Abgeordnete in namentlicher Abstimmung gegen diesen Antrag.

Die Nazis spielen sich auch als Retter des Mittelstandes auf, sie fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes. Aber wie sieht es hiermit in der Praxis aus? Wie bekannt sein dürfte, brauchen die Nazis einen großen Teil Braunhemden, Mützen, Abzeichen, Krawatten, Ausrüstungsgegenstände usw. Diese Gegenstände werden von einer Zentralrüstungsstelle der Reichszeugmeisterei der NSDAP beschafft. Der Kleinhandel und das Handwerk werden somit von den Lieferungen ausgeschlossen. Die Nazis vertreiben auch die Parteizigaretten »Sturm« und »Neue Front«, sowie die besondere Nazi-Rasier Klinge »Sturm«. Ferner gibt es Hakenkreuzschokolade, die ebenfalls unter

Ausschaltung des Kleinhandels, den die Nazis angeblich schützen wollen, vertrieben wird. Gegen diese Dinge würde kein Mensch etwas einwenden, wenn nicht die Nazis maßlos gegen die Warenhäuser und Konsumvereine agitierten, und so täten, als ob nur sie die Not des Mittelstandes bessern können. Auch behaupten die Nazis, allein die Warenhäuser und Konsumvereine hätten die Schuld am großen Elend des Mittelstandes. Gelegentlich aber, wenn sie Nutzen davon haben, machen die Zeitungen der Nazis sogar Reklame für die Kauf- und Warenhäuser. Am 16. Juni 1929 stand im »Westdeutschen Beobachter« folgende offizielle Bekanntmachung des Verlages:

»1.030 Adressen sind bis heute schriftlich und mündlich auf unsere Anfrage betreffend Einkaufen im Kaufhaus Karl Peters eingegangen. Das ist natürlich nur ein ganz geringer Bruchteil der Parteigenossen und Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung, die tatsächlich im Kaufhaus Karl Peters ihre Einkäufe machen.«

## Das Kulturprogramm der NSDAP

(Hitlers Kultur- und Erziehungsauffassung, sowie Hitlers Kunstauffassung.) Speziell mit Kulturfragen beschäftigen sich vier Punkte des Programms. Es sind die Punkte 20 – 24. Punkt 20 enthält die allgemeinen Forderungen; von diesen Forderungen ist keine geistiges Eigentum der Nazis.

Punkt 20 lautet: »Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.«

Punkt 21 lautet: »Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Erüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sport-



Nationalsozialisten in der zeitgenössischen Karikatur

pflicht, durch größere Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.«

Punkt 22 lautet: »Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.«

Dieser Punkt läßt sich nur durchführen, wenn die Friedensverträge geändert werden.

Die Rekrutenschinderei wird aller Wahrscheinlichkeit nach wieder eingeführt werden.

Punkt 23 lautet: »Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen fordern wir, daß:  
a) sämtliche Schriftsteller und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen; b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache ge-

druckt werden; c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nichtdeutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nichtdeutschen aus dem Reich. Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen Kunst- und Literaturredaktionen, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausüben und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.«

Was das heißen soll ist offensichtlich: Unterdrückung aller Auffassungen, die gegen die Auffassung der Nazis verstößt. Es soll besonders den Juden und Marxisten jede schriftstellerische, künstlerische und selbstverständlich auch jede politische Betätigung genommen werden. Alle Gegner der Nazis sollen – genau wie im faschistischen Italien – mundtot gemacht werden. Einen kleinen Vorgeschmack haben wir ja schon bekommen durch das Verbot des Films: »Im Westen nichts Neues«. Auch das Buch »Im Westen nichts Neues« wurde damals von Frick in den Schulen verboten.

Warum wurde der Film verboten? Weil der Film den Krieg nicht verherrlicht wie die Naziführer es wollen, denn der Film zeigt die Wirklichkeit. Er zeigt, daß sich der Krieg absolut nicht als eine Badekur erwies. Den Nazis ist der Film nicht frisch und fröhlich genug, darum setzten sie durch, daß er verboten wurde. Auch die Maßnahmen, die die Braunschweiger Nazi-Regierung gegen die sozialdemokratische Presse unternahm, zeigen, daß es im »Dritten Reich« noch viel schlimmer werden wird. Den Kampf gegen die Lügenpresse, wie sie der Punkt 23 des Programms fordert, sollten die Nazis selbst einmal durchführen. Wie sieht es denn aus mit ihrem Kampf gegen die Lügenpresse? Das zeigen die dreißig Naziabgeordneten, die vor der Flucht aus dem Reichstag den Antrag gestellt haben, die gegen sie laufenden 180 Strafverfahren wegen Verleumdung und sonstiger pressegesetzlicher Vergehen auf Grund ihrer Immunität – die sie sonst so sehr bekämpfen – einzustellen. Allein gegen Gregor Strasser liefen 26 Strafverfahren. Ebenso gegen Feder, Koch, Wagner, Münchmeyer.

Goebbels darf man selbstverständlich hierbei nicht vergessen.

Die Nazis werfen allen Parteien, die nicht der sogenannten »nationalen Opposition« angehören, vor, daß sie das Volk belügen, aber

daß sie noch viel mehr lügen, daß sagen sie nicht. Nur wenige Beispiele sollen das beweisen: Zur Zeit des Volksbegehrens zur Aufhebung des Young-Plans zeichneten sich unter der Rechtspresse besonders die nationalsozialistischen Blätter aus, indem sie bewußt logen. Neben der Behauptung, daß der Young-Plan eine höhere Endsumme als der Dawes-Plan vorsehe – (im Dawesplan war gar keine Endsumme festgesetzt) –, verschwieg man (und wenn man etwas verschweigt, so lügt man ebenfalls), daß der Young-Plan auf dem Weg über die Reparationsbank eine ausgedehnte Kredithilfe für Deutschland vorsehe, daß durch ihn Rhein und Saar frei werden, und daß wir unsere Finanzhoheit wieder zurückgewinnen. Aber all das ist noch gar nichts gegenüber der widerwärtigen Hetzlüge, der Young-Plan sehe den »Sklavenexport deutscher Mädchen und Knaben« in die afrikanischen Kolonien der Siegerstaaten vor.

Obwohl diese Behauptung sofort widerlegt wurde, hetzten die Zeitungen weiter. Auch die Behauptung, daß »die Juden Christenkinder töten, um ihr Blut für religiöse Zwecke zu gebrauchen«, ist purer Unsinn. Daß die Nazis gegen den Staat und gegen die Staatsmänner hetzen, dürfte wohl bekannt sein. Als Stresemann gestorben war, konnte man am 3. Oktober 1930 folgendes im Ingolstädter »Donauboten« lesen: »Deutschlands Außenminister, Gustav Stresemann, Inhaber des Kontos G. Stresemann, wurde, wie an den Telegrammtafeln heute früh zu lesen war, vom Schläge getroffen. Stresemann war in den Augen aller Pazifisten, der Sozialdemokraten und aller Stiefellecker der glorreichste Außenminister, der es verstanden hat, das ganze Volk zu versklaven und Deutschland selbst zu einer Kolonie der Siegerstaaten zu machen. Ein Aufatmen geht durch das national denkende deutsche Volk, daß Stresemann nicht mehr ist, und daß Gott so viel Erbarmen zeigte, ihn aus seiner fluchwürdigen Tätigkeit jäh herauszureißen. Wir als Nationalsozialisten haben nur zu bedauern, daß es uns nicht mehr vergönnt war, ihn, den Volksverschacherer, vor die Schranken eines Staatsgerichtshofes zu schleppen [...].« Das war nur eine kleine Blütenlese.

Die Punkte 20 und besonders 23 des Programms, die hier im Wortlaut wiedergegeben sind, wurden in der Praxis (Thüringen und Braunschweig) ganz anders umgesetzt. Ich denke nur an den Schulabbau in den Volksschulen, während die Universität verschont blieb (Frick). Franzen in Braunschweig führte dasselbe durch.



Punkt 24 schildert die Stellung zur Religion: »Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht den Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. [...] Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.«

Wie es mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit der Nazis aussieht, wurde an anderer Stelle gezeigt. Doch wie sieht es mit der Forderung »Gemeinnutz vor Eigennutz« in der Praxis aus?

In Thüringen wurden vor längerer Zeit auf sozialdemokratischen Antrag die Ministergehälter von 16.000 auf 12.000 RM herabgesetzt. Da Dr. Frick jedoch noch im Amt war, lehnten die Nazis einen ähnlichen Antrag ab. So sieht der Programmpunkt der Nazis – »Gemeinnutz vor Eigennutz« – in der Praxis aus.

Zur Ergänzung des Kulturprogramms der Nazis seien noch Hitlers Erziehungs- und Schulforderungen sowie seine Auffassung über Kunst kurz skizziert. Ziel der Erziehung ist nach Hitler der Kampf gegen »innere und äußere Feinde«, der für Bürgerkrieg und Weltkrieg brauchbare Mann. Zur Erziehung der Mädchen schreibt er in »Mein Kampf«: »Das Ziel weiblicher Erziehung hat unveränderbar die kommende Mutter zu sein.« Die körperliche Erziehung steht also im Vordergrund. Gefolgt von der Erziehung zu echtem Rassengefühl. »Es soll kein Knabe und kein Mädchen die Schule verlassen, ohne zur letzten Erkenntnis über die Notwendigkeit und das Wesen der Blutreinheit geführt worden zu sein.« In den Dienst der Erziehung soll die Kleidung gestellt werden, damit die rassisch richtige Wahl erleichtert wird. Bei den Jungen soll die Kleidung die Körperschönheit hervortreten lassen, »denn«, so sagt Hitler, »das Mädchen soll seinen Ritter kennen, damit die Verführung von Hunderttausenden von Mädchen durch krummbeinige, widerwärtige Judenbankerte« unmöglich gemacht wird. Bei den Jungen kommt selbstverständlich ebenfalls die körperliche Ausbildung zuerst, dann die des »Charakters« und ganz zuletzt die wenig wichtige wissenschaftliche Ausbildung. Hitler will die alte preußische Militärerziehung mit ihrem Kadavergehorsam wieder einführen, sie

soll Krönung und Abschluß der Erziehung im »Dritten Reich« sein. Auch sollen die Jungen daran gewöhnt werden, daß sie »Unrecht schweigend zu ertragen« hätten. – Dieser Ausspruch sagt alles!

Zum wissenschaftlichen Unterricht führt Hitler in »Mein Kampf« nichts aus. Nur zum Geschichtsunterricht äußert er sich. Der Geschichtsunterricht soll »nur« vom Standpunkt des eigenen Volkes aus – was ich für vollkommen falsch halte – das alles »Recht und alle Ansprüche« auf seiner Seite hat, betrachtet werden. Er wünscht eingehende Betrachtung der römischen Geschichte. Der Geschichtsunterricht soll weiter »nationale Herrengeschichte« sein. Sein höchstes Ziel jedoch ist die Weckung des Nationalstolzes und Verachtung der anderen. Hitler ist selbstverständlich für die Prügelstrafe. Er erkennt das Prügeln als wertvolles und unentbehrliches Erziehungsmittel an. Den Arbeitereltern macht er den Vorwurf, daß sie nicht genügend »ihren kleinen Sprößling über das Knie« gelegt hätten.

Wehrhaftigkeit, Führertum und Religion sichern nach Hitler Familie, Volkstum und Rasse. Er schreibt: »Wir erblicken in den Begriffen Rasse, Wehr, Führer und Religion die Elemente eines gesunden organischen Volkswachstums und die Grundlagen, die ein Volk auf die Höhen der Menschheit führen, sie müssen auch die Fundamente der Erziehung sein. In diesen vier Begriffen: Rasse, Wehr, Führung und Religion liegt eigentlich unser ganzes nationalsozialistisches Erziehungsprogramm verankert, und es ist bisher noch niemandem gelungen, die Richtigkeit dieser Grundlinien zu erschüttern.« Die nationalsozialistische Erziehung vollzieht sich in drei Stufen: Familie, Schule und Heer.

»Das neugeborene Kind nimmt die aus nordischem Geiste erneuerte deutsche Familie in ihre Hut. Unter den linden Händen der Mutter wächst es hier in den heiligen Kreis der Sitte und in die älteste und engste Blutgemeinschaft hinein. Die heilige Dämmerung des deutschen Märchens umfängt die junge Seele; gute Naturgeister grüßen sie von fern und erwecken in ihr eine dunkle Ahnung von dem großen und gnädigen Sinn der Welt.«

Das klingt sehr romantisch. Hitler scheint nämlich nicht zu wissen, daß durch die moderne Industriearbeit oder Fabrikarbeit, durch Arbeitslosigkeit, durch Frauenarbeit, durch Mädchenarbeit in Fabriken, durch Wohnungsnot, kurzum, daß durch Not und Elend das Fa-

milienleben der Arbeiter – wenn nicht überall, so doch zum großen Teil – zerstört wird. Not und Elend werden aber herrschen, solange die kapitalistische Wirtschaftsform, die die Nazis nicht abschaffen wollen, bestehen bleibt. Nur die Planwirtschaft, der Sozialismus kann eine grundlegende Änderung unseres gesamten Lebens hervorrufen. Im übrigen möchte ich wissen, wie die guten Naturgeister und die heilige Dämmerung im Wedding, Neuköln usw. aussehen würden.

Zur Schulerziehung fordert Hitler »herrische Nationalerziehung«. Das Heer krönt die Erziehung zum Deutschen. Die besten Erzieher sind die Offiziere, sie bilden einen Stand für sich. Wer an der höchsten Erziehung im Heer nicht teilnehmen kann, da er untauglich ist, der muß als Ehrenpflicht unentgeltlich ein nationales Arbeitsjahr mit Kasernierung durchmachen. Das nationale Arbeitsjahr soll Ersatz bieten für das: »Hinlegen! – Auf! – Hinlegen! – Auf!«, für das: »An die Mauer, marsch, marsch! – Zurück, marsch, marsch!«

Und nun noch etwas interessantes: Hitlers Kunstauffassung. Hitler äußerte sich einmal gegenüber Strasser wie folgt über Kunst: »Alles, was sie sagen, beweist nur, daß Sie keine Ahnung von Kunst haben. Es gibt überhaupt in der Kunst keine »Alten und Jungen«, so wenig, wie es eine Revolution der Kunst gibt, sondern es gibt überhaupt nur eine ewige Kunst, nämlich die griechisch-nordische Kunst, und alles was man sagt: holländische Kunst, italienische Kunst, deutsche Kunst ist Irreführung, genauso, wie es töricht ist, die Gotik als eigene Kunstart aufzufassen. Alles das ist eben nordisch-griechische Kunst und alles, was überhaupt auf den Namen Kunst Anspruch erhebt, kann nur immer nordisch-griechisch sein.«

Weiter sagte Hitler: »Was Sie hier sagen, ist ältester Liberalismus. Es gibt überhaupt keine chinesische oder ägyptische Kunst. Ich sagte Ihnen schon, daß es nur eine nordisch-griechische gibt, und Sie wissen doch wohl, daß es sich bei den Chinesen, Ägyptern usw. gar nicht um einheitliche Völker handelt, sondern daß dort auf einem niederrassigen Volkskörper ein nordischer Kopf saß, der allein jene Machtwerke schuf, die wir heute als chinesische oder ägyptische Kunst bewundern. Als dann diese nordische Oberschicht verschwand, z. B. die Mandschus, war es mit der dortigen Kunst zu Ende.«

Es existiert nach Hitlers Meinung nur eine Kunst, die griechisch-nordische. Eine ägyptische Kunst gibt es nicht, sagt er. Hitler scheint

nicht zu wissen, daß die griechische Kunst auf der babylonisch-assyrischen und ägyptischen Kunst fußt. Wie diese Ausführungen zeigen, bedeutet Nationalsozialismus nicht nur Sozial-, sondern auch Kulturreaktion.

Und nun der letzte Programmpunkt: »Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten. Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.«

Doch wie sieht es aus mit dem Einsetzen des Lebens für die Idee des Nationalsozialismus?

Am 30. April 1923 gelobte Hitler in München: »Der Weg der roten Mai-Demonstration geht nur über meine Leiche.« Die sozialdemokratischen Arbeiter Münchens marschierten am 1. Mai 1923 auf der Theresienwiese auf, diszipliniert und friedlich wie immer, ohne Waffen mit sich zu führen. Die Leiche Hitlers war auf ihrem Wege jedoch nirgends zu finden. Am Abend des 8. November 1923 erklärte Hitler im Münchner Bürgerbräukeller: »Was uns führt, ist nicht Eigendünkel und Eigennutzen, sondern den Kampf wollen wir aufnehmen in zwölfster Stunde für unser deutsches Vaterland [...] Der Morgen findet entweder in Deutschland eine nationale Regierung oder uns tot!«

Aber was geschah? Der Morgen fand keine nationale Regierung. Vor der Feldherrnhalle in München aber lagen 13 tote Hitlerleute. Adolf Hitler war nicht darunter. Er hielt sich drei Tage lang verborgen. Adolf Hitler aber lebt – auch heute noch!

## Die Frau und der Nationalsozialismus

Im ganzen Programm der NSDAP findet man keine Stellungnahme zur Frau. Zwei Zeilen, in denen der selbstverständliche Schutz für Mutter und Kind gefordert wird, sind alles.

Wenn auch im Programm der NSDAP die Stellung des National-

sozialismus zur Frau verschwiegen wird, so sind die Taten und Äußerungen der Nazi-Führer um so eindringlicher.

Obwohl 35 – 55 % der Nazi-Wähler Frauen waren, haben die Nazis keine Frau im Reichstag oder in den Länderparlamenten. Als der Führer der Bayrischen Volkspartei, der Abgeordnete Leicht bei der Anrede: »Meine Herren und Damen!« zu den Nazis gewandt feststellte: »Ach so, Sie haben ja keine Frauen«, erscholl es von der äußersten Rechten im Chor: »Nein, Gott sei dank nicht!«

Dieser Ausspruch zeigt, daß die Nazis Gegner der politischen Gleichberechtigung der Frauen sind. Sie sind aber nicht nur gegen die politische, sondern auch gegen die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen. Vor allen Dingen ist es für die Frauen nicht einerlei, ob Frauen im Parlament sind. Besonders dann, wenn Frauenfragen besprochen werden, ist es von großem Vorteil, wenn Frauen im Parlament sind. Viele Fortschritte, die die Frauen in der deutschen Republik erlangt haben – der Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen, die Wochen- und Stillgeldhilfe usw. – wären nicht in dem Maße erreicht worden, wenn es keine Frauen im Reichstag gäbe.

Die frauenfeindliche Einstellung der Nazis kann man auf Schritt und Tritt feststellen. So schrieb Herr Joseph Goebbels vor einiger Zeit im »Angriff«: »So ist neuerdings die Assessorin Spitzer Vorsitzende des Schöffengerichts Charlottenburg geworden. Wenn dann vielleicht noch, wie in der ersten Sitzung, das Gericht also mit zwei Frauen und einem Mann besetzt ist, so bedeutet das eine Herabwürdigung der Rechtspflege, wie sie ärger kaum gedacht werden kann. Was bleibt einem Angeklagten übrig, als zu schweigen und seine Hoffnung auf die Berufungsinstanz zu setzen, in der zur Zeit noch Männer sitzen.«

Aus diesen Zeilen spricht eine große Geringschätzung der Frauen. Aber die Geringschätzung der Frauen ist nicht vereinzelt, sie ist Programm. Die Nazis wollen aber nicht nur die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Frau beseitigen, sondern sie wollen der Frau auch das einfachste, das primitivste Lebensrecht über ihren eigenen Körper rauben. In den Abänderungsanträgen der Nazis zum »Gesetz zum Schutz der Republik«, die von Frick, Feder, Goebbels usw. unterzeichnet sind, wurde am 12. März 1930 u.a. für § 5 folgende Fassung verlangt: »Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen,

oder in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert, oder wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rasse zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft.«

Das bedeutet eine massive Verschlechterung des § 218, denn nicht nur die Abtreibung, sondern jede Aufklärungs- und Verhütungsmaßnahme soll verhindert und mit Zuchthaus bestraft werden. Wenn die vorstehenden Äußerungen auch schon alles sagen, so sagt es Herr Gottfried Feder noch besser, indem er fordert: »Die Frau muß wieder Magd und Dienerin werden!«

Aus allen Taten und Äußerungen der Nazis spricht Verhöhnung und Entwürdigung der Frau. So schreibt Manfred Killinger in seinem Buch »Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben«, in dem er u.a. die Mißhandlung einer gefangenen Arbeiterin schildert, folgendes: »Zwei Mann packten sie, sie will beißen, eine Maulschelle bringt sie zur Raison. Im Hofe wird sie über die Wagendeichsel gelegt und solange mit der Fahrpeitsche bearbeitet, bis kein weißer Fleck mehr auf ihrer Rückseite war. Die spuckt keinen Brigadier mehr an. Jetzt wird sie erst einmal 3 Wochen auf dem Bauche liegen, sagt Feldwebel Herrmann.«

Auch nachstehende Sätze des Herrn General von Epp vom 23. Juli 1919 zeugen von der gleichen Roheit: »Ich bin entschieden gegen jede Art von Schreckschüssen und stelle mich auf den Standpunkt, daß der Gebrauch der Waffe seitens der Truppe mit allem Nachdruck von vornherein zu geschehen hat. Ein kritischer Fall ist gegeben, wenn der Angreifer Frauen und Kinder oder Kriegsbeschädigte vor sich herreibt. Auch in diesem Falle ist das Feuer rücksichtslos zu eröffnen.«

Ich schilderte schon an anderer Stelle, daß die Nazis den Frauen den Gebärzwang auferlegen wollen, um später für neue Kriege genügend Kanonenfutter zur Verfügung zu haben. In einem Referat auf der Reichstagung der Deutschen Frauenorden in Naumburg am 20. Sept. 1930 erklärte die Ordensschwester Passow in dem Referat »Frauendienst – Frauendienstjahr« folgendes: »Wir wissen aber, daß im kommenden Dritten Reich die Militärdienstpflicht des Mannes noch höher gewertet und noch strenger durchgeführt werden wird.

Soll also neben die hochwertige Dienstpflicht des Mannes eine gleichwertige Dienstpflicht der Frau treten, – und das wollen wir doch –, dann muß auch die Dienstverpflichtung der Frau für den Staat eine gleich hohe Bedeutung haben und das vorbereitende Dienstjahr muß eine sinnentsprechende Ausgestaltung erfahren. Auch die Frau kann also nur dem Staat verpflichtet werden, wo er auf ihre Leistungen angewiesen ist, und auch sie muß mit dem Zweck ihres arteigenen Wesens dem großen Ganzen verpflichtet werden. Demnach kann das Wesen der weiblichen Dienstpflicht nur im Mutterdienst, im Dienst am Kinde, gesehen werden und der Inhalt des Frauendienstjahres nur in der Vorbereitung dafür bestehen.«

An diesen Ausführungen ist zu sehen, daß die Kinder im »Dritten Reich« Eigentum des Staates sein sollen. Über das Schicksal der Kinder soll nicht die Mutter, nicht die Familie oder gar das Volk entscheiden, sondern ein Diktator!

Die Nazis behaupten auch, daß sie die Familie schützen wollen. Wie sie das machen werden, zeigt ein Ausspruch Rosenbergs. Er erklärte, die Nazis würden die Einehe schützen, aber ohne die Vielweiberei wäre der germanische Völkerstamm nie groß geworden.

Die Aussprüche und Taten der Naziführer verraten wie es im »Dritten Reich« aussehen soll. Keinerlei Rechte soll die Frau haben – nur Pflichten! Sie hat nur die Aufgabe, Kinder zu gebären und schön zu sein: »Weibchen zu sein, dessen Hauptinteresse und -aufgabe darin besteht, den Mann anzulocken und zu fesseln.« Blinder Gehorsam und sklavische Rechtlosigkeit werden im paradiesischen »Dritten Reich« vorherrschen.

Eine denkende Frau, eine Frau, die sich für den Befreiungskampf der Menschheit einsetzt, ist den Nazis höchst unangenehm. So steht im »Hammer« des Herrn Frisch: »Denn der schrecklichste aller Schrecken ist ein marxistisches Weib.« Für die Nazi-Männer ist folgender Satz von großer Bedeutung: »Ein Marxist ein gefährliches Objekt, ein Jude. Ein marxistisches Weib aber – des Teufels Schwiegermutter.«

Die Nazis sind der Auffassung, daß die Frauen an der Arbeitslosigkeit Schuld haben. Ist es wirklich so? Keineswegs! Nicht die Frauen haben Schuld an der Arbeitslosigkeit, sondern das kapitalistische System! Wenn die Frau heute im Berufsleben steht, so tut sie dieses

nicht, um den Männern die Arbeit wegzunehmen. Nein, die Frauen werden ja geradezu zur Arbeit gezwungen, weil die Männer nicht genug verdienen. Daher ist es ganz erklärlich, daß die Frauen arbeiten, um die niedrigen Löhne ihrer Männer durch Mitverdienen zu verbessern und damit die Familie zu erhalten. Von dieser Frauenarbeit, die keineswegs immer angenehm ist, bleibt der Arbeitsmarkt nicht verschont. Selbstverständlich werden die Arbeitsmöglichkeiten der Männer dadurch beeinträchtigt. Aber sind daran etwa die Frauen Schuld? Nein! Die meisten verheirateten Frauen würden lieber im Haushalt tätig sein als im Beruf. Darum muß neben dem Mann auch die Frau für eine bessere Zukunft kämpfen! Nur Mann und Frau vereint, nicht gegeneinander, sondern miteinander kämpfend, können eine Änderung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens erzielen.

Auch die Auffassung der Nazis, daß die Frau nichts mit der Politik zu tun hat, sondern ins Haus gehört, zeugt von der politischen Kindlichkeit der Nazis. Denn gerade die Frauen sind es, die die Politik am meisten im Haushalt zu spüren bekommen. Aber leider haben viele – ja man kann sagen die meisten Frauen – den Zusammenhang der Politik mit dem Kochtopf noch nicht erkannt. Der größte Teil der Frauen ist politisch vollkommen desinteressiert. Wie kommt das? Aus dem einfachen Grund, weil die Frau jahrhundertlang keine Rechte besaß. Durch alte Tradition und Erziehung kam sie zu der Auffassung, daß sie mit der Politik nichts zu tun habe, das sei Angelegenheit der Männer. Gerade die Frauen – sowie große Teile der Jugend – fallen leicht auf schlagkräftige Parolen herein. Auch kennen sie – wie die meisten Wähler – nicht die Ziele der verschiedenen Parteien. Daher ist es in der heutigen Zeit eine große Aufgabe, für die politische Aufklärung der Frauen, der Jugendlichen und darüber hinaus auch für die politische Aufklärung der Männer zu sorgen.

Literaturangaben zum Thema: Faschismus (Nationalsozialismus)

Pietro Nenni: »Todeskampf der Freiheit«; v. Scheringer: »Wilhelm der II., Adolf Hitler.« Hitler: »Mein Kampf« (Auszüge). Ferner verwendete ich mehrere Broschüren, Notizen, die ich mir in Versammlungen machte, Flugblätter und Zeitungen aller Richtungen.



## II. Teil:

### Der Sozialismus

Ein jeder Mensch sieht, daß es heute viele Menschen gibt, die nicht satt zu essen haben, die sich nicht die notdürftigste Kleidung anschaffen können, die in schlechten, ungesunden Wohnungen hausen müssen. Das ist eine Tatsache, die keiner leugnen kann. Wir sehen weiter, daß ein Mangel an Nahrungsmitteln, an Rohstoffen für Kleidung, an Rohstoffen für Wohnungen nicht vorhanden ist. Im Gegenteil, es gibt von allem zu viel! Das klingt sehr merkwürdig, aber es ist so. Die Waren- und Kaufhäuser, sowie die Lager der Fabriken sind bis obenhin gefüllt. Auch sind viele Scheunen voll von Roggen und Weizen. Wir haben zuviel Roggen, sagen die Großgrundbesitzer in Ostelbien, wir wissen nicht wohin damit! Die Weizenhändler in Amerika sagen: Es gibt zuviel Weizen! Es gibt auch zuviel Kaffee. In Brasilien, so liest man in den Zeitungen, wird ein großer Teil des Kaffees verbrannt. In Amerika wird der Weizen ins Meer geschüttet. Ja, sogar Eierschlachten soll man veranstaltet haben, da man nicht wußte, wo man mit all den Eiern abbleiben sollte.

Dennoch gibt es Millionen und Abermillionen von Menschen, die nicht satt zu essen haben. Auf der einen Seite herrscht großer Überfluß, während auf der anderen Seite großer Mangel herrscht. Genau wie mit der Nahrung ist es mit anderen Dingen. Es gibt zuviel Kohlen! Viele Kohlengruben in England, Deutschland werden stillgelegt, die Bergarbeiter entlassen, da die Lager bis obenhin gefüllt sind. Wieviel Menschen aber wird es geben, die keine warme Stube haben, weil sie sich keine Kohlen kaufen können?

Man kann nehmen was man will, es gibt angeblich von allem zuviel! Es gibt zuviel Holz, es gibt zuviel Eisen, es gibt zuviele Baustoffe und es gibt zuviel Schuhe. Obwohl es von allen Dingen zuviel gibt,

gibt es Millionen von Menschen, die keine vernünftige Wohnung besitzen oder überhaupt keine Wohnung haben. Und wieviel Menschen mag es geben, die nur ein Paar Schuhe anzuziehen haben?

Von allem ist genug da, und doch gibt es viele Menschen, die darben. Wie kommt das? Da muß irgendetwas nicht in Ordnung sein, wird sich jeder vernünftige Mensch sagen. Und er wird bald feststellen, daß sehr vieles nicht in Ordnung ist. Kein geringerer als Karl Marx war es, der diese Anarchie des Kapitalismus entdeckte und der Menschheit ein Ziel gewiesen hat, wie diese Gesetzlosigkeit der Produktion beseitigt werden könnte. Er begründete, zusammen mit Friedrich Engels, den wissenschaftlichen Sozialismus.

Aber setzen wir unsere Betrachtung fort. Wir sehen, daß auf der einen Seite von allem zuviel vorhanden ist, während auf der anderen Seite viele Menschen in Not und Elend leben. Das kommt daher, daß das kapitalistische System die Produktion und die Konsumtion nicht in Übereinstimmung bringen kann. Marx sagt: »Die Produktionsverhältnisse sind den Besitzverhältnissen über den Kopf gewachsen.« Die Güter, die in steigendem Maß hergestellt werden, können nicht verkauft werden, weil die große Masse besitzlos ist, oder weil ihr Einkommen zu klein ist, diese Güter zu erwerben. Infolgedessen geraten die Besitzverhältnisse in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen. Dieser Widerspruch wird aber immer schlimmer, je weiter die Technik fortschreitet. Man sollte meinen, daß die Fortschritte in der Technik und der Organisation allen zugute kommen. Das aber ist nicht der Fall. Nur eine winzig kleine Zahl von Menschen nutzt den Vorteil aus. Die Wirkung der Fortschritte ist so, daß sich die Lage der Proletarier immer mehr verschlechtert, statt sich zu bessern. Immer mehr Menschen werden arbeitslos. Wie kann man die Verhältnisse ändern? Soll der technische Fortschritt unterbunden werden? Sollen die Maschinen zerstört werden? Tatsächlich vertreten einige Menschen die Auffassung, daß sich die Lage bessern würde, wenn die Maschinen abgeschafft würden. Aber wo sollte man da anfangen? Die Sozialisten sind der Meinung, daß der technische Fortschritt nicht unterbunden, sondern gefördert werden muß – nur soll der Fortschritt allen zugute kommen und nicht einer kleinen Minderheit. Würde man die Maschinen abschaffen, so wäre das vollkommen unsinnig. Man würde das Rad der Zeit rückwärts drehen. Die großen Betriebe müßten dann wieder in Handwerk-

stätten verwandelt werden. Was wäre damit erreicht? Nichts! Die Lage würde sich noch ungeheuer verschlechtern. Es würde nun nämlich nicht genug produziert werden können. Eine Folge davon wären Not und Elend. Ein Weg, der rückwärtsgerichtet ist, wäre unsinnig! Wer möchte z. B. die Eisenbahn, das Kino oder das Radio entbehren? Ich glaube, sehr wenige wünschen das. Nur ein Weg ist möglich. Wir müssen vorwärts gehen. Viele Menschen stellen sich die Frage, ob es immer so bleiben wird, wie es augenblicklich ist. Wird es immer Ausbeuter und Ausgebeutete, Reiche und Arme geben? Diese Frage gilt es zu beantworten.

Die einen sagen, ja es wird immer so bleiben, denn Unterdrücker und Unterdrückte hat es schon immer gegeben, folglich wird es sie auch immer geben. Die anderen aber sagen, daß es nicht so bleiben wird, daß es anders, und zwar besser werden muß. Sie – die Sozialisten – erkennen zwar auch an, daß es immer, d.h. seit der schriftlich niedergelegten Geschichte, Arme und Reiche gegeben hat, denn »die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen« lehrte der große Arbeiterführer Karl Marx.

Schon vor fünf- bis sechstausend Jahren gab es im alten Ägypten Ausbeuter und Ausgebeutete. Die Pyramiden sind ein markantes Zeichen dafür. Abertausende von Sklaven mußten unter Hungerqualen und Peitschenschlägen solange arbeiten, bis sie blutüberströmt zusammenbrachen. Ähnlich war es später im großen Römerreich. Auch hier die Folterung der Sklaven auf Galeeren. Alle diese Dinge zeugen nicht von Kultur, sondern von Kulturschande! Und so ging es fort. Im Mittelalter war die Ausbeutung der Leibeigenen und Hörigen so groß, daß sie sich gegen die Fronvögte auflehnten und einen verzweifelten Kampf gegen die Unterdrücker führten. Es folgten die Revolutionen von 1789 und 1848, die Aufstände der Weber, die Maschinenstürme. All das sind Erscheinungen, die darauf zurückzuführen sind, daß es schon immer Kämpfe zwischen den Ausbeutenden und Unterdrückten gegeben hat. Obwohl es immer Klassenkämpfe gegeben hat, glauben die Sozialisten, daß es notwendig anders werden muß. Sie glauben nicht, daß der, der Knecht ist, auch Knecht bleiben wird.

Nichts war immer gleich in der menschlichen Gesellschaft und nichts wird immer so bleiben, das lehren uns die Kämpfe der vorigen Jahrhunderte. »Alles fließt«, alles ist in ständiger Bewegung, ein fortlaufender Entwicklungsprozeß.

Einst gab es viele Länder, die Sklavenhandel trieben. Viele Sklaven und Sklavenhalter sowie Sklavenhändler meinten, daß es die Sklaverei immer gegeben hat und immer geben wird. Und was sahen wir nach mehreren Jahrhunderten? Die Sklavenfesseln wurden zerbrochen. An die Stelle der Sklaven trat der freie Mann. In ähnlicher Weise vollzog sich die Entwicklung im Mittelalter. Die bisherige feudale oder zünftige Produktionsweise reichte nicht mehr aus, alle Menschen zu unterhalten. Die Produktionsweise änderte sich unaufhörlich, so daß die Kooperation und Manufaktur an die Stelle der feudalen Betriebsweise trat. Das Kennzeichen der mittelalterlichen Produktionsweise ist die Einzelproduktion. Die Produktionsmittel waren auf den Einzelgebrauch zugeschnitten, jeder produzierte für sich soviel er brauchte; nötigenfalls mußte er Abgaben an den Feudalherrn machen. Nur wenn ein Überschuß der Produktion über diesen Verbrauch hinaus stattfand, wurde der Überschuß zum Verkauf angeboten. Erst jetzt war die Warenproduktion im Entstehen und trug den Keim der Anarchie kapitalistischer Wirtschaft. Die ökonomische Entwicklung ging im Eiltempo weiter. Der mittelalterliche Kleinbetrieb wurde mehr und mehr vom kapitalistischen Großbetrieb zurückgedrängt. Die Zunftmeister wurden verdrängt durch den sich rasch entwickelnden »industriellen Mittelstand«. An die Stelle der Feudalherren trat die Bourgeoisie, an die Stelle der Leibeigenen und Hörigen der freie Bauer. Riesenhaft stieg der Bedarf, auch die Manufaktur reichte nicht mehr aus, ihn zu decken. »Da revolutionierte der Dampf und die Maschinerie die industrielle Produktion. An die Stelle der Manufaktur trat die moderne große Industrie, an die Stelle des industriellen Mittelstandes traten die industriellen Millionäre, die Chefs ganzer industrieller Armeen, die modernen Bourgeois.« (Karl Marx im »Kommunistischen Manifest«)

Durch die Entdeckungen und Erfindungen wurde die Entwicklung der Bourgeoisie ungeheuer gefördert. Die moderne Bourgeoisie ist keine plötzliche Erscheinung, das zeigen die bisherigen Ausführungen, sondern sie ist das Produkt einer langen Entwicklung, die ihre Anfänge in der feudalen Gesellschaft hatte. Als die Eigentumsverhältnisse den schon weit entwickelten Produktivkräften nicht mehr entsprachen, wurde die feudale Gesellschaftsform beseitigt und nach und nach – da die entstehende Bourgeoisie immer mehr Einfluß in der Politik gek-

wann – die kapitalistische Gesellschaftsform errichtet. Die Bourgeoisie spielte eine große revolutionäre Rolle in der menschlichen Geschichte. Sie hat die feudalen Fesseln gesprengt und an ihre Stelle die freie Konkurrenz gesetzt. »Sie hat an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.« (Karl Marx)

Während die früheren Gesellschaftsformen ihre Existenzbedingung in erster Linie durch die Aufrechterhaltung der alten Produktionsweise erhielten, war und ist das Gegenteil im Kapitalismus der Fall. Dauernd werden die Produktionsverhältnisse und damit auch das gesellschaftliche Leben umgewandelt. Je mehr sich die Industrie entwickelt, desto stärker wächst die industrielle Bevölkerung im Verhältnis zur Landbevölkerung. Die Bourgeoisie hat das Bedürfnis nach einem sich ausdehnenden Absatz ihrer Produkte. Deshalb jagt sie über den ganzen Erdball. Überall nistet sie sich ein und stellt Verbindungen her. Die Bourgeoisie reißt alle, auch die barbarischen Nationen in die Zivilisation. »Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert.«

Aber auch der Kapitalismus, unter dem heute Millionen von Menschen leiden, schaffte keine Besserung der Lebensverhältnisse. Im Gegenteil. Der Kapitalismus spitzte die Lage nur noch mehr zu. Der Klassenkampf wurde nicht beseitigt, sondern noch verschärft. Die Bevölkerung spaltete sich immer mehr in zwei sich diametral entgegengesetzte Lager, in Bourgeoisie und Proletariat. Die Zahl der Besitzlosen wird immer größer. Nur eine kleine Schicht von Menschen hat den Besitz an Produktionsmitteln in den Händen (Kartelle, Trusts). Aber so wie der Kapitalismus eine frühere Wirtschaftsform ablöste, so wird auch er abgelöst werden. Das ist die Meinung der Sozialisten. Denn die Bourgeoisie hat ihren Todfeind, das Proletariat, selbst erzeugt. Der Kapitalismus kann aber nur durch den Klassenkampf beseitigt werden! Klassenkampf, fragt sich der Spießbürger, das ist doch nur eine dumme Phrase der Marxisten. Die Marxisten, so meint er, haben die »volkszerstörende« Lehre vom Klassenkampf entfacht, um den Arbeiter aufzuhetzen. Ist es wirklich so? Nein! Denn Klassenkämpfe hat es, das zeigen meine bisherigen Ausführungen, immer gegeben.

Ich sagte schon, daß sich in der kapitalistischen Gesellschaft die Interessengegensätze der Menschen extrem zuspitzen. Der Gegensatz zwischen Kapitalisten, d.h. der Klasse, die über die wichtigsten Produktionsmittel verfügt und sich die Arbeit der anderen dienstbar macht, und Proletariat, also der Klasse, die keine Produktionsmittel hat, nicht selbständig arbeiten kann und deshalb ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen muß. Diese Sachlage wurde nicht von den Sozialisten erfunden, sondern ist bittere Wirklichkeit.

Wie kann man nun die Lage ändern? Daß wir vorwärts gehen müssen, erwähnte ich schon an anderer Stelle. Man kann die großen Betriebe nicht in Handwerkerstätten verwandeln, aber man kann die großen Betriebe, die Bergwerke und Hütten, die Reedereien und Werften, die Banken und Fabriken für das Volk nutzbar machen. Wie aber will man das machen, fragen sich viele Menschen. Die Sozialisten wollen die großen Betriebe, die Bergwerke, Fabriken, Banken usw. sozialisieren, also vergesellschaften. Alle Menschen sollen Anteil an den Produktionsmitteln haben. Das kann man aber nur durch Klassenkampf erreichen – sagen die Sozialisten. Denn die Besitzer der Produktionsmittel verzichten nicht freiwillig auf ihren Besitz, sondern sie verteidigen ihn, solange sie dazu imstande sind.

Die Sozialisten kämpfen nun zunächst dafür, daß sie größeren Anteil an den Früchten ihrer Arbeit erlangen. Die Demokratie, so die Meinung der SPD-Anhänger, ist der günstigste Boden für die Verwirklichung der Ziele der Arbeiter, darum schützen sie die Republik und treten für ihren Ausbau ein. Sie fordern im Aktionsprogramm zur Verfassung folgendes:

»Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisatorisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.«

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz. Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen,

Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik. Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung: Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert: Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen. Den örtlichen und provinziellen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) ein einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereichs im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen. Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Oberverwaltungsgerichts in allen Landessachen.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft

erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bürokratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz: Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz ein.

Insbesondere fordert sie: Im bürgerlichen Recht: Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft, Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht: größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß: Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Pressevergehen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren: Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Übergriffe, Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur aufgrund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerde.

Im Strafvollzug: reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Sozialpolitik: Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern den Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in den Betrieben



mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nacharbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinspektion auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistungen bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht. Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, reichsrechtliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt. Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Sozialpolitik: Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden. Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheit; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter. Einheitliche Lehrerausbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere: Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterzieher, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung. Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik: Im Kampf gegen das kapitalistische System fordert die SPD: Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens. Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustausches und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen. Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bürokratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

Internationale Politik: Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus. Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen. Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung. Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung. Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen. Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik. «Dieses Programm zeigt in großen Umrissen die Forderungen der Sozialisten, die der sozialdemokratischen Partei angehören. Das Endziel ist der Sozialismus.

Die sozialistische Bewegung ist die größte unserer Zeit. Sie ist ausgegangen von der Arbeiterschaft und hat auch heute noch die größte Stütze unter den Arbeitern.

Durch den Sozialismus wird unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vollkommen umgestaltet. Es soll nicht wieder eine Klasse zur Herrschaft kommen, sondern der Sozialismus wird die wirtschaftliche Gleichstellung aller verwirklichen und so endlich die Klassenkämpfe beseitigen. Erst jetzt wird der Mensch zum wirklichen Menschen, die Menschheit wird zur Gemeinschaft im besten Sinne des Wortes. »Einer für alle, alle für einen«, das ist die Parole des Sozialismus. Die Lohnsklaverei, das Arbeitslosenelend und das sinnlose, abscheuliche Völkermorden würde beseitigt. Es wird keinen Menschen mehr geben, der nicht weiß, wovon er morgen leben soll, der nicht weiß, wo er morgen wohnen soll.

Jeder soll gut leben, wohnen, soll sich gut kleiden. Alle Menschen sollen gesund und glücklich leben können. Jeder Junge und jedes

Mädchen soll den Beruf erlernen können, für den er oder sie am meisten Interesse und Begabung hat, auch wenn er aus dem ärmlichsten Hause kommt. Die Arbeitszeit der Jugendlichen wie auch der Arbeiter wird erheblich herabgesetzt werden. Die Altersgrenze wird herabgesetzt, während die Grenze der Jugendlichen heraufgesetzt wird. Jeder wird bezahlte Ferien bekommen.

Der arbeitende Mensch, heute der Arme und Unterdrückte und vielfach auch der Mißachtete, soll Träger des Staates, der Wirtschaft und der Kultur werden.

Literaturangaben zum Thema »Der Sozialismus«:

August Bebel: Die Frau und der Sozialismus; Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus; Marx/Engels: Das Kommunistische Manifest; Moeglich: Die Weltanschauung des Sozialismus; Karl Kautsky: Karl Marx' ökonomische Lehren; Franz Mehring: Karl Marx, sein Leben und sein Werk; Karl Heinrich Otto Rühle: Lassalle: Arbeiterprogramm. Offenes Antwortschreiben; Otto Friedländer: Der deutsche Staat; Herbert George Wells: Die Geschichte unserer Welt; Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital; ders.: Lohn, Preis, Profit; Otto Felix Kanitz: Handbuch für sozialistische Tätigkeit.

*Der Stil des zweiten Teils zeichnet sich schon durch größere Knappheit vor dem des ersten aus. Im übrigen eine umfassend angelegte, sehr fleißige und von selbständiger Bemühung zeugende Arbeit.*

*Sehr gut.*

*Februar 1932*

*Herzog.*

## Erläuterungen

- Seite 19:* Bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 gelang der NSDAP vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der erste große Wahlerfolg. Sie steigerte ihr Wahlergebnis von 2,6 % im Jahre 1928 auf 18,3 %. Die Zahl ihrer Mandate erhöhte sich von 12 auf 107. Die NSDAP wurde damit zur zweitstärksten Partei hinter den Sozialdemokraten.
- Seite 19:* Zu einzelnen im Text erwähnten Eigennamen siehe das Personenverzeichnis.
- Seite 20:* Die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) entstand 1922 aus der Vereinigung der Sozialistischen Arbeiterjugend und dem Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands. Die SAJ war der Jugendverband der Sozialdemokratie, setzte sich politisch vor allem für Verbesserungen der Lebensbedingungen junger Arbeiterinnen und Arbeiter ein und organisierte ein breites Freizeit- und Bildungsangebot.
- Seite 20:* Gemeint sind die Notverordnungen, mit denen das Kabinett Brüning regierte. Zwischen März 1930 und Mai 1932 hatte Reichspräsident Hindenburg eine Regierung unter Heinrich Brüning (Zentrum) ernannt, die im Reichstag über keine Mehrheit verfügte. Um am Parlament vorbei regieren zu können, war die Regierung darauf angewiesen, ihre Beschlüsse mit Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung durchzusetzen. Der Artikel 48 ermächtigte den Reichspräsidenten quasi mit Diktaturgewalt vorzugehen, wenn er die öffentliche Sicherheit und Ordnung als gefährdet ansah.
- Seite 21:* Aus Protest gegen das Uniformverbot in Preußen zog die gesamte NSDAP-Reichstagsfraktion am 13.10.1930 im Braunhemd in den Reichstag ein. Eine Vielzahl demagogischer Anträge und Reden sowie Versuche, im Reichstagsgebäude Schlägereien zu provozieren, gingen von der NSDAP aus. Bei drohenden Abstimmungsniederlagen oder bei für die NSDAP politisch unergiebigem Tagesordnungspunkten zogen die Nationalsozialisten demonstrativ aus dem Reichstag aus. Gleichzeitig randalierte die SA in der Berliner Innenstadt und beschädigte vor allem in der Leipziger Straße jüdische Geschäfte.
- Seite 21:* Im Land Braunschweig wurde die NSDAP 1930 an einer Regierung beteiligt. Mit Anton Franzen stellte die NSDAP in einer Koalition mit der Bürgerlichen Einheitsliste den Innenminister. Franzen verfügte gegen die oppositionellen Sozialdemokraten in Braunschweig Verbote von Umzügen und Versammlungen sowie die Beschlagnahme von Publikationen. Am 17. und 18.10.1931 hielt die SA in Braunschweig ein Reichstreffen ab, in dessen Verlauf bei Straßenschlachten zwei Menschen von Nationalsozialisten getötet und 61 Menschen verletzt wurden.
- Seite 21:* In Eutin kam es 1930 und 1931 zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. 1930 eskalierte eine Veranstaltung des republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, auf der der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Julius Leber über »Hitlers großen Betrug« sprach, zu einer Saalschlacht mit Provokateuren der SA. Da während der Schlägerei einige SA-Leute erheblich verletzt wurden, kam es in der Folge zu Racheüberfällen der SA auf Angehörige des Reichsbanners und der Sozialdemokraten. Dabei nahm der Terror derartige Formen an, daß die führenden Funktionäre des Reichsbanners die Stadt verlassen mußten und nach Hamburg zogen.
- Seite 21:* Während einer Tagung schlossen sich am 11.10.1931 mehrere antidemokratische, nationalistische Verbände – u.a. NSDAP, DNVP und Stahlhelm – zur sogenannten Harzburger Front zusammen.
- Seite 22:* Die Boxheimer Dokumente waren ein vom Nationalsozialisten Werner Best in martialischen Worten verfaßter Entwurf von Verordnungen und Vorschriften,

die einen möglichen Umsturz durch die NSDAP flankieren sollten. Die bürokratisch-militärische Sprache sollte dabei den Eindruck staatlich legitimer Gewalt durch die Nationalsozialisten erwecken. Ein von Best aus der NSDAP gedrängter Nationalsozialist spielte, um sich an ihm zu rächen, die Dokumente im November 1931 der Polizei zu.

- Seite 22:* Am Tag des sogenannten Hitler-Putsches fand man in der Tasche des erschossenen Nationalsozialisten Theodor von der Pfordten einen von Hitler gebilligten Verfassungsentwurf. Darin war bereits die Idee zu einem System von Konzentrationslagern angelegt. Die Hinrichtung politischer Gegner wurde hier bereits ebenso deutlich angekündigt wie später in den Boxheimer Dokumenten.
- Seite 23:* In Thüringen trat die NSDAP im Januar 1930 zum ersten Mal in eine Landesregierung ein. Wilhelm Frick wurde für die NSDAP im Kabinett Minister für Inneres und für Volksbildung.
- Seite 23:* Am 10.2.1931 verließ die NSDAP-Fraktion neben anderen nationalistischen Reichstagsabgeordneten aus Protest gegen den Young-Plan und die teilweise Aufhebung der Abgeordnetenimmunität (gegen NSDAP-Abgeordnete lagen rund vierhundert Strafanträge vor) den Reichstag. Erst im Oktober 1931 nahm sie wieder an Parlamentssitzungen teil.
- Seite 23:* 1931 äußerte sich Hitler gegenüber der ausländischen Presse mehrfach betont moderat. Er distanzierte sich von den Boxheimer Dokumenten, betonte die Legalität der NSDAP und ihre große Bedeutung im Kampf gegen den Bolschewismus.
- Seite 23:* Hitler wandte sich am 13.12.1931 (zuerst veröffentlicht am 16.12.1931) in einem offenen Brief an Brüning, in welchem er den Kanzler kritisierte und den republikanischen Staat insgesamt angriff. Für die NSDAP forderte er eine Regierungsbeteiligung auf Reichsebene.
- Seite 23:* Im Reichswehrprozeß waren im September und Oktober 1930 die drei Ulmer Offiziere Scheringer, Ludin und Wendt wegen Hochverrats angeklagt. Ihnen wurde vorgeworfen, in der Reichswehr für die NSDAP geworben und auf einen Umsturz hingearbeitet zu haben. Für Hitler, der als Zeuge geladen war, bot sich die Möglichkeit, sich vor dem gemäßigten Bürgertum zu profilieren, indem er den Prozeß als öffentlichkeitswirksames Forum nutzte, um die Legalität der NSDAP zu beenden.
- Seite 23:* Der rechtsradikale Stahlhelm wurde Ende 1918 als Bund von Frontsoldaten gegründet. Er stand zunächst der DNVP nahe, arbeitete aber seit 1930 auch mit den Nationalsozialisten zusammen. 1931 hielt der Verband seinen Reichsfrontsoldatentag in Breslau ab. Dabei wurde die Existenzberechtigung des polnischen Staates bestritten und einem Krieg das Wort geredet, was in Polen und Frankreich zu außenpolitischen Verstimmungen gegenüber Deutschland führte. Am Rande der Tagung kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Kommunisten.
- Seite 23:* Es könnte hier eine nationalsozialistische Krawalldemonstration in der Kölner Universität vom 25.2.1931 gemeint sein.
- Seite 26:* Die österreichischen Heimwehren waren rechtsgerichtete Freiwilligenverbände, die sich nach dem Ersten Weltkrieg 1918/1919 zusammenschlossen. In Verlauf der zwanziger Jahre traten immer deutlicher auch nationalsozialistische Gesinnungen in den Heimwehren auf.
- Seite 26:* Mit Deutsch-Österreich bezeichnete man seit den Zeiten der Habsburger Monarchie die geschlossen deutschen Siedlungsgebiete im österreich-ungarischen Vielvölkerstaat. In den deutschen Siedlungsgebieten war der Wunsch, an Deutschland angeschlossen zu werden, stark verbreitet.
- Seite 26:* Il Tevere war eine 1924 von Telesio Interlandi gegründete faschistische Zeitung in Rom.

- Seite 28: Der Völkische Beobachter, hervorgegangen aus dem 1887 gegründeten Münchner Beobachter, war von 1920 bis 1945 das Zentralorgan der NSDAP.
- Seite 28: Das Etablissement Sagebiel war in Hamburg ein bekannter Veranstaltungsort an der Drehbahn.
- Seite 28: Das 25 Punkte-Programm der NSDAP wurde am 25.2.1920 verkündet und bestand bis zur Zerschlagung der NSDAP fort. Am 5.1.1919 wurde die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), die Vorläuferin der NSDAP, gegründet. Die DAP verfügte jedoch noch nicht über ein Parteiprogramm, sondern lediglich über Richtlinien, die ihr Gründer Anton Drexler erlassen hatte.
- Seite 28: Vgl. die Angaben zu Georg Fuchs, Hugo Machhaus und Werner Abel im Personenverzeichnis.
- Seite 30: Zwischen 1919 und 1923 kam es in Deutschland – vornehmlich durch rechtsradikale Organisationen – zu zahlreichen Attentaten und Mordanschlägen. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise nahm der Terrorismus nach 1929 erneut zu.
- Seite 31: Mit den Stahlhelmpastoren dürften hier vornehmlich die Mitglieder der 1930 mit Unterstützung von Stahlhelm und DNVP gegründeten, konservativ-evangelischen Christlich-Deutschen-Bewegung gemeint sein. Die dort organisierten Geistlichen polemisierten unter dem Motto »Rechts heran!« gegen die Friedensverträge und den Pazifismus, forderten eine erneuerte Volksgemeinschaft und eine Harzburger Front in der Kirchenpolitik.
- Seite 43: 1918/ 1919 bildeten sich neben den aus der Reichswehr hervorgegangenen Freikorps in Bayern auch ortsgebundene, ländlich-bäuerliche Selbstschutzverbände als bewaffnete Abwehrorganisationen gegen linksrevolutionäre Bestrebungen. Besonders stark waren die Einwohnerwehren in Oberbayern, wo der Chiemgau-Verband große Teile der Freischaren als eine Art Dachverband zusammenfaßte.
- Seite 43: Zur Unterdrückung der Münchner Räterepublik wurde unter anderem das Garde-Kavallerie-Schützenkorps, ein aus der Garde-Kavallerie-Schützendivision hervorgegangenes Freikorps, eingesetzt. Während und nach der Niederschlagung der Räte kam es zu zahlreichen Greuelthaten, an denen sich auch Mitglieder des Garde-Kavallerie-Schützenkorps beteiligten.
- Seite 43: Die Schwarze Reichswehr bestand aus Zeitfreiwilligenverbänden, die von der Reichswehr eingerichtet und ausgerüstet wurden. Die Existenz einer solchen Reserve-Armee verstieß gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages. In der Schwarzen Reichswehr sammelten sich vor allem Gegner der Republik, die mit rechtsgerichteten Putschversuchen sympathisierten. 1923 wurde sie aufgelöst.
- Seite 43: Der Kapp-Putsch war ein rechter, antidemokratischer Umsturzversuch gegen die Reichsregierung vom 13. bis 17.3.1920. Gestützt vor allem auf Freikorps-soldaten der Brigade Ehrhardt, ernannte sich der Beamte Wolfgang Kapp zum Reichskanzler. Der Putsch brach infolge eines Generalstreiks und der Verweigerung der ausführenden Regierungsorgane zusammen.
- Seite 43: Der sogenannte Hitler-Putsch war der Versuch Hitlers und Ludendorffs, am 8./9.11.1923 in Bayern die Macht zu übernehmen und mit einem Marsch nach Berlin die Reichsregierung zu stürzen. Der Zug der NSDAP wurde vor der Münchner Feldherrnhalle gewaltsam aufgelöst, die Beteiligten vor Gericht gestellt.
- Seite 44: Der Alldeutsche Verband war eine 1891 maßgeblich von Alfred Hugenberg und Carl Peters gegründete, rechtsradikale Organisation, die nach 1918 in scharfer Gegnerschaft zur Weimarer Republik stand. Da sie mit den Nationalsozialisten in vielen Positionen übereinstimmte, wurde sie erst 1939 aufgelöst.
- Seite 44: Der deutschnationale Ostmarkenverein wurde 1894 gegründet. Sein Ziel war

- die Förderung des Deutschtums im Osten (insbesondere in Posen und Westpreußen). Der Verein forderte nach dem Ersten Weltkrieg energisch eine Revidierung des Versailler Vertrags bezüglich der Ostgrenzen.
- Seite 44: Die Organisation Escherich (Orgesch), 1920 von Georg Escherich begründet, war ein aus den bayerischen Einwohnerwehren hervorgegangener nationalistischer Wehrverband, der 1921 verboten wurde.
- Seite 44: Die Freiwilligenorganisation Technische Nothilfe wurde 1919 gegründet. Weit verbreitet war im Verband eine völkische Grundhaltung: Nur »arische« Deutsche konnten beitreten. Mitglieder der Technischen Nothilfe wurden in Katastrophenfällen, teilweise aber auch als Streikbrecher – so zum Beispiel, wenn gleich mit geringem Erfolg während des Kapp-Putsches – eingesetzt.
- Seite 44: Der rechtsradikale Wehrverband Wehrwolf wurde 1923 gegründet. Er war eine Abspaltung des Stahlhelms. 1933 wurde er in die NSDAP eingegliedert.
- Seite 44: Der rechtsradikale Geheimbund Wiking war 1921 aus der terroristischen Organisation Consul hervorgegangen. 1928 wurde er aufgelöst.
- Seite 44: Gemeint sein könnte hier der Königsberger Preußenverein von 1851. Der Verein repräsentierte die ostpreußischen Konservativen und stand während der Weimarer Republik der DNVP und dem Stahlhelm nahe. Es könnte sich aber auch um den 1913 gegründeten Preußenbund handeln. Der Preußenbund war agrarisch, monarchistisch und antisemitisch ausgerichtet. Der Bund forderte eine preußische Vorherrschaft in Deutschland und bekämpfte die Weimarer Republik.
- Seite 44: Der am 22.7.1920 durch den Zusammenschluß von 19 Bünden gegründete Deutsche Hochschulbund war ein wichtiger Studentenverband des völkischen Lagers.
- Seite 44: Der Nationalverband deutscher Offiziere von 1918 war ein Zusammenschluß ehemaliger Weltkriegsoffiziere, der sich politisch an den völkisch-nationalistischen Rechtsparteien orientierte.
- Seite 45: Die Bayrische Volkspartei wurde 1918 als eine Partei des politischen Katholizismus mit stark föderalistischer Ausrichtung gegründet. Die BVP vertrat antisozialistische und monarchistische Positionen.
- Seite 46: Der Kampfbund für deutsche Kultur ging 1929 aus der von Alfred Rosenberg gegründeten Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur von 1927 hervor. Der Kampf gegen die moderne Kunst und jüdische Einflüsse auf das Kulturleben waren die Ziele der Organisation.
- Seite 46: Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund von 1926 war die Studentengliederung der NSDAP.
- Seite 46: Der 1923 gegründete Deutsche Frauenorden (Rotes Hakenkreuz) war ab 1928 die Mädchen- und Frauenorganisation der NSDAP. 1931 wurde der DFO mit anderen Verbänden zur NS-Frauenschaft zusammengefaßt.
- Seite 46: Die 1926 konstituierte Hitler-Jugend war die Jugendorganisation der NSDAP und bis 1932 organisatorisch der SA unterstellt. Die HJ war uniformiert und griff auf Traditionen der Jugendbewegung zurück. Ab 1936 war die HJ staatlicher Jugendverband.
- Seite 46: 1929 wurden sämtliche nationalsozialistischen Schülergruppen organisatorisch zum NS-Schülerbund zusammengefaßt.
- Seite 46: Die Adler und Falken gründeten sich 1920 als deutsch-völkischer Jugendverband in Abspaltung von den Wandervögeln. Seit Beginn der dreißiger Jahre versuchte die Hitler-Jugend, Einfluß auf den Verband zu erlangen.
- Seite 46: Die Freischar Schill war ein 1927 aus der Wandervogel-Bewegung hervorgegangener völkisch-nationalistischer Jugendverband, dessen Mitglieder eine vormilitärische Ausbildung erhielten. Seit 1928 versuchte die NSDAP, die Freischar Schill in ihre Reihen zu integrieren.
- Seite 46: Der von Joseph Goebbels als NSDAP-Gauzeitung für Berlin herausgegebene Angriff erschien erstmals am 4.7.1927.



- Seite 46:* Der Nationale Sozialist und die Berliner Arbeiterzeitung, beide 1926 gegründet, erschienen im Kampfverlag der Brüder Otto und Gregor Strasser. Im Juli 1930 wurde der Verlag geschlossen.
- Seite 46:* Das Hamburger Tageblatt war seit Anfang 1931 die nationalsozialistische Tageszeitung für Hamburg.
- Seite 46:* Unklar. Gemeint sein könnten die Nationalsozialistischen Briefe, die 1925-1930 als Organ der sogenannten Parteilinken in der NSDAP von Gregor Strasser herausgegeben wurden.
- Seite 46:* Gemeint ist vermutlich die Monatszeitschrift Hitler-Jugend, das amtliche Organ der Reichsjugendführung der NSDAP.
- Seite 46;* Die Junge Front war die Führerzeitschrift der HJ.
- Seite 46:* Unklar. Gemeint sein könnte die seit 1930 erscheinende nationalsozialistische Wochenzeitung Der Kampf aus Bayern.
- Seite 47:* Konsumvereine waren genossenschaftlich organisierte Verbände, mit dem Zweck, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in Produktion und Verkauf zu verbessern. Die Mitglieder waren Eigentümer und Kunden zugleich; Überschüsse wurden an sie ausgezahlt. Besonders in der Arbeiterbewegung gewannen die Konsumvereine herausragende Bedeutung. 1903 wurde der Zentralverband deutscher Konsumvereine als Dachverband der Konsumvereine gegründet. Er stand der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahe. Der auf Mehrwert ausgerichtete privatwirtschaftliche Handel sah seine Interessen durch die Konsumvereine bedroht und bekämpfte sie.
- Seite 48:* Der Versailler Vertrag beendete 1919/1920 den Ersten Weltkrieg. Die Siegermächte der Entente belegten darin Deutschland mit harten Auflagen. Gebietsabtretungen auch mehrheitlich deutsch besiedelter Regionen (über zehn Prozent des deutschen Staatsgebietes), Bildung einer neutralen Zone auf dem rechten Rheinufer, Entwaffnung Deutschlands bis auf 100.000 Mann und Reparationen in noch unbestimmter Höhe wurden festgelegt. Das Saarland und das linke Rheinufer wurden von alliierten Truppen für zunächst 15 Jahre besetzt. Deutschland wurde zudem die alleinige Kriegsschuld zugesprochen. Der Vertrag bot während der Weimarer Republik der antidemokratischen Rechten immer wieder die willkommene Gelegenheit, unter Leugnung der militärisch ausgewogenen Lage, die nach Kriegsende demokratische Politiker zur Unterzeichnung des Vertrages bewogen hatte, demagogisch gegen »Erfüllungspolitik« und die Siegermächte zu agitieren.
- Seite 48:* 1929 definierte der Young-Plan die deutschen Reparationszahlungen neu (116 Milliarden Goldmark in 59 Jahresraten). Zugleich wurde die Räumung des Rheinlands von alliierten Truppen vereinbart. Ähnlich wie gegen den Versailler Vertrag polemisierte die Rechte auch gegen die Auflagen des Young-Plans.
- Seite 48:* Die Dolchstoßlegende wurde von nationalistischen Kreisen nach dem Ersten Weltkrieg vertreten. Sie besagte, daß das deutsche Heer – im Felde unbesiegt – 1918 durch deutsche Revolutionäre gleichsam von hinten erdolcht worden sei. Obwohl der Krieg nachweislich militärisch verloren wurde, erfreute sich die Dolchstoßlegende in nationalistischen Kreisen großer Beliebtheit, wenn es um die Diffamierung der politischen Gegner im demokratischen Lager ging. Urheber der Legende war Paul von Hindenburg, der sie vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Klärung des militärischen Zusammenbruchs am 18.11.1919 zuerst vertrat.
- Seite 51:* Die Zinsknechtschaft ist ein von Gottfried Feder eingeführter populistischer Terminus, der die antikapitalistische Haltung der NSDAP verdeutlichen sollte und meist als Synonym eines angeblich raffenden jüdischen Wuchers benutzt wurde.
- Seite 51:* Im Dezember 1930 inszenierte die NSDAP anläßlich der Uraufführung des pazifistischen Filmes Im Westen nichts Neues nach dem Roman von Erich Maria

- Remarque einen »spontanen Volkszorn«. Die maßgeblich von Joseph Goebbels gesteuerten Aktionen – Krawalle bei Vorführungen, Protestkundgebungen – sollten eine Absetzung des Films erzwingen. Tatsächlich verbot die Oberste Filmprüfstelle nach kurzer Zeit, den Film weiter zu zeigen.
- Seite 53:* Unter dem Vorwand, Deutschland sei seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachgekommen, marschierten 1923 französische Truppen ins Ruhrgebiet ein, was in Deutschland bei allen Parteien Empörung auslöste und zur Organisation eines passiven Widerstandes führte. 1925 räumte Frankreich das Ruhrgebiet wieder.
- Seite 54:* Im Friedensvertrag von Saint-Germain zwang die Entente Österreich, Südtirol an Italien abzutreten.
- Seite 57:* Der programmatische Aufruf der Volksbeauftragten An das deutsche Volk vom 12.11.1918 wurde auch als Magna Charta der Weimarer Republik bezeichnet. Er formulierte die grundsätzlichen Forderungen der im Rat vertretenen Linksparteien (Unabhängige- und Mehrheitssozialdemokraten) wie gleiches Wahlrecht, Gleichberechtigung der Frau, Achtstundentag, Arbeitslosenunterstützung, volle Meinungs- und Koalitionsfreiheit. Die nationalistischen Gegner der Republik polemisierten scharf gegen den Aufruf.
- Seite 58:* Die 1919 gegründete Deutsche Volkspartei (DVP) war zunächst eine bürgerlich-liberale Partei. Unter der Führung Gustav Stresemanns stützte die DVP die Weimarer Republik. Nach dem Tod Stresemanns 1929 vertraten die DVP-Mitglieder allerdings zunehmend antidemokratische Positionen.
- Seite 59:* Gemeint ist der im Juli 1924 auf Antrag der SPD eingerichtete Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags zur Klärung der Hintergründe des Hitler-Putsches.
- Seite 60:* Gemeint sind vermutlich die Münchner Vorkommnisse am 1.5.1923. Um die Demonstration der freien Gewerkschaften zum Ersten Mai in München zu verhindern, hatten Nationalsozialisten und rechte Wehrverbände sich bewaffnet und gedroht, die Arbeiter mit Gewalt an ihrem Zug zu hindern. Die Polizei und Reichswehr entwaffneten die nationalistischen Kampfverbände, bevor es zu Gewalttaten kommen konnte.
- Seite 60:* Während des Hitler-Putsches nahmen die Umstürzler regionale Führer der Sozialdemokratie und jüdische Bürger als Geiseln und drohten, sie umzubringen. Die Geiseln wurden nach dem Scheitern des Putsches befreit.
- Seite 60:* Gemeint ist die Deutsche Volkspartei.
- Seite 61:* Es ist unklar, welche Zeitung hier gemeint sein könnte.
- Seite 63:* Der Vertrag von Saint-Germain war der Friedensvertrag der Entente mit Österreich und enthielt ähnliche Härten wie der auf das Deutsche Reich bezogene Versailler Vertrag. Auch Österreich mußte große Gebietsverluste hinnehmen. Ein von den deutsch-österreichischen Gebieten gewünschter Anschluß an das Deutsche Reich wurde untersagt.
- Seite 64:* Gemeint ist die vorzeitige Räumung des nach dem Versailler Vertrag besetzten Rheinlands von alliierten Truppen, ein diplomatischer Erfolg der Reichsregierung im Zuge des Young-Planes.
- Seite 65:* Der Dawes-Plan regelte ab 1924 die jährlichen deutschen Reparationszahlungen sowie die Stabilisierung der deutschen Währung mit amerikanischen Krediten.
- Seite 66:* 1887 übernahm der US-Amerikaner William Randolph Hearst von seinem Vater die Tageszeitung San Francisco Examiner und baute in der Folgezeit einen riesigen Pressekonzern mit eigenem Nachrichtendienst auf. Hearst engagierte sich politisch für die Demokraten.
- Seite 66:* Schupo ist die Kurzform für Schutzpolizei.
- Seite 67:* Die aus der Essener Arbeiter-Zeitung hervorgegangene sozialdemokratische Volkswacht wurde 1926 gegründet.

- Seite 69:* In den Protokollen der Weisen von Zion wird von einer angeblichen heimlichen Rabbinerkonferenz berichtet. Auf diesem Treffen hätten die jüdischen Teilnehmer verabredet, wie sie die christlichen Völker am besten unterwerfen könnten. Und zwar, indem sie diese gegeneinander ausspielten und in Kriege verwickelten. 1921 stellte sich heraus, daß die Protokolle auf einem satirischen Text von Maurice Joly gegen den Größenwahn Napoleons III. beruhten und – unter Abwandlung der Namen und Hinzufügung antisemitischer Klischees – eine plumpe Fäschung darstellten. Aber auch der Fäschungsnachweis verhinderte nicht, daß die Protokolle in völkischen Kreisen weiter zur Judendiffamierung Verwendung fanden.
- Seite 69:* Die demokratisch ausgerichtete Frankfurter Zeitung wurde 1856 gegründet und war bis 1933 eine der angesehensten deutschen Tageszeitungen.
- Seite 76:* Gemeint ist Karl Marx' gegen Pierre-Joseph Proudhon gerichtete polemische Schrift Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons »Philosophie des Elends« aus dem Jahr 1947.
- Seite 76:* Shylock ist eine Figur aus Shakespeares Der Kaufmann von Venedig. Der jüdische Gläubiger Shylock verlangt Fleisch aus dem Körper seines Schuldners als Pfand für einen von ihm gewährten Kredit. Der dem Shylock zugrundeliegende Mythos entstammt dem Mittelalter.
- Seite 80:* Gemeint ist der Völkische Beobachter.
- Seite 83:* Der Westdeutsche Beobachter war eine seit 1924 in Köln herausgegebene NSDAP-Zeitung, die seit September 1930 als Tageszeitung erschien.
- Seite 86:* Der nationalsozialistische Donaubote aus Ingolstadt wurde 1927 gegründet.
- Seite 89:* Wedding und Neukölln waren Berliner Arbeiterstadtteile.
- Seite 91:* Das Republikenschutzgesetz wurde 1922 unter dem Eindruck der zahlreichen politischen Morde in Deutschland unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus erlassen. Es war zunächst auf fünf Jahre befristet. Es stellte Mordverschwörungen sowie Verleumdungen gegen die Republik und deren Repräsentanten unter Strafe und bot Handhabe zum Verbot rechtsextremistischer Organisationen. 1927 wurde das Gesetz für zwei Jahre erneuert und ab März 1930 – wesentlich abgeschwächt – erneut verlängert, ehe es im Dezember 1932 endgültig außer Kraft trat.
- Seite 92:* Der § 218 des Strafgesetzbuches bestrafte, nachdem er 1926 abgemildert wurde, Abtreibung mit Gefängnis von einem Tag bis zu fünf Jahren.
- Seite 93:* Der Hammer war eine seit 1902 von Theodor Fritsch herausgegebene radikal antisemitische Zeitschrift.
- Seite 99:* Agglomeriert bedeutet zusammengeballt, angehäuft.

## Personenverzeichnis

- Abel, Werner* (1902 – 1935) Journalist, Agent, nannte sich Helmuth Prinz von Ysenburg, 1932 wegen Meineids zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 1935 im Konzentrationslager Dachau ermordet.
- Arenberg, Prinz von* Förderer der NSDAP.
- Baden, Prinz Max v.* (1867 – 1929) 1918 letzter Reichskanzler der Kaiserzeit, trat zugunsten des Sozialdemokraten Friedrich Ebert als Kanzler zurück.
- Barth, Emil* (1879 – 1941) für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) Vertreter im Rat der Volksbeauftragten, dort zuständig für Gesundheit und Soziales.
- Bebel, August* (1840 – 1913) Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie (Sozialdemokratische Arbeiterpartei 1869), von 1872 – 1875 politisch inhaftiert, 1867 – 1913 mit nur zwei Jahren Unterbrechung Abgeordneter im Reichstag, 1892 – 1913 Vorsitzender der SPD.
- Bechstein, Edwin* Vorstandsmitglied der weltbekannten Carl Bechstein Pianofortefabrik AG/Berlin, Förderer der NSDAP.
- Bechstein, Helene, geb. Kapito* Ehefrau Edwin Bechsteins. Förderin der NSDAP.
- Becker, Heinrich* Inhaber der Firma Becker-Geislingen, Gründungsmitglied der NSDAP in Württemberg.
- Bell, Johannes* (1868 – 1949) katholischer Politiker, 1911 – 1933 Mitglied des Reichstags für das Zentrum, 1919 Reichsverkehrsminister, 1926 – 1927 Reichsjustizminister.
- Bonomi, Ivanoe* (1873 – 1952) italienischer Politiker, gemäßigter Sozialist, vor und nach dem Faschismus drei Mal italienischer Regierungschef.
- Braun, Otto* (1872 – 1955) sozialdemokratischer Politiker, seit 1889 SPD-Mitglied, 1911 – 1917 im Parteivorstand der SPD, 1918 – 21 preußischer Landwirtschaftsminister, von 1920-1932 mit kurzen Unterbrechungen preußischer Ministerpräsident, 1932 durch den Staatsstreich Franz von Papens seines Amtes enthoben, 1933 in die Schweiz emigriert.
- Breitscheid, Rudolf* (1874 – 1944) Volkswirtschaftler, 1912 Eintritt in die SPD, während des Ersten Weltkriegs Übertritt zur USPD, 1918-1919 preußischer Innenminister, 1920 – 1933 Mitglied des Reichstages erst für die USPD, dann, nach der Vereinigung von USPD und SPD, für die SPD, Fraktionsvorsitzender, 1933 Mitglied im SPD-Parteivorstand, 1933 Emigration nach Paris, 1941 nach Deutschland ausgeliefert, starb unter unklaren Umständen im Konzentrationslager Buchenwald.
- Brüning, Heinrich* (1885 – 1970) katholischer Politiker, 1924 – 1933 Mitglied des Reichstages, 1929 Fraktionsvorsitzender des Zentrums, 1930 Reichskanzler der ersten Präsidialregierung, hilflos gegen die Wirtschaftskrise, vom Reichspräsidenten 1932 als Kanzler entlassen, 1934 Emigration in die USA, 1939 Professor in Harvard.
- Bussche-Ippenburg, Erich Freiherr von dem* (1878 – ?) während des Ersten Weltkriegs Major im großen Hauptquartier der Heeresleitung, Abteilungschef im Reichswehrministerium, 1933 aus dem Militärdienst ausgeschieden.
- Dingeldey, Eduard* (1886 – 1942) Rechtsanwalt, ab 1919 Vorsitzender der DVP in Hessen, Mitglied des Hessischen Landtags, ab 1920 Mitglied im Geschäftsführenden Ausschusses der DVP, ab 1928 Mitglied des Reichstags, nach 1933 Rückzug aus der Politik.
- Dittmann, Wilhelm* (1874 – 1954) vor dem Ersten Weltkrieg Reichstagsabgeordneter für die SPD, als Gegner der Kriegskredite Übertritt zur USPD, 1917 – 1922 führender USPD-Funktionär, für die USPD im Rat der Volksbeauftragten, ab 1922 wieder Mitglied der SPD, 1924 – 1933 Mitglied im SPD-Vorstand, 1933 emigriert, 1951 Rückkehr nach Deutschland.
- Drexler, Anton* (1884 – 1942) Eisenbahnarbeiter, gründete 1919 in München die Deut-

sche Arbeiterpartei (DAP – ab 1920 NSDAP), verfaßte gemeinsam mit Hitler und Feder das 25 Punkte-Programm der NSDAP, von Hitler zunehmend innerhalb der NSDAP in den Hintergrund gedrängt, verließ 1925 die NSDAP, 1933 Wiedereintritt.

- Dumini, Amerigo* (1896 – 1968) italienischer Faschist, Assistent von Cesare Rossi im Presseamt des Innenministeriums, einer der Mörder Giacomo Matteottis.
- Ebert, Friedrich* (1871 – 1925) 1912-18 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, 1913 – 1919 SPD-Vorsitzender, 1918 Reichskanzler, Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, 1919 – 1925 Reichspräsident.
- Ehrhardt, Hermann* (1881 – 1971) Freikorpsführer, nahm mit seiner Marinebrigade Ehrhardt am Kapp-Putsch teil, gründete den terroristischen Geheimbund Organisation Consul, der für zahlreiche politische Morde verantwortlich war, unter anderem an Matthias Erzberger und Walter Rathenau.
- Engels, Friedrich* (1820 – 1895) Philosoph und Politiker, in der Zusammenarbeit mit Marx einer der bedeutendsten sozialistischen Theoretiker.
- Epp, Franz Xaver Ritter u.* (1868 – 1946) Freikorpsführer, 1928 – 1945 für die NSDAP Mitglied des Reichstags, 1933 Reichsstatthalter in Bayern und Reichsleiter der NSDAP.
- Erzberger, Matthias* (1875– 1921) katholischer Politiker, seit 1903 für das Zentrum Mitglied im Reichstag, setzte sich mit Sozialdemokraten und Fortschrittspartei für Beendigung des Weltkriegs durch einen Verständigungsfrieden ein, unterzeichnete 1918 als Staatssekretär den Waffenstillstand, 1919 – 20 Reichsfinanzminister, von Mitgliedern von der rechtsradikalen Organisation Consul ermordet.
- Facta, Luigi* (1861 – 1930) italienischer Politiker, 1922 zwei Mal Ministerpräsident.
- Feder, Gottfried* (1883 – 1941) Bauingenieur, Gründungsmitglied der NSDAP, gilt als Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten, ab 1924 Mitglied des Reichstags, 1931 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der NSDAP, nach 1934 schwindender politischer Einfluß.
- Ferrone, Pietro* italienischer Arbeiterführer, Opfer eines faschistischen Mordanschlages.
- Ford, Henry* (1863 – 1947) U.S.-amerikanischer Automobilfabrikant.
- Franzen, Anton* (1896 – 1968) Jurist, 1928 Eintritt in die NSDAP, ab 1930 Mitglied des Reichstags, kurz darauf Staatsminister für Inneres in Braunschweig, 1931 Austritt aus der NSDAP.
- Frick, Wilhelm* (1877 – 1946) Nationalsozialist, Oberamtmann unter dem Münchner Polizeipräsidenten Pöhner, nach Beteiligung am Hitler-Putsch kurz inhaftiert, zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924 – 1933 Mitglied des Reichstags, ab 1928 Fraktionsvorsitzender der NSDAP, 1930 – 1931 Innen- und Bildungsminister von Thüringen, 1933 – 43 Reichsinnenminister, 1943 – 45 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, ab 1943 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet.
- Friedemann* ehemals Anhänger der NSDAP, später Kritiker Hitlers. Es könnte hier der zeitweilige Geschäftsführer des Bundes Wiking, Leutnant a.D. Friedrich Friedemann gemeint sein.
- Friedländer, Otto* (1897 – 1954) Sozialdemokrat, 1924 – 1929 Vorsitzender des Sozialistischen Studentenverbandes, 1933 emigriert, ab 1940 in Schweden.
- Fritsch, Theodor* (1852 – 1933) völkisch-antisemitischer Ideologe, Publizist und Verleger, seit 1902 Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift Hammer, 1924 für die Nationalsozialisten Mitglied des Reichstags.
- Fuchs, Georg* (1868 – 1949) Publizist, zeitweilig Redakteur der Münchner Neuesten Nachrichten, erstrebte mit Hugo Machhaus einen separatistischen Umsturz für Bayern, 1923 wegen Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von zwei Millionen Mark verurteilt, 1927 begnadigt.
- Gareis, Karl* (1889 – 1921) 1920 für die USPD Mitglied im Landtag Bayerns, Vorsitzender der Landtagsfraktion, 1921 von Rechtsradikalen ermordet.

## Personenverzeichnis

- Giolitti, Giovanni* (1842 – 1928) italienischer liberaler Politiker, Beamter, zwischen 1903 und 1921 vier Mal Ministerpräsident, zuletzt 1920-1921.
- Goebbels, Joseph* (1897 – 1945) 1924 Gründer einer NSDAP-Ortsgruppe in Mönchengladbach, Redakteur für diverse nationalsozialistische Zeitungen, ab 1926 Gauleiter von Berlin, ab 1928 Mitglied im Reichstag, ab 1930 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda sowie Chef der Reichskulturkammer, 1945 gemeinsamer Selbstmord mit seiner Frau, nachdem sie zuvor ihre sechs Kinder ermordeten.
- Göring, Hermann* (1893 – 1946) im Ersten Weltkrieg Hauptmann, 1922 Beitritt zur NSDAP, Führer der SA, 1923 Beteiligung am sogenannten Hitler-Putsch, anschließend Flucht ins Ausland, nach politischer Amnestie Rückkehr nach Deutschland, 1928 für die NSDAP im Reichstag, 1932 Reichstagspräsident, 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für Luftfahrt, 1933-1934 preußischer Ministerpräsident, ab 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, 1938 Generalfeldmarschall, in Nürnberg zum Tode verurteilt, kurz vor dem Hinrichtungstermin Selbstmord.
- Graefe, Albrecht von* (1868 – 1933) Major, völkischer Politiker, 1912 – 1928 Mitglied des Reichstages erst für die Deutsche Konservative Partei dann für die DNVP, Mitglied des Alldeutschen Verbandes, Gründer der Deutsch Völkischen Freiheitspartei, einer rechten Abspaltung der DNVP.
- Gruber, v. Max* (1853 – 1927) österreichischer Hygieniker und Bakteriologe, 1908 geadelt.
- Haarmann, Fritz* (1879 – 1925) Massenmörder, tötete in Hannover mindestens 24 junge Männer, hingerichtet.
- Haase, Hugo* (1863 – 1919) 1911 – 1916 SPD-Vorsitzender, 1913 SPD-Fraktionsvorsitzender im Reichstag, setzte sich 1914 für die Ablehnung der Kriegskredite ein, 1917 Mitgründer der USPD, für die USPD 1918 – 1919 im Rat der Volksbeauftragten, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, von einem offenbar Geisteskranken ermordet.
- Helffferich, Karl* (1872 – 1924) Ökonom, Bankier, deutschnationaler Politiker, 1915 Staatssekretär des Reichsschatzamtes – mit der Kriegsfinanzierung beauftragt, 1916 – 17 stellvertretender Reichskanzler, Mitbegründer der DNVP und 1919 deren Vorsitzender, fanatischer Gegner der Weimarer Republik.
- Heller, Hermann Ignatz* (1891 – 1933) Sozialdemokrat, Professor für Staatsrecht in Berlin, vertrat 1932 nach dem Staatsstreich Papens die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion vor dem Staatsgerichtshof, 1933 Emigration nach Spanien.
- Herrmann Feldwebel*, Freikorpsmitglied.
- Herzog* Lehrer von Heinz Gärtner.
- Hierl, Konstantin* (1875 – 1955) Freikorpsführer, 1920 Übernahme als Oberst in die Reichswehr, 1924 wegen seiner Gegnerschaft zur Republik verabschiedet, 1929 Mitglied der NSDAP, in der Reichsleitung der NSDAP, ab 1930 im Reichstag, 1933 Beauftragter für den Reichsarbeitsdienst (RAD), 1935 Reichsarbeitsdienstführer, 1936 NSDAP-Reichsleiter, 1943 im Zuge der Aufwertung des RAD Minister für den Reichsarbeitsdienst, nach 1945 kurze Inhaftierung, ab 1953 auch nach Haftentlassung noch nationalsozialistisch agitierend.
- Hilferding, Rudolf* (1877 – 1941) Arzt, Theoretiker der SPD, seit 1907 Redakteur des Vorwärts, vorübergehend Mitglied der USPD, ab 1922 wieder SPD, Parteivorstand, 1923 und 1928-1929 Reichsfinanzminister, 1933 emigriert, ab 1938 in Frankreich, nach seiner Auslieferung an die Gestapo vermutlich ermordet.
- Hindenburg, Paul von Beneckendorff und* (1847 – 1934) Generalfeldmarschall, Politiker, Offizier in den Kriegen von 1866 und 1870 – 1871, 1903 General, 1911 pensioniert, im Weltkrieg 1914 reaktiviert als Oberbefehlshaber Ost, 1916 Chef der Obersten Heeresleitung, 1919 aus dem Heeresdienst entlassen, 1925 – 1934 Reichspräsident, ernannte 1933 Hitler zum Reichskanzler.

- Hitler, Adolf** (1889–1945) seit 1921 Vorsitzender der NSDAP, 1923 gescheiterter Putschversuch in München, 1933 von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt, von 1933–1945 Diktator des NS-Regimes.
- Hoegner, Wilhelm** (1887–1980) für die SPD Mitglied des bayrischen Landtags, im Parlamentsausschuß des bayrischen Landtags zur Aufklärung der Hintergründe des Hitler-Putsches, 1930 Reichstagsabgeordneter, 1933–45 emigriert, 1945–46 und 1954–57 bayrischer Ministerpräsident, 1950–54 bayerischer Innenminister.
- Hugenberg, Alfred** (1865–1951) deutschnationaler Politiker, Beherrscher eines Pressekonzerns, 1919 Mitglied der Nationalversammlung für die DNVP, seit 1920 Mitglied des Reichstags, seit 1928 Vorsitzender der DNVP, 1933 im Kabinett Hitler Reichswirtschaftsminister sowie Minister für Ernährung und Landwirtschaft, noch im gleichen Jahr Rücktritt, für die NSDAP weiterhin im Reichstag bis 1945.
- Kanitz, Otto Felix** (1894–1940) Pädagoge, Sozialdemokrat, Funktionär der Bewegung der Kinderfreunde in Österreich, errichtete 1919 maßgeblich die erste Kinderrepublik – ein Ferienlager für Arbeiterkinder – Österreichs mit, 1932–1934 Mitglied im österreichischen Bundesrat, 1938 verhaftet, im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.
- Kapp, Wolfgang** (1858–1922) preußischer Beamter, 1920 Putschversuch gegen die Reichsregierung (Kapp-Putsch), durch Generalstreik zum Rücktritt gezwungen, Flucht nach Schweden.
- Kautsky, Karl** (1854–1938) führender marxistischer Theoretiker, 1875 Beitritt zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, ab 1883 Herausgeber der Zeitschrift *Die Neue Zeit*, 1891 verfaßte er den theoretischen Teil des Erfurter Programms der SPD, 1917 Übertritt zur USPD, 1922 Rückkehr zur SPD, verstarb im holländischen Exil.
- Killingier, Manfred Freiherr von** (1886–1944) Mitglied des Freikorps Ehrhardt, der Organisation Consul und des Germanenordens, 1921 am Mord an Matthias Erzberger beteiligt, ab 1928 Mitglied der NSDAP und SA, 1933 Ministerpräsident von Sachsen, ab 1937 als Diplomat im Dienst des Auswärtigen Amtes, Selbstmord.
- Koch, Erich** (1896–1986) Beamter, nach dem Ersten Weltkrieg Freikorpsmitglied, 1922 Mitglied der NSDAP, in der NSDAP-Gauleitung des Ruhrgebiets, 1928 Gauleiter in Ostpreußen, 1929 Fraktionsvorsitzender im ostpreußischen Provinziallandtag, ab 1930 Mitglied des Reichstags, 1933 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, 1942 Reichskommissar für die Ukraine, nach 1945 zunächst untergetaucht, von den Engländern aufgespürt, 1950 nach Polen überstellt, 1959 zunächst zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft begnadigt.
- Lahusen, Carl** Industrieller, Vorstandsvorsitzender des Nordwolle-Konzerns, die 1931 in Konkurs ging, Förderer der NSDAP.
- Landsberg, Otto** (1869–1957) 1912–1918 sozialdemokratisches Mitglied des Reichstages, 1918–1919 für die SPD im Rat der Volksbeauftragten zuständig für Justiz und Finanzen, 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1919 in der ersten Reichsregierung der Weimarer Republik unter Philipp Scheidemann Justizminister, schon 1919 mit Scheidemann Rücktritt aus Protest gegen Versailler Vertrag, 1924–1933 erneut Mitglied des Reichstags, 1933 Emigration.
- Lassalle, Ferdinand** (1825–1864) Ahnherr der deutschen Sozialdemokratie – gründete 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.
- Leicht, Johann** (1868–1940) 1913–1918 Mitglied des Reichstags für das Zentrum, 1919–1933 für die Bayerische Volkspartei.
- Lenin** (1870–1924) eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow, bedeutender Begründer des Kommunismus, organisierte maßgeblich 1895 den Zusammenschluß der Gruppen der russischen Arbeiterbewegung (zum Kampfband zur Befreiung der Arbeiterklasse), 1896–99 nach Sibirien verbannt, 1900–17 mit kurzen Unterbrechungen in der Emigration, nach der Spaltung der sozialdemokratischen Partei in

- Bolschewiki und Menschewiki wird Lenin 1903 der führende Funktionär der Bolschewiki, 1917 mit deutscher Hilfe Rückkehr nach Rußland, in der Oktoberrevolution 1918 gewinnen die Bolschewiki die Macht, Lenin wird Führer des kommunistischen Rußland, ab 1922 wegen schwerer Erkrankung Rückzug aus der politischen Tätigkeit.
- Lichtschatz, Otto* (1886 – 1961) Hauptmann, 1918 – 1919 Freikorpsführer.
- Liebknecht, Wilhelm* (1826 – 1900) Sozialdemokrat, von 1848 – 62 als Sozialist in der Verbannung, 1870 – 1874 politisch inhaftiert, von 1891 bis zu seinem Tode Chefredakteur des SPD-Zentralorgans Vorwärts, mehrfach für die SPD im Reichstag.
- Löbe, Paul* (1875 – 1967) 1920 – 1933 für die SPD Mitglied des Reichstages, 1920 – 1924 und 1925 – 32 Reichspräsident, nach 1933 mehrfach inhaftiert, 1949 – 1953 Alterspräsident des Deutschen Bundestages, 1954 – 1957 Präsident des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.
- Ludendorff, Erich* (1865 – 1937) im Ersten Weltkrieg Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1920 Unterstützung des Kapp-Putsches und 1923 des Hitler-Putsches, 1925 erfolgloser Kandidat der Völkischen und Nationalsozialisten für das Reichspräsidentenamt, entfremdete sich nach 1925 zunehmend von Hitler, gründete 1926 den Tannenbergbund, nach 1933 endgültig politisch bedeutungslos.
- Machhaus, Hugo* (1889 – 1923) Komponist und Dirigent, 1921 Redakteur beim Völkischen Beobachter, versuchte einen separatistischen Umsturz in Bayern, 1923 mit Georg Fuchs wegen Hochverrats angeklagt, während der Untersuchungshaft Selbstmord.
- Marinelli, Giovanni* (1879 – 1944) italienischer Faschist, Schatzmeister der faschistischen Partei, am Mord an Giacomo Matteotti beteiligt.
- Marx, Karl* (1818 – 1883), Philosoph, Ökonom, Politiker, einer der wichtigsten sozialistischen Theoretiker.
- Matteotti, Giacomo* (1885 – 1924) Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens und Abgeordneter, von Faschisten entführt und ermordet.
- Mehring, Franz Erdmann* (1846 – 1919) zunächst liberaler Publizist, dann bedeutender Theoretiker und Chronist der SPD, seit 1891 deren Mitglied, als Kriegsgegner 1916 politisch inhaftiert, 1917 für die USPD Mitglied des preußischen Landtags, Mitglied des Spartakus-Bundes, kurz vor seinem Tode noch Mitbegründer der KPD.
- Moeglich, Alfred* Autor.
- Mücke, Helmuth v.* (1881 – 1957) Seeoffizier, seit 1919 Mitglied der NSDAP, 1926 Mitglied des sächsischen Landtags für die NSDAP, seine Versuche, ein Bündnis von NSDAP, Sozialdemokraten und Kommunisten zu schaffen, isolierten Mücke in der NSDAP, 1929 Parteiaustritt.
- Müller-Franken, Hermann* (1876 – 1931), Sozialdemokrat, 1919 – 20 deutscher Außenminister, unterzeichnete den Versailler Vertrag, 1920 – 1928 Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, 1920 sowie 1928 – 30 Reichskanzler.
- Münchmeyer, Ludwig* (1885 – 1947) evangelischer Pfarrer, ab 1926 NSDAP-Mitglied, 1930 – 1945 Mitglied des Reichstags.
- Mussolini, Benito* (1883 – 1945) Begründer und Führer des italienischen Faschismus, ursprünglich Sozialist, entfremdete sich während des Ersten Weltkrieges von der Linken, gründete 1919 die Fascio di Combattimento, erreichte mit seinen Anhängern 1922 mit dem Marsch auf Rom den Umsturz und Machtübernahme in Italien, 1943 gestürzt – durch deutsche Besatzer wieder eingesetzt, 1945 auf der Flucht vor den Alliierten von Partisanen festgenommen und erschossen.
- Mutschmann, Martin* (1879 – 1948) 1922 Eintritt in die NSDAP, seit 1924 Gauführer der NSDAP in Sachsen, ab 1930 Mitglied des Reichstags, 1933 Reichsstatthalter in Sachsen, 1935 verdrängte er Manfred Killinger als Leiter der sächsischen Landesregierung, ab 1939 Reichsverteidigungskommissar, verstarb nach Kriegsende in sowjetischer Haft.



- Nenni, Pietro* (1891 – 1980) italienischer Sozialist, 1920 – 1926 Chefredakteur der sozialistischen Zeitung *Avanti*, 1926 Emigration nach Frankreich, 1945 – 1947 Minister, 1949 Generalsekretär des Partito Socialista Italiano, 1963 – 1967 stellvertretender Ministerpräsident.
- Nölting, Erik* (1892 – 1953) Sozialdemokrat und Gewerkschafter, ab 1921 Mitglied der SPD, seit 1923 Professor an der Akademie der Arbeit in Frankfurt, 1928 – 1933 Mitglied des preußischen Landtags, 1933 aus allen Ämtern entlassen, 1946 Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, ab 1949 Mitglied des Bundestages.
- Paetel, Karl Otto* (1906 – 1975) Journalist, Schriftsteller, in der Bewegung der Nationalbolschewisten aktiv, die eine Synthese von Nationalismus und Sozialismus anstrebten, versuchte mit Gleichgesinnten die Hitlerjugend zu unterwandern, nach 1933 mit Berufsverbot belegt, mehrfach inhaftiert, 1935 emigriert, seit 1942 in den USA.
- Passow, Hildegard* seit 1922 Mitglied der NSDAP, ab 1924 Mitglied des Deutschen Frauenordens, 1931 Mitglied der NS-Frauenschaft, Redakteurin der Zeitschrift *NS-Frauenwarte*, 1932 – 1933 Reichspropagandaleiterin der NS-Frauenschaft.
- Peters, Karl* Inhaber eines von ihm aufgebauten Warenhauses in Köln.
- Rathenau, Walter* (1867 – 1922) Politiker und Industrieller, Präsident der AEG, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1921 Reichsminister für Wiederaufbau, 1922 Reichsaußenminister, bemüht um einen Ausgleich mit den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands, von Mitgliedern der rechtsradikalen Organisation *Consul* ermordet.
- Reventlow, Ernst Graf zu* (1869 – 1943) Kapitänleutnant a. D., Redakteur, zunächst Tätigkeit für die Deutschvölkische Freiheitspartei, seit 1924 Mitglied des Reichstags – ab 1927 für die NSDAP.
- Richert, Augustin* (1879 – 1975) französischer Offizier, 1922-1923 geheimdienstlich in München tätig, vermittelte große Geldmengen an bayrische Separatisten, um Spaltungstendenzen in Deutschland zu befördern.
- Rosenberg, Alfred* (1893 – 1946) NS-Parteideologe, Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei – der späteren NSDAP, ab 1921 Redakteur des *Völkischen Beobachters*, seit 1923 – 1924 und 1926 – 1937 Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters*, 1923 Teilnahme am sogenannten Hitler-Putsch, ab 1930 Mitglied des Reichstags, 1941 Ernennung zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, als NS-Haupttäter hingerichtet.
- Rossi, Cesare* (1887 – 1967) italienischer Faschist, unter Mussolini Leiter des Presseamtes im Innenministerium, am Mord an Giacomo Matteotti beteiligt.
- Rühle, Karl Heinrich Otto* (1874 – 1943) sozialistischer Theoretiker, Verleger und Herausgeber, ab 1896 Mitglied der SPD, 1912 – 1918 Mitglied des Reichstags, stimmte 1915 gegen die Kriegskredite, 1918 Vorsitzender des Arbeiter-und-Soldaten-Rates in Dresden, 1918 Mitbegründer der KPD, 1920 Austritt aus der KPD, ab 1932 in der Tschechoslowakei, seit 1936 im mexikanischen Exil, freundschaftliche Beziehungen zu Leo Trotzki.
- Salandra, Antonio* (1853 – 1931) rechtsliberaler italienischer Politiker, Jurist, Ministerpräsident 1914 – 16.
- Scheidemann, Philipp* (1865 – 1939) 1903 – 18 und 1920 – 1933 sozialdemokratisches Mitglied des Reichstags, seit 1911 im Vorstand der SPD, 1917 – 1918 mit Ebert SPD-Vorsitzender, proklamierte 1918 die Republik, 1918 – 1919 Mitglied im Rat der Volksbeauftragten, 1919 erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, Rücktritt aus Protest gegen den Versailler Vertrag, 1920 – 25 Oberbürgermeister von Kassel, 1922 nur knapp einem rechtsradikalen Attentat entgangen, 1933 Emigration, ab 1934 in Dänemark.
- Scheringer, hier vermutlich: Richard* (1904 – 1986) Soldat, 1930 als Leutnant im Ulmer Reichswehrprozess wegen Kontakten zur NSDAP angeklagt und verurteilt, 1931

## Personenverzeichnis

- Bekenntnis zum Kommunismus, nach der NS-Diktatur wieder als Kommunist aktiv, bis 1950 Mitglied des bayrischen Landtags für die KPD.
- Scholz, Ernst* (1874 – 1932) nationalliberaler Politiker, 1912 Bürgermeister von Kassel, 1913–1914 und 1917–1920 Bürgermeister von Charlottenburg, 1920 – 1921 Reichswirtschaftsminister, 1921-1932 für die DVP Mitglied des Reichstags, 1929–1930 Vorsitzender der DVP-Reichstagsfraktion.
- Schwarz, Franz Xaver* (1875 – 1947) Beamter, 1922 Eintritt in die NSDAP, ab 1925 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1933–1945 Mitglied des Reichstags.
- Severing, Carl* (1875 – 1952) sozialdemokratischer Politiker, 1907 – 1911 und 1920 – 1933 Mitglied des Reichstags, 1921 – 1933 Mitglied des preußischen Landtags, 1920–1926 und 1930–1932 Innenminister in Preußen, 1928 – 1930 Reichsinnenminister, nach 1933 kurz inhaftiert, blieb während der NS-Zeit in Deutschland, 1947 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen.
- Shaw, George Bernard* (1856 – 1950) sozial und gesellschaftlich engagierter irischer Dramatiker, 1925 Nobelpreis für Literatur.
- Spitzer* Assessorin am Charlottenburger Schöffengericht.
- Strasser, Gregor* (1892 – 1934) zeitweilig Führer des sogenannten linken Flügels der NSDAP, 1924 – 1933 Mitglied des bayrischen Landtags, 1926 – 1927 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1928 – 1932 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1932 Ämterverzicht, im Rahmen des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.
- Strasser, Otto* (1897 – 1974) 1925 – 1930 Mitglied der NSDAP, innerparteilicher Gegner Hitlers, gründete 1930 die Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten, 1933 Exil, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.
- Stauß, Emil Georg von* (1877 – 1942) Bankier, 1915 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, 1918 geadelt, 1930 – 1933 für die DVP im Reichstag, ab 1933 für die NSDAP, 1934 Ernennung zum Preußischen Staatsrat und Vizepräsidenten des Reichstags.
- Stresemann, Gustav* (1878 – 1929) 1907–1912 und 1914–1918 für die Nationalliberale Partei Mitglied des Reichstags, 1917 Fraktionsvorsitzender, 1918 Mitbegründer der Deutschen Volkspartei, 1923 Reichskanzler, 1923 – 1929 Außenminister, bemühte sich mittels Verständigungspolitik mit Frankreich um eine Revidierung des Versailler Vertrages, erreichte Erleichterungen der kriegsbedingten Lasten Deutschlands, 1926 die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und erhielt im gleichen Jahr den Friedensnobelpreis.
- Turati, Filippo* (1857 – 1932) italienischer Sozialist, Führer der Sozialistischen Partei.
- Wagner, Josef* (1899 – 1945) Lehrer, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1927 als Lehrer wegen der Betätigung für die NSDAP entlassen, ab 1928 – 1941 Mitglied des Reichstags, ab 1928 Gauleiter der NSDAP in Westfalen, ab 1935 zusätzlich Gauleiter Schlesiens, ab 1940 Staatssekretär, 1942 aus der NSDAP ausgeschlossen, 1944 von der Gestapo verhaftet, 1945 von SS ermordet.
- Wells, Herbert George* (1866 – 1946) sozialistischer englischer Schriftsteller, schrieb unter anderem Geschichte unserer Welt oder Die Zeitmaschine.
- Wilhelm II.* (1859 – 1941) 1888 – 1918 deutscher Kaiser und König von Preußen, nachdem Prinz Max von Baden seine Abdankung verkündete, zog er sich 1918 bis zu seinem Lebensende nach Holland zurück.
- Wilson, Thomas Woodrow* (1856 – 1924) 1913 – 1921 Präsident der USA, Demokrat, stellte 1918 ein Friedensprogramm in vierzehn Punkten zur Beendigung des Weltkrieges auf, das auf Ausgleich und Selbstbestimmung der Nationen beruhte, entwickelte die Idee des Völkerbundes, 1919 Friedensnobelpreis.
- Wollheim*, Kommerzienrat in Berlin, Förderer der NSDAP.